



AIB

2V 20899 E

1,50 DM

Februar

Nr. 2 / 1978

9. Jahrgang

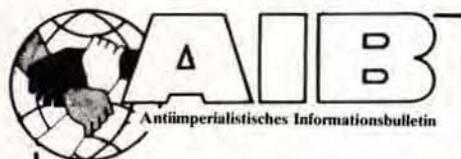
Antiimperialistisches Informationsbulletin

Lateinamerikas Revolution am Ende?

1. MPLA - Parteitag • Arafat - Interview
Grenzkonflikt Vietnam - Kampuchea

Inhalt:

AIB-Aktuell: Pinochets Pyrrhussieg	S. 3
Lateinamerika	
Rodney Arismendi: Trotz Teilniederlagen – ein revolutionärer Kontinent	S. 4 – 11
Chile	
Erklärung der Unidad Popular: Einheit für demokratische Erneuerung	S. 12 – 15
UP-Exekutivkomitee: Ein glatter Volksbetrug	S. 16
Uruguay	
Erklärung der Frente Amplio: Durch oppositionelle Geschlossenheit die Diktatur bezwingen	S. 17 – 19
El Salvador	
Adalbert Krims: Verfolgungsjagd auf alles Progressive	
El Salvador-Daten	S. 20 – 21
Angola	
I. Kongreß der MPLA: Rechenschaftsbericht Agostinho Netos	S. 22 – 25
Naher Osten – Palästina	
Das von Carter vorgefertigte Komplott	S. 26
Geheimübereinkunft Begin-Sadat	S. 27
Interview mit Yassir Arafat: Uns wird weniger angeboten als Bantustans	S. 28 – 30
Vietnam – Kampuchea	
Erklärung der Regierung der SR Vietnam: Grenzkonflikt durch Verhandlungen lösen	S. 30 – 32
Rezensionen: Kontroverses zu Lateinamerika	S. 33
Kurzinformationen: Festivalbewegung, Guinea-Bissau, Argentinien	S. 34
Kommentar: Berufsverbot für Felicia Langer	S. 36



Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionschluß: 15. 1. 1978

Es arbeiteten ferner mit: K. Becker, B. Brinkmann, D. Busch, G. Faust, D. Fendt, H. Mayer, M. Meyn-Rodriguez, E. Munscher, B. Pflug, J. Rodriguez, U. Rupp, K. Wetzel

Anzeigen, Beilagen

- Kalender des AK Festival
- ASK-Chileplakat
- Marxistische Blätter Verlag
- Brasilien Nachrichten
- AIB-Zahlkarte
- AIB-Katalog 1977



Franz-Josef Strauß:

„Wenn das Militär zugreift, geht es eben anders zu als beim Franziskanerorden, der Suppe an die Armen verteilt.“

CHILE: 4 Jahre Faschismus, 30000 Ermordete, 2500 verschleppte Demokraten

Dieses Foto von Straußens Freundschaftsbesuch bei Pinochet (durch Hinzufügung eines dritten Vollblutpolitikers nur unwesentlich verändert) ist als Din A 2-Plakat zum Preis von nur 1 Mark erhältlich beim Antimperialistischen Solidaritätskomitee, Eichwaldstr. 32, 6000 Frankfurt/Main. Das ASK erbittet auch Spenden für die Opfer der Freiheitsverteidigung in Chile; das Geld wird direkt an die Unidad Popular weitergeleitet: Sonderkonto Prof. Wulff, PschA Frankfurt/M., Konto-Nr. 527055-602, Kennwort Chile-Solidarität



FESTIVAL-Kalender 1978

Zur Vorbereitung der 11. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Havanna

Preis: 5,- DM einschl. einer Spende zur Finanzierung der Festivalaktivitäten

Der Kalender enthält 12 Grafiken mit Motiven der kubanischen Revolution, der internationalen Solidarität, aus der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik und aus dem Kampf um Frieden und Abrüstung.

Zu bestellen bei:

Arbeitskreis Festival

Meckenheimer Allee 152, o/o SHB, 5300 Bonn und in allen collectiv-Buchhandlungen

AIB - Aktuell: Pinochets Pyrrhussieg



** Und dann habe ich Allende gestürzt, weil ich mir sagte: Freiheit statt Sozialismus * (aus: Nebelspalter)*

Der antifaschistische Widerstand des chilenischen Volkes begann noch am Tag des Putsches und hat seitdem verschiedene Etappen durchlaufen (vgl. AIB, Nr. 9/1977).

Die jüngste umfaßt den Zeitraum vom 1. Mai bis zum 20. Dezember 1977 und ist durch bedeutende Massenaktionen gekennzeichnet, die für die Achtung der Menschenrechte durchgeführt wurden, insbesondere zur Aufklärung vom Schicksal der 2500 Verschwundenen und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen (siehe auch die Dokumente der Unidad Popular in diesem Heft). Diese verteilten den Versuch der Diktatur, die Gewerkschaften unter ihre Kontrolle zu bringen und führten harte Arbeitskämpfe: sie forderten die Rückkehr zur Demokratie und eine Lösung des Arbeitslosenproblems, riefen zu Kundgebungen auf; in San Antonio und Valparaiso protestierten die Hafentarbeiter durch bewußte Arbeitsverschleppung und in der Kupfermine El Teniente kam es zu einem wichtigen Streik.

Mehrere Gründe für die Volksbefragung vom 4. 1. 1978

Diese Aktionen entrissen Pinochet die politische Initiative. Die innere Isolierung der Diktatur verschärfte sich noch, als die Ankündigung neuer wirtschaftlicher Maßnahmen am 2. 12. 1977 auch eine Distanzierung derjenigen Finanzgruppen zur Folge hatte, die zu den Stützen des Regimes gehörten.

Hinzu kam noch, daß am 16. Dezember 1977 die Vollversammlung der UNO zum vierten Mal die chilenische Junta wegen der Verletzung der Menschenrechte verurteilte – diesmal mit 99 Fürstimmen bei 14 Gegenstimmen.

Daraufhin unternahm der Diktator den verzweifelten Versuch, die Resolution der UNO zum Anlaß zu nehmen, um durch eine nationalistische Kampagne seiner illegitimen Herrschaft einen legitimen Anschein zu geben, die innere Isolierung zu überwinden, die politische Initiative zurückzugewinnen und der Weltöffentlichkeit eine Unterstützung vorzutäuschen, die er nicht besitzt. Dafür setzte er die Volksbefragung an.

Schon die Alternative, für Chile oder für die UNO zu stimmen, bedeutete eine Manipulierung, indem sie an den „Patriotismus“ der Chilenen appellierte. Die lächerliche Frist von 14 Tagen – die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage inbegriffen –, die für die Vorbereitung der Abstimmung angesetzt wurde, ist für jede ernste Wahl viel zu gering.

Der gesamte Abstimmungsprozeß fand unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur statt: Die Opposition blieb rechtlos und unterdrückt, während die Tyrannei alles kontrollierte: Propaganda in den Massenmedien, Wahltische, Stimmenausschüttung etc. Die Ergebnisse wurden völlig willkürlich festgesetzt. Dazu ein Beispiel: Am Abstimmungstag um 23.00 Uhr gab das Innenministerium bekannt, daß bereits 3 049 507 Stimmen ausgezählt seien, welche 90 % aller abgegebenen Stimmen ausmachten. Das bedeutete, daß die Gesamtzahl nicht über 3 350 000 liegen konnte. Aber zwei Stunden später informierte das gleiche Ministerium, daß insgesamt 5 349 172 Personen an der Abstimmung teilgenommen hätten. Die Erklärung ist sehr einfach: Als man gewahr wurde, daß die erste Zahl eine Stimmenthaltung von 50 % bedeutete, zog man schnell weitere 2 Millionen Stimmen aus dem Ärmel. Die offiziellen Ziffern haben somit keinerlei Bedeutung.

Massenbasis für wen?

Wichtig sind die Ereignisse, die sich um den Abstimmungsprozeß entwickelten. Der politische Kampf drückte sich in der Verurteilung der Farce durch die Unidad Popular, die Christdemokratische Partei (vgl. AIB, Nr. 5/1977), viele Gewerkschaftsführer und die Katholische Kirche aus; durch Massenkundgebungen in Santiago und anderen Städten; durch den Widerstand innerhalb der Streitkräfte gegen die von Pinochet angesetzte Abstimmung und im Hungerstreik, den 87 Angehörige von Verschwundenen vom 28.–31. Dezember durchführten.

Es gab auch Kundgebungen für Pinochet: Ein Demonstrationzug junger Faschisten, die von Polizeikräften eskortiert und nicht zusammengeknüpelt wurden wie die Demonstranten der Opposition, und eine Kundgebung, um den „Sieg“ Pinochets zu feiern. Diese Bejubelung Pinochets ist nichts Neues. Auch während der Zeit der Volksregierung haben die Faschisten Tausende von Personen mobilisiert, gleichzeitig kamen jedoch zu den Veranstaltungen der Unidad Popular von 500 000 bis zu 1 Mio Menschen. Die paar Tausend Personen, die Pinochet feierten, können nicht als Massenbasis bezeichnet werden, sondern machen eine Isolierung erst recht deutlich.

Neu nach dem Putsch sind jedoch die Kundgebungen einer geeinten antifaschistischen Opposition, die beweisen, daß das Volk sich nicht mehr einschüchtern läßt – und das ist wichtig.

Ein Bumerang für Pinochet

Trotz des „Sieg“ ging Pinochet aus der Volksbefragung geschwächt hervor. Die Ziele, die er verfolgte, erreichte er nicht. Zum ersten Mal trat auch der Bruch innerhalb der Junta deutlich an die Öffentlichkeit: Die Oberbefehlshaber der Luftwaffe und der Marine sprachen sich gegen die Volksbefragung aus.

Das chilenische Volk dagegen ging aus dem politischen Kampf gegen den Abstimmungsbetrug einiger und stärker hervor. Die Ereignisse um die sogenannte Volksabstimmung Pinochets machen deutlich, daß seine Machtausübung nicht lange währen wird und daß der Moment des endgültigen Sieges über den Faschismus nähergerückt ist. **Iván Ljubetić**

Achtung: AIB - Abozahlung siehe S. 35!

Im Jahr der Vorbereitung auf die XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vom 28. 7. — 6. 8. 1978 in Kuba stoßen die Probleme und revolutionären Potenzen des lateinamerikanischen Kontinents auf gesteigertes Interesse — für uns Anlaß einer noch intensiveren Lateinamerikaberichterstattung und -dokumentierung. Nach unserer dreiteiligen Serie „Lateinamerika: Faschismus und Widerstand“ (AIB, 3-5/1977) und der gesonderten Vorstellung des Festivallandes Kuba (AIB 8/1977) sollen nun Beiträge zu allgemeinen Themen der kontinentalen Entwicklung wie die Neuvorstellung zentral- und südamerikanischer Länder folgen. Der im Vorjahr in Berlin von Rodney Arismendi gehaltene Vortrag, den wir mit einigen Kürzungen in diesem Heft veröffentlichen, behandelt die materiellen Grundlagen und widerspruchsvollen Entwicklungszüge des revolutionären kontinentalen Prozesses, den er trotz des gegenwärtigen Faschierungsprozesses in einer Reihe von Ländern für nicht im Stillstand begriffen hält. Die Schwere der ökonomisch-sozialen Strukturkrise und die Labilität der militärfaschistischen Diktaturen geben — wie Arismendi zeigt — das Fundament dafür ab, daß in einer Vielzahl gerade auch ultrareaktionärer Staaten heute ein enormer Aufschwung der antiimperialistischen Volks- und Arbeiterbewegung unübersehbar ist. Nicht minder bezeugen — obgleich begrenzt — progressive Züge einiger neben Kuba Bestand habender karibisch-südamerikanischer Regimes (Jamaika, Guayana, Panama) oder der machtvolle Widerstand gegen den Restaurationskurs Bermudez' in Peru die ungeachtet von Teilniederlagen vorhandene Stärke der demokratischen Gegenbewegung. Die Vertiefung, Überprüfung und Diskussion namentlich dieser Arismendischen Grundthesen anhand von Länderbeispielen, die wir mit Chile, Peru und Panama in AIB 9/1977-1/1978 schon vorab eröffneten, soll in dieser und den folgenden Ausgaben mit Uruguay, Chile, El Salvador, Paraguay, Guatemala, Nicaragua, Brasilien, Jamaika, Guayana, Argentinien u. a. fortgeführt werden. Hinzu kommen Beiträge zu allgemeinen Themen wie dem Apartheidexport nach Lateinamerika, der kontinentalen US-Militärpolitik oder der neokolonialen BRD-EG-Expansion.

Rodney Arismendi **Trotz Teilniederlagen - ein revolutionärer Kontinent**

Um die Lage, die Entwicklungstendenzen und die dialektischen Widersprüche Lateinamerikas in ihrer Gesamtheit verstehen zu können, müssen wir davon ausgehen, daß Lateinamerika ein in Revolution befindlicher Kontinent ist. Trotz der Teilniederlagen und des Vordringens des Faschismus in einigen Ländern hat unser Kontinent endgültig den Weg der nationalen und sozialen Befreiung eingeschlagen. Daher ist er Schauplatz eines harten antiimperialistischen Kampfes und von Klassenschlachten, Schauplatz von Revolution und Konterrevolution. Auf dem Kontinent wächst das Bewußtsein und der antiimperialistische Kampf der Völker und verstärkt sich die Gegenoffensive des US-Imperialismus, der unseren Kontinent als inneren Kern seiner Globalstrategie betrachtet.

Die Strukturkrise Lateinamerikas

Die materiellen Grundlagen dieses revolutionären Prozesses wurden durch die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen in unseren Ländern, besonders nach dem 2. Weltkrieg, geschaffen. Charakteristisch für unseren Kontinent ist eine relativ bedeutsame Entwicklung des Kapitalismus. Die Mehrheit unserer Länder, besonders in Südamerika, erreichte ein mittleres kapitalistisches Entwicklungsniveau. Dies führte in einigen Fällen sogar zu einer frühzeitigen übersteigerten Rolle des Finanz- und Monopolkapitals. Diese Entwicklung wurde deformiert durch die Abhängigkeit vom Imperialismus, besonders dem der USA, und durch die Konservierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, die auf dem Latifundienbesitz und anderen vorkapitalistischen Eigentumsformen basieren.

Diese widersprüchliche und deformierte Entwicklung verschärft den grundlegenden Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen aufs äußerste. Gesellschaftlich und politisch drückt sich dies in dem unüberwindlichen Gegensatz zwischen unseren

Völkern und dem Imperialismus aus und in dem Gegensatz zu der dem US-Imperialismus ergebenden Großbourgeoisie und den Latifundisten.

Der tendenziell unvermeidliche Prozeß der Höherentwicklung des Kapitalismus, der durch die der kapitalistischen Entwicklung dienenden und überlebten gesellschaftlichen Verhältnisse eingegrenzt, kompliziert und gestört, durch die Vorherrschaft des Yankee-Imperialismus gehemmt und deformiert wird, bildet die sozialökonomische Grundlage der gegenwärtigen Phase der Krise in der lateinamerikanischen Gesellschaft. Es handelt sich um eine sozialökonomische, aber auch um eine historische Krise, die immer mehr die Gesamtheit des politischen, juristischen, geistigen und moralischen Überbaus erfaßt. Es ist eine Strukturkrise — in diese Kategorie wird sie jedenfalls von den Kommunisten unserer Länder seit Jahrzehnten eingeordnet —, die sich in den 50er Jahren zu verschärfen begann und in eine qualitativ neue Phase eintrat, in die Phase des Heranreifens der objektiven Bedingungen für die demokratische nationale Befreiungsrevolution, die gesetzmäßig zum Sozialismus tendiert. D. h. ohne revolutionäre Veränderungen — Befreiung vom Imperialismus, radikale Lösung der Bodenfrage, tiefgreifende politische und soziale Umgestaltungen — sind die lateinamerikanischen Gesellschaften dazu verurteilt, immer tiefer in den Abgrund der Krise zu sinken.

Diese materiellen Grundlagen bestimmen den Charakter der gegenwärtigen Etappe der Revolution und den Hauptinhalt ihrer Aufgaben: eine demokratische und nationale Befreiungsrevolution. Zugleich aber bedingen sie den unlösbaren Zusammenhang zwischen dem demokratischen, antiimperialistischen Kampf und den harten Klassenauseinandersetzungen.

Historisch gesehen ist die Krise der lateinamerikanischen Gesellschaften Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus, speziell der Krise der imperialistischen Vorherrschaft der

USA, die bedingt ist durch den Vormarsch des Sozialismus, den Zusammenbruch des Kolonialsystems und die ständige günstigere Veränderung des Kräfteverhältnisses. So gesehen, ist die lateinamerikanische Revolution Teil des welthistorischen Prozesses der sozialistischen Revolution, der im Oktober 1917 begann und in den alle revolutionären Strömungen unserer Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einmünden. Beginn und Entwicklung besonders der dritten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus werden durch tiefgreifende qualitative Veränderungen in der Strukturkrise der lateinamerikanischen Gesellschaften vorbereitet. Es begann die geschichtliche Periode des revolutionären Aufschwungs des Kontinents, an ihrer Schwelle begrüßt durch die Revolution in Bolivien und Guatemala (1953/54, d. Red.) und in gewissem Sinne auch, historisch betrachtet, durch den Sturm auf die Moncada-Kaserne (1953, d. Red.).

Revolutionärer Prozeß und faschistische Gegenoffensive

Die kritische Beschleunigung der bewegten sozialen und politischen Entwicklung Lateinamerikas wird bestimmt durch die gewaltigen Veränderungen, die sich im Weltmaßstab in immer schnellerem Tempo vollziehen. Die Erschütterungen in Lateinamerika in all ihrer Dramatik sind ihrerseits dialektisch wirksam als besonders dynamischer Faktor der internationalen Kräftekonstellation. Beweis dessen ist die siegreiche kubanische Revolution, die, wie ich das schon in den Tagen des Einmarsches Fidel Castros in Havanna (im Januar 1959, d. Red.) gesagt habe, auch im internationalen Rahmen von gewaltiger Bedeutung war. An der Schwelle der 70er Jahre konnte man mit den Worten Boris Ponomarjows feststellen, daß Lateinamerika zu diesem Zeitpunkt der Kontinent war, auf dem der revolutionäre Prozeß die größte Beschleunigung erfuhr.

Andererseits, und das habe ich seit 1973 auch wiederholt betont, ist das Phänomen des Entstehens und der Ausbreitung des Faschismus in Lateinamerika, besonders im südlichen Teil des Kontinents, Ausdruck der Tiefe dieser Krise, wenn wir sie in ihrer Gesamtheit betrachten, d. h. als Krise der Vor-

herrschaft des nordamerikanischen Imperialismus und als Krise der sozialökonomischen Strukturen. Dazu gehören auch die durch den Kapitalexpert geschaffenen Beziehungen und das durch die internationalen Monopole errichtete Netz der Finanz- und Handelsbeziehungen und natürlich auch die auf dem Latifundismus und vorkapitalistischen Überresten basierenden Verhältnisse in der Landwirtschaft.

Diese neue und tiefere Phase der Krise hat zu einem revolutionären Aufschwung, zur Verschärfung des Klassenkampfes, zu Unruhen, Siegen und auch Niederlagen im historisch bedeutsamen demokratischen und antiimperialistischen Kampf geführt. Alle diese Faktoren sind Bestandteile der Krise und verschärfen sie zugleich. Und dieser harte Kampf ruft die Gegenoffensive des Imperialismus auf den Plan, den Faschismus, das Hauptinstrument der Gegenoffensive.¹ (...)

Die welthistorische Bedeutung der kubanischen Revolution² besteht darin, daß sie die grundlegenden Widersprüche, die in unseren Gesellschaften bestehen, mit einem Schlag löste: die imperialistische Vorherrschaft, die Bodenfrage, die Erkämpfung einer umfassenden wahren Demokratie. Gleichzeitig bewies sie mit der nachfolgenden Entwicklung, daß die lateinamerikanischen Gesellschaften herangereift waren für eine Orientierung auf eine sozialistische Entwicklungsrichtung.

Das bedeutet allerdings nicht, daß sich der revolutionäre Prozeß gegenwärtig in der Etappe der sozialistischen Revolution befindet. Die Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raums (1975 in Havanna, d. Red.) stellte richtig fest, daß unser Vormarsch zum Sozialismus über die antiimperialistische Revolution führt. Die kubanische Revolution in ihrer so schnellen, interessanten und heldenhaften Entwicklung ließ Kuba zum einheitlichen Ausdruck aller Sehnsüchte nach Befreiung auf unserem Kontinent werden. Gleichzeitig brachte sie den Sozialismus nach Lateinamerika und reichte Kuba in die Gemeinschaft der sozialistischen Länder ein.

Ausgangsbedingungen verschieden zu Asien und Afrika

Das Entwicklungsniveau der lateinamerikanischen Gesellschaften unterscheidet ihre Lage von der der Länder Asiens und Afrikas. Einerseits gehören auch wir zu den Kontinenten, die sich dem Imperialismus entgegenstellen, weil wir ein



Sozialer Sprengsatz genug: Elendsviertel in Rio

Schauplatz für seit Jahrhunderten andauernde koloniale Unterdrückung und Abhängigkeit sind. Andererseits bedingt das gesellschaftliche Entwicklungsniveau des Kapitalismus in Lateinamerika eine Radikalisierung des revolutionären Prozesses und den potentiell fortgeschrittenen Charakter unserer Revolution.

Es genügt, nur ein Unterscheidungsmerkmal zu nennen: das Vorhandensein eines zahlenmäßig starken und konzentrierten Proletariats und einer gewaltigen Zahl von Werktätigen. Auf unserem Kontinent gibt es 50 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger, davon sind 30 Millionen Vertreter des eigentlichen Proletariats, d. h. Industrie-, Transport- und Bauarbeiter usw. Außerdem ist die kommunistische Bewegung hier schon relativ alt, und nach dem 2. Weltkrieg breitete sie sich auf alle Länder aus. Die Gewerkschaftsbewegung und die sozialistische Bewegung begannen in verschiedenen Ländern Ende des vorigen Jahrhunderts, und unmittelbar nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstanden mehrere kommunistische Parteien.

Dieser potentiell fortgeschrittene Charakter der lateinamerikanischen Revolution schließt die Möglichkeit vieler unterschiedlicher Wege und Etappen der Annäherung an den Sozialismus nicht aus, sondern setzt sie voraus, einschließlich der Verschiedenartigkeit der politischen und demokratischen Entwicklung, die die Annäherung an die erste Phase der nationalen Befreiungsrevolution erleichtern kann. Doch in seiner Gesamtheit schafft er die Voraussetzungen dafür, daß alle Etappen als einheitlicher historischer Prozeß ablaufen. Je reifer der revolutionäre Prozeß, desto breiter und vielfältiger werden die Wege des Vormarsches zum Sozialismus sein. Nur wer die Entwicklung unseres Kontinents nicht aus dialektischer Sicht betrachtet, kann in dieser Frage anderer Meinung sein.

Jeder zweite Arbeiter in Streikkämpfen

Die jüngste Geschichte Lateinamerikas, d. h. die vergangenen 25 Jahre, besonders das Ende der 60er Jahre, haben eine große Vielfalt von Situationen hervorgebracht. Das bezieht sich besonders auf die Höhepunkte des Prozesses, die kubanische Revolution und das chilenische Beispiel, das zwar gescheitert ist, aber äußerst wertvolle Lehren vermittelt. Wir haben fortschrittliche, demokratische nationalrevolutionäre Bewegungen erlebt auf der Suche nach Wegen zur Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, und auch jetzt finden sich in verschiedenen Ländern trotz der Verschiebung des Kräfteverhältnisses Beispiele dafür, daß eine revolutionäre Situation herangereift ist, die die Barrieren, die sie eindämmen sollen, niederzureißen strebt. Die Unterschiedlichkeit der Lage und die Unregelmäßigkeiten des Prozesses zeigen die ganze



Streikende Mercedes-Arbeiter in Buenos Aires

Tiefe und Vielfalt der historischen Entwicklung.

Daher bietet Lateinamerika das Bild eines vom Kampf der Volksmassen erschütterten Kontinents, mit revolutionären Bewegungen, Staatsstreichern, machtvollen Streiks und Kampfaktionen der Arbeiterklasse, patriotischen und nationaldemokratischen Militärbewegungen, Studentenaktionen und anderen Jugendbewegungen, einer blühenden Literatur und Kunst, die an den sozialen und politischen Kämpfen teilhat oder sie widerspiegelt. Es vollzieht sich eine fortschreitende Differenzierung innerhalb der Kirchen und in einigen Fällen auch innerhalb bestimmter Militärkreise.

Auf gewaltige Aufschwünge der Revolution folgen manchmal schwere, wenn auch vorübergehende Niederlagen. Im allgemeinen ist das ein brodelnder, komplizierter Zustand, oft mit dem Blut der Freiheitskämpfer behaftet, ein Zustand, der in vielen Fällen auch zu einer Lösung mit Waffengewalt tendiert. Um eine Vorstellung von der Beteiligung der Massen an Kampfaktionen zu geben, genügt es zu erwähnen, daß in den 60er Jahren, als in der ganzen übrigen kapitalistischen Welt nur jeder fünfte Arbeiter an Streiks beteiligt war, in Lateinamerika jeder zweite Arbeiter an Streikkämpfen teilgenommen hat.

Diese Wirklichkeit mit all ihren Widersprüchen komprimiert tiefgreifende, unumkehrbare Prozesse, die die Einheit der Völker, mit ihrer Vorhut, den kommunistischen Parteien, an der Spitze, erfordern, damit sich diese Prozesse in ihrer ganzen Breite entfalten können. Das bedeutet die Errichtung einer demokratischen Front der nationalen Befreiung, dialektisch verbunden mit der antifaschistischen Einheit. Das ist die Forderung, die gegenwärtig für Lateinamerika gilt. In dem Problem der untrennbaren Einheit dieses Prozesses mit der Frage der Partei liegt der Schlüssel für den Sieg. Das ist eine unmittelbare, eine brennende Frage, eine Frage des Überlebens der Demokratie und der nationalen Befreiung unserer Völker.

Übermäßige Abhängigkeit von den USA

Das zweite wichtige Element, das zum Verständnis unseres revolutionären Prozesses erforderlich ist, ist der Charakter der Abhängigkeit vom USA-Imperialismus. Das Pentagon, die USA-Regierung betrachten Lateinamerika als inneren Kern ihrer Globalstrategie. Dieser Umstand drückt den Beziehungen unserer Länder zu ihrem imperialistischen Nachbar im Norden einen besonderen Stempel auf. Stärker als in anderen Teilen der Welt verfolgen die USA auf unserem Kontinent eine Globalstrategie, in der alle Faktoren, sowohl die ökonomischen als auch die politischen und militärischen, auf das engste zusammenwirken. Die imperialistische Linie ist in jedem Fall Teil einer kontinentalen, globalen Strategie, aber unabhängig davon versuchen die USA natürlich, gegen jedes einzelne Land getrennt vorzugehen. Daher sieht die US-Regierung – in Wahrnehmung ihrer staatsmonopolistischen Interessen – in jedem Schritt unserer Völker in Richtung auf eine ökonomische und politische Selbstbestimmung und auf eine wahre Demokratie eine angebliche Infragestellung oder Bedrohung ihrer Sicherheit.

Ich will nicht behaupten, daß es keine Nuancen in der politischen Linie der einzelnen amerikanischen Präsidenten und Reierungen gäbe, aber diese beziehen sich mehr auf die Methodik angesichts der sich verändernden Lage als auf Veränderungen inhaltlicher Art³. Das dürfen wir bei der Beurteilung der dynamischen und stets übermäßig ausgedehnten Beziehungen zwischen unseren Ländern und den USA niemals aus den Augen lassen: denn das kann zu Fehleinschätzungen führen.

Es genügt, einige grundlegende und entscheidende Daten aufzuzählen: 20 % der nordamerikanischen Investitionen werden auf unserem Kontinent getätigt. Während der US-Impe-

rialismus in Europa aus einem investierten Dollar 1–2 Dollar herausholt, sind es in Lateinamerika 3–5 Dollar. Zwischen 50–70 % der strategischen Rohstoffe unserer Länder werden in den USA verarbeitet. 1/3 unseres Außenhandels wird mit den Vereinigten Staaten abgewickelt. Die Geopolitiker, Agenten der nordamerikanischen Globalstrategie, beschreiben unseren Kontinent als gewaltiges Massiv, das sich – von zwei Ozeanen eingerahmt – von Pol zu Pol erstreckt und das einen sogenannten Gürtel der inneren Sicherheit für den Koloß im Norden bilden könnte. Unter diesem Aspekt wurden seinerzeit die beiden wichtigsten juristischen, politischen und militärischen Instrumente des Panamerikanismus aus der Taufe gehoben: der Vertrag von Rio de Janeiro und der Militärpakt TIAR, auf dem das Interamerikanische Verteidigungsbündnis basiert.

Diese Tatsache und das ihr entgegenwirkende, ständig wachsende Streben der Völker nach Selbstbestimmung sowie der scharfe Klassenkampf bestimmen den so komplizierten und blutigen Charakter der Entwicklung in Lateinamerika. Die Überempfindlichkeit des nordamerikanischen Imperialismus gegenüber dem Kampf unserer Völker wird durch seine wiederholten Interventionspläne und durch sein Ziel, mit allen Mitteln die Entwicklung einer antiimperialistischen, demokratischen oder gar sozialistischen Bewegung auf unserem Kontinent zu verhindern, unterstrichen.

Dieser Umstand hebt die Heldentat der kubanischen Revolution erneut hervor. Aber das Beispiel Kuba zeigt auch, daß es in unserer Zeit keinen Grund zur Resignation gibt, die von vornherein die Möglichkeiten der Befreiung unserer Völker zum Scheitern verurteilt. Wenn wir die aktuellen Erscheinungen des Faschismus in Lateinamerika beurteilen und mit Bestimmtheit und Realismus die Möglichkeiten unseres Kampfes einschätzen wollen, dann müssen wir alle Faktoren berücksichtigen.

Kubas Heldentat zeigt: kein Grund zur Resignation

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß alle Fortschritte und Rückschläge des Befreiungskampfes der lateinamerikanischen Völker aus der historischen Sicht der Veränderungen gesehen werden müssen, die sich in den 50er Jahren zu entwickeln begannen. Zu diesem Zeitpunkt traten – bedingt durch die Fortschritte des revolutionären Prozesses – die Beziehungen zwischen unseren Völkern und dem Yankee-Imperialismus in eine neue geschichtliche Periode ein. (...)

Die 60er Jahre waren (ausgelöst durch Sieg und Behauptung der kubanischen Revolution, d. Red.) geprägt durch den Vormarsch der Befreiungsbewegung, der sich auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichem Klasseninhalt vollzog. Der Kampf nahm viele Formen an: friedliche und nicht-friedliche Aktionen, Arbeiter- und Studentenkämpfe, Streiks, parlamentarische und andere legale Methoden, Partisanenkämpfe usw. Taktisch richtig oder auch nicht, widerspiegelten sie alle die tiefgehenden Strömungen, die unsere Völker in ihrem Streben nach ökonomischer, sozialer und politischer Unabhängigkeit vorantreiben. Auch in diesen Jahren führte der US-Imperialismus, dem es nicht gelungen war, Kuba niederzuschlagen, obwohl er die Welt 1962 an den Rand eines Krieges gebracht hatte, unverhüllte Interventionen in unseren Ländern durch. Das bedeutendste Ereignis waren der faschistische Militärputsch 1964 in Brasilien und danach die Invasion der Dominikanischen Republik, an der auch Truppen der brandneuen brasilianischen Diktatur teilnahmen.

Der Staatsstreich in Brasilien ist von großer historischer Bedeutung, nicht nur wegen der Größe Brasiliens und seines Gewichts in der kontinentalen Strategie, sondern auch, weil mit ihm das erste faschistische Regime in dieser Zeit errichtet wurde. Im vorigen Jahr wurden die Archive des ehemaligen



26. Juli 1953 — Datum des Sturms der Guerilleros auf die Moncada-Kaserne und Vorbote der kubanischen Revolution. Heute dient sie als Schule für diese Kinder.

amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson geöffnet. Sowohl in den USA als auch in Brasilien wurden Dokumente über die von amerikanischen Politikern und Militärs mit dem Decknamen „Operation Bruder Sam“ bezeichnete Operation veröffentlicht. In diesen Dokumenten wurden Pläne für eine direkte Intervention in Brasilien entwickelt.

Die Neuartigkeit des Brasilienputsches 1964

Die amerikanische Flotte nahm vor der brasilianischen Küste im Südatlantik Aufstellung, so wie sie während des Putsches gegen die Regierung der Unidad Popular vor der Küste Valparaisos kreuzte. Die Plan sah mehrere Varianten vor: Lieferung von Waffen und Erdöl, einschließlich der Möglichkeit der Ermordung des Präsidenten Goulart, falls die Operation im ersten Anlauf scheitern sollte. Der Staatsstreich in Brasilien ist nicht zu vergleichen mit früheren vom Imperialismus inszenierten Staatsstreich, die vielen Ländern blutige Militärdiktaturen gebracht haben. Der Plan der USA, der faschistischen Militärs und der reaktionärsten Kreise der Großbourgeoisie sowie des Großgrundbesitzes sah die systematische Faschisierung des Staatsapparates vor. Brasilien sollte ein riesiges Investitionsfeld für die großen internationalen Monopole werden, die sich gleichzeitig der unermesslichen Naturreichtümer Brasiliens bemächtigen wollten. Es handelte sich um einen Plan des „ökonomischen Wachstums“ im Dienste militärischer Ziele.

Der faschistischen Militärdiktatur war als „kleiner Bruder“ der Herren des Pentagons die Rolle des konterrevolutionären und aggressiven Stoßtrupps für ganz Südamerika zugeordnet. Ihre Methoden waren charakteristisch für ein Terror-Regime: Erstickung jeglicher demokratischer Tradition, physische Ausrottung der Kader der Arbeiterbewegung, der

demokratischen und fortschrittlichen Bewegung. Das war damals die erste Erfahrung mit der Errichtung einer faschistischen Regierung im Stile der Regierungen, die dann in den 70er Jahren in den südlichen Ländern des Kontinents geschaffen werden sollten.

Trotzdem konnte der US-Imperialismus damals den revolutionären Prozeß nicht aufhalten. In verschiedenen Ländern kam es zu Ereignissen, die Ausdruck des Vormarsches des patriotischen und demokratischen Kampfes, des Kampfes der Arbeiter waren: die nationalrevolutionäre Bewegung in Peru, die Machtübernahme durch patriotische Militärs in Panama; Regierungen in Ekuador und Honduras, die sich dem nordamerikanischen Imperialismus widersetzen. Linksentwicklungen in einigen Ländern des karibischen Raumes. Es wuchsen sogar Formen des Widerstandes gegen den USA-Imperialismus in von einer nationalreformistischen Großbourgeoisie regierten Ländern wie Venezuela, Mexiko und anderen.

Anfang der 70er Jahre: demokratischer Aufschwung

Diese Etappe gipfelte im Sieg der Unidad Popular in Chile, der einer neuen qualitativen Veränderung des Kräfteverhältnisses gleichkam. Die Unidad Popular und die Regierung Allende führten demokratische und revolutionäre Veränderungen durch und entschieden sich für den Weg zum Sozialismus.

Danach wurde durch den Sieg der nationalrevolutionären Bewegung in Bolivien die Regierung von General Torres an die Macht gebracht, der jedoch kurze Zeit später durch eine Verschwörung der Regierungen der USA und Brasiliens wieder gestürzt wurde. In Argentinien wurde der vierzigjährigen fast ununterbrochenen Herrschaft von Militärdiktaturen ein Ende gesetzt und unter großen Massenkämpfen die Regierung Cámpora an die Macht gebracht. In Uruguay wurde der einheitliche Kampf der Arbeiterklasse unter Führung des Gewerkschaftsdachverbandes CNT (Nationaler Konvent der Werktätigen) zusammen mit den Studenten, den Intellektuellen und den Mittelschichten von der Bildung der Frente Amplio begleitet, in der sich Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten, Linksgerichtete und fortschrittliche Militärs zusammenschlossen. Eine breite Front demokratischer Kräfte, auch Vertreter der Colorado-Partei und der Blanco-Partei, verteidigte im Parlament und auf den Straßen, in politischen Veranstaltungen und Massenaktionen die demokratischen Freiheiten und orientierte auf eine breite demokratische Öffnung des Landes. Alle diese Faktoren zusammengekommen, eingebettet in die großen internationalen Veränderungen, verschärfte die Krise des „Panamerikanismus“, beschleunigten das Ende der Isolierung Kubas und durchlöcherten die Blockade.

Zahlreiche lateinamerikanische Länder nahmen ihre Beziehungen zu Kuba wieder auf. Es entstanden gegen den nordamerikanischen Imperialismus gerichtete Organisationen, wie die SELA (Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem). Der Andenpakt festigte sich. Es wurden Maßnahmen gegen den US-Imperialismus ergriffen, um die einheimischen Bodenschätze zurückzugewinnen; zu diesem Zweck wurde zum Beispiel die Erdölindustrie verstaatlicht. Der Einfluß der sozialistischen Länder nahm zu, die Beziehungen zur UdSSR, zur DDR und anderen sozialistischen Ländern entwickelten sich. Wir finden also eine Bewegung, die in ihrer Gesamtheit gesehen, die Grundlagen der nordamerikanischen Vorherrschaft auf unserem Kontinent ins Wanken bringt.

Im Augenblick muß der Yankee-Imperialismus große Niederlagen hinnehmen. Das internationale Kräfteverhältnis verändert sich weiter zugunsten des Friedens, der Demokratie, der nationalen Befreiung und des Sozialismus. Selbst Kissinger sah sich gezwungen zugeben: Wir sind zur Koexistenz gezwungen, denn wir sind nicht mehr die Stärksten in der



Erste marxistische Präsidenten Lateinamerikas: Fidel Castro und Salvador Allende

Welt.

In Vietnam, Laos und Kambodscha hat der Imperialismus eine historische Niederlage erlitten. In Afrika befreien sich die ehemaligen portugiesischen Kolonien, und weitere Länder schließen sich der Entwicklung der Länder mit sozialistischer Orientierung an. In Europa wurde der Faschismus in Portugal und in Griechenland gestürzt, und in Spanien ist der Faschismus unwiderruflich im Zerfall begriffen. In der gesamten kapitalistischen Welt vertieft sich die Wirtschaftskrise im Rahmen der allgemeinen Krise.

Das Gegengift der Faschisierung

Auf diesem Hintergrund entwickelt der US-Imperialismus seine Gegenoffensive in Lateinamerika. Als wichtigste Waffe benutzt er die Errichtung faschistischer Regime. Das Hauptziel der ersten Etappe ist die Niederschlagung Chiles und die Einsetzung gleichartiger, dauerhafter faschistischer Regierungen im Süden des Kontinents. Die Militärputsche in Bolivien, Uruguay und Chile werden eskaliert: mit schmutzigen Machenschaften wird in Argentinien die fortschrittliche Entwicklung zunichte gemacht und das Land in ein Blutbad gestürzt; auf Peru wird Druck ausgeübt, um zu einer rückläufigen Entwicklung zu kommen; in Paraguay, Guatemala, Nikaragua und Haiti wird der Terror verschärft; die brasilianischen Streitkräfte führen provokatorische Aufmärsche an den Grenzen zu Guyana und Venezuela durch. Der Versuch, in Jamaika eine labile Situation zu schaffen, scheitert. Die unter diesen Bedingungen vom US-Imperialismus in den Sattel gehobenen Regierungen sind, wie in Brasilien erprobt, nicht mehr Militärtyrannen des alten Typs, sondern Regierungen mit faschistischem Charakter. Als Hauptinstrument nutzt der nordamerikanische Imperialismus die rechten und faschistischen Kräfte innerhalb der Armee. Die Regierungen selbst organisieren die Faschisierung des Staatsapparates. Es sind faschistische Terror-Regimes des Finanzkapitals und der reaktionärsten Kreise der Latifundisten, die direkt mit der Regierung der USA verflochten sind und von ihr geleitet werden, hauptsächlich über das Pentagon, die CIA und interna-

tionale Finanzinstitutionen. Ihre Linie heißt Ausrottung der Kommunisten, der Linken, der Patrioten und Antiimperialisten, generell aller demokratischen Kräfte.

Ihre Methode, bei der sie unmittelbar von Agenten der CIA und des Pentagon angeleitet werden, ist die physische und psychische Folter Zehntausender Personen, die Anwendung von Drogen und raffiniertester Folterqualen durch in den USA und manchmal auch in der BRD ausgebildete „Experten“. Sie wetteifern darum, die Erfahrungen des Hitlerfaschismus und die der Folterknechte in Vietnam, Algerien, Griechenland, Irland, Brasilien und anderen Ländern zu übertreffen.

Antiimperialistische Politiker und demokratische Persönlichkeiten Lateinamerikas wurden in verschiedenen Teilen des Kontinents, ja sogar in Europa und in den Vereinigten Staaten ermordet. Antisowjetische Provokationen, Kampagnen gegen die sozialistischen Länder und blindwütiger Antikommunismus – unter den Begriff Kommunisten fallen die verschiedensten Strömungen einschließlich der Kirche – werden von Behauptungen begleitet, der 3. Weltkrieg habe bereits begonnen, und die Anführer der faschistischen Regime seien die Vorhut in der Schlacht gegen den „internationalen Marxismus“. In diesem Sinne betrieben sie einen konkreten Plan zur Bildung einer Allianz mit Südafrika, um unter Beibehaltung der Vormachtstellung der US-Flotte den Südatlantik zu beherrschen.

Anhäufung von Sprengstoff

Jedwede Unterschätzung der politischen oder militärischen Bedeutung dieser Vorgänge wäre ein schwerwiegender Fehler. Der Faschismus muß unbedingt mit Hilfe der breitesten Einheitsfront unserer Völker und einer umfassenden und tiefgehenden internationalen Solidaritätskampagne isoliert und gestürzt werden. Es wäre ein ebenso schwerer wie vielleicht noch größerer Fehler, in Resignation zu verfallen oder in irgendeine Form von Geschichtspessimismus.

Das Leben beweist, daß der Befreiungsprozeß in Lateinamerika weitergeht, trotz der bedeutenden Veränderungen, die sich seit 1973 im Kräfteverhältnis des Kontinents vollzogen haben. Erstens stehen nach wie vor in verschärfter Form alle Probleme, die durch die Krise der lateinamerikanischen Gesellschaften hervorgerufen wurden und die die breitesten Massen zum Widerstand gegen den Imperialismus und Faschismus treiben. Zweitens spielt die internationale Lage eine gravierende Rolle in dem Wirrwarr der sich widerspiegelnden Realitäten in Lateinamerika. Drittens ist es dem Faschismus, der dem nordamerikanischen Imperialismus sogleich seine Dividenden angezahlt hat, nicht gelungen, die Krise in seiner Politik der Vorherrschaft aufzuhalten. Die Zuflucht zum Faschismus an sich ist schon ein Beweis dieser Krise. Sie beweist, daß die USA mit dem Betrug des „Panamerikanismus“ nicht mehr weiter kommt.

Die Politik der Unterstützung faschistischer Regime führt die USA allerdings zu neuen und noch tieferen Widersprüchen. Sie führt zum Zusammenstoß mit immer breiteren Schichten der Bevölkerung und zur Anhäufung von Sprengstoff unter ihren Füßen. Sie ruft in der ganzen Welt Abscheu hervor. Dies vor allem, weil sie weder den Widerstand unserer Völker hat brechen noch das unbezwingbare Streben nach politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung hat zügeln können. (. . .)

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage unter den faschistischen Regimen schafft Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung des patriotischen Ringens der Volksmassen. So gar Brasilien, das unzählige Male sein „ökonomisches Wachstum“ in den höchsten Tönen gepriesen hat, sieht sich vor neuen, schwerwiegenden Problemen.

Präsident Geisel mußte kürzlich zugeben, daß das „große

Brasilien“ eine Auslassschuld von 27 Mrd Dollar mit kurzen und mittelfristigen Zahlungszeiträumen hat, die Handelsbilanz weist ein Defizit von 2,2 Mrd Dollar auf, die Preise sind im Durchschnitt um 40 % angestiegen, die Zahl der Arbeitslosen steigt und das Massenelend nimmt zu: Das ist das wahre Bild des „brasilianischen Wunders“.

Es ist ganz offensichtlich, daß es dem Faschismus – errichtet mit dem Ziel, mit Feuer und Schwert das Problem der „Sicherheit“ der Vereinigten Staaten zu lösen – weder gelungen ist sich zu festigen noch sich eine wichtige politische und soziale Basis zu schaffen, nicht einmal in einem Land, das mit so großen Naturreichtümern und Möglichkeiten ausgestattet ist wie Brasilien. Man kann sogar ohne übertriebenen Optimismus behaupten, daß sich sein Einflusbereich verringert und daß damit bestimmte politische und soziale Grundlagen der faschistischen Regimes mehr oder weniger schnell verloren gehen.

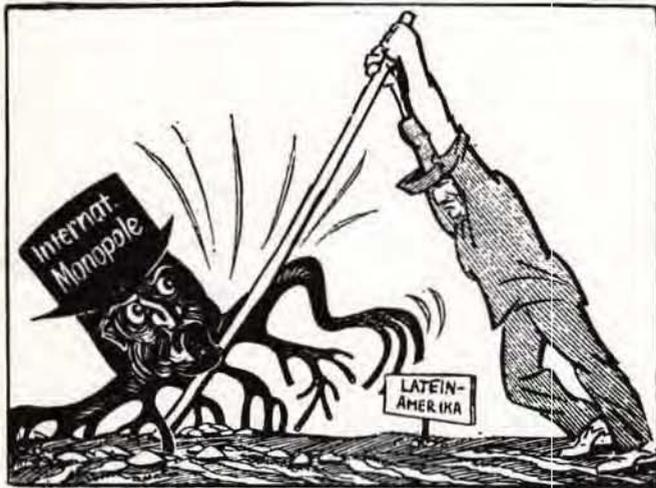
Ich habe das Beispiel Uruguay erwähnt, wo der Staatsstreich ohne jegliche Unterstützung durch die Volksmassen durchgeführt wurde. In anderen Ländern, zum Beispiel in Chile, kam der Putsch in einem Moment, in dem ein Teil der Bevölkerung verwirrt und gegen die Regierung der Unidad Popular aufgehetzt war. Es ist bekannt, daß Kreise der Bourgeoisie und führende Politiker bestimmter Parteien Komplizen des Putsches waren. Auf welche politische Kraft von Bedeutung kann sich die faschistische Diktatur Pinochets aber jetzt stützen? Das bolivianische Regime war schon immer anfällig, vor allem wegen des starken Widerstandes der Arbeiter und Studenten, hauptsächlich der Bergarbeiter, aber auch, weil sich verschiedene politische Parteien gegen die Regierung Banzer stellen. In Brasilien wurde der Militärputsch von Gouverneuren verschiedener Bundesstaaten, politisch einflußreichen Kreisen der Bourgeoisie, großen Teilen des Kleinbürgertums in den Großstädten und auch von der Kirche unterstützt. Trotzdem sind inzwischen viele dieser Kräfte zur Kritik, zur Opposition und zur Verurteilung des herrschenden Regimes übergegangen. Bei den letzten Wahlen erlitt das Regime trotz Beschränkung der Wahlmöglichkeiten und Wahlbetrugs in allen großen Städten eine Niederlage. Auch in Brasilien wird das eintreten, was wir in Chile und Uruguay beobachten: Das Regime wird nackt und bloß dastehen, seinen wahren Charakter als Terror-Diktatur des Finanzkapitals und der Latifundisten im Dienste des Yankee-Imperialismus enthüllen, als ein Regime, das nur von den reaktionärsten Teilen der Streitkräfte an der Macht gehalten wird und das sowohl im eigenen Lande als auch international völlig isoliert ist.

Gewaltige Kräfte des Antifaschismus

Das sind die eigentlichen Schwächen des lateinamerikanischen Faschismus. Eben deswegen gibt es gewaltige Kräfte, die ihm die Stirn bieten und ihn zerschlagen können. Dazu muß eine antifaschistische Strategie angewendet werden, die sich in den großen historischen antiimperialistischen Kampf unserer Völker einliedert. Diese Forderung wurde bereits in der Erklärung der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raumes von Havanna erhoben. Es geht darum, daß wir es verstehen, den breitesten Widerstand gegen die Diktaturen in den verschiedenen Ländern mit dem Bündnis der Völker und demokratischen Regierungen Lateinamerikas und der internationalen Solidarität zu vereinen.

Es kommt darauf an, die internationale Solidaritätskampagne mit den Eingekerkerten zu verstärken, die Folter und die Greuelthaten des Faschismus zu entlarven und diese Regime international zu isolieren. Das ist zugleich ein Beitrag zur Festigung der internationalen Entspannung. Es geht darum den Yankee-Imperialismus vor aller Welt als Urheber und Hauptstütze der faschistischen Regime in Lateinamerika anzuklagen. (. . .)

Einige Politiker der USA erstreben bestimmte Operationen zum Austausch einiger Kräfte, um die nordamerikanische Hegemonie zu festigen, ohne einem neuen demokratischen Aufschwung Raum zu geben, der die politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung beschleunigen könnte. Diese Fragen wurden bereits in Erklärungen von Luers und Rodgers aufgeworfen, beide einflußreiche Politiker der vorhergehenden Regierung, und sie tauchen erneut in den Berichten von Linowitz und Löwenthal auf, der Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses ist. Diese Dokumente gehen davon aus, daß die USA im Prinzip ihr „Sicherheitsproblem“ in Lateinamerika gelöst haben und daß sie daher zu einer Politik übergehen sollten, die von diesen Leuten als größere wirtschaftliche Zusammenarbeit und Achtung der Menschenrechte bezeichnet wird.



Eine Reihe von Erklärungen und Tatsachen im Zusammenhang mit dem Wahlsieg Carters erklären sich aus diesen Faktoren. Ich meine speziell die Erklärungen von Mitgliedern der US-Regierung zur Verletzung der Menschenrechte in Uruguay und anderen Ländern, die „Einstellung“ der Militärhilfe für die Diktatur in Uruguay, die Rede des US-Vertreters vor der UN-Menschenrechtskommission.

Das Problem liegt darin, herauszufinden, wie weit die US-Regierung in ihrer Außenpolitik gegenüber den faschistischen Regimen im Süden gehen wird. Als erstes und Wichtigstes müssen wir davon ausgehen: Der nordamerikanische Imperialismus wird niemals zur Erlangung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Länder beitragen und auch nicht zur Errichtung echter Demokratien, seien es auch nur bürgerliche. Das bedeutet aber nicht, daß er auf politische Manöver oder Veränderungen verzichtet, wenn es darum geht, den Befreiungskampf unserer Völker aufzuhalten.

Aber man muß auch berücksichtigen, daß diesen Manövern bestimmte Grenzen gesetzt sind. Die faschistischen Putsche wurden unter dem Vorwand der „Sicherheit der USA“ inszeniert und man wird alles daran setzen, zu verhindern, daß die Zeiten von 1970 zurückkehren. Jede Veränderung wird also darauf abzielen, den autoritären Charakter der Regierungen zu erhalten. Als Idealvorbild gilt, auch wenn es langsam an Glanz verliert, das brasilianische Modell, natürlich mit den entsprechenden Variationen je nach Lage und politischer Geschichte der einzelnen Länder. Weder Chile noch Uruguay sind in diesem Sinne mit Brasilien zu vergleichen.

Es gibt aber auch noch andere Modelle, wie zum Beispiel die zwangsweise Einführung eines von den Amerikanern inspirierten Zweiparteiensystems mit starker Militärpräsenz in Kolumbien nach dem Sturz von Rojas Pinilla. Das bedeutet Verdrängung bzw. Verbot der Kommunisten und der Linkskräfte. Dann gibt es auch noch die Möglichkeit einer Schein-

demokratisierung. In Chile fordert Senhor Frei bereits eine „gangbare Demokratie“ d. h. eine Demokratie, die für die USA und bestimmte Militärkreise akzeptabel ist. Ähnlich argumentieren rechte Kreise einiger Parteien in Uruguay. Es versteht sich von selbst, daß auch diese Forderungen nach Veränderungen nicht durchkommen werden, wenn es dem Pentagon und der CIA gelingt, das Gesicht der derzeitigen faschistischen Regime mehr oder weniger zu wahren.

Eines jedoch muß man wissen: Was die Imperialisten wollen, ist eine Sache und was geschehen kann, wenn das Volk sich eint, das Streben und der Kampf aller antifaschistischen Kräfte in Einklang gebracht werden, ist eine ganz andere Sache. Im übrigen ist das der einzige Weg, mit den derzeitigen Diktaturen so schnell wie möglich Schluß zu machen. Und diese Einheit muß schleunigst auf allen Gebieten hergestellt werden, denn selbst Sprecher des Imperialismus sehen sich bereits gezwungen, zumindest in ihren Reden, ihre eigenen faschistischen Machwerke bloßzustellen.

Aus dem gleichen Grund müssen wir uns fragen, was zu tun ist, anstatt auf die Wortgefechte der US-Regierung zu warten. In diesem Sinne dürfen wir uns erstens nicht der Illusion hingeben, daß die nordamerikanische Regierung zu einem schnellen und radikalen Sturz der faschistischen Diktaturen beitragen wird, und zweitens dürfen wir uns nicht auf eine betrachtende Position begeben und so tun, als passiere gar nichts.

Täten wir das, so würden wir übersehen, daß das, was augenblicklich geschieht, das Ergebnis des heldenhaften Widerstandes unserer Völker und der weltweiten Solidarität ist, die eine Konsolidierung des Faschismus verhindern und zugleich den US-Imperialismus auf die Anklagebank verwiesen haben. Außerdem verstärken die sogenannten „Neuerungen“ in der Politik Washingtons gegenüber den Regimes, die die USA selbst in den Sattel gehoben haben, heute objektiv deren internationale Isolierung und ihre inneren Widersprüche. Es genügt, auf die gegenwärtige Bestürzung und Entrüstung führender Militärs in Uruguay zu verweisen oder auf die Äußerung des Chefs des Generalstabs von Brasilien: „Mit jedem Tag wird es schwieriger, Freund der USA zu bleiben.“

Wir müssen erkennen, daß alle Risse, die sich in der faschistischen Herrschaftsstruktur auftun, geschickt von uns genutzt werden können, um durch Ausnutzung dieser Widersprüche neue Perspektiven für den Kampf und die Einheit aller patriotischen und demokratischen Kräfte zu öffnen. Mit anderen Worten: Jeder neue Bruch in den starren faschistischen Strukturen trägt dazu bei, sofern er für den Kampf der Volksmassen genutzt wird, die Stunde des Sieges näher rücken zu lassen.

Breiteste Einheitspolitik entwickeln

Wir werden uns nicht auf eine abwartende Position begeben. Im Unterschied zu bestimmten Kreisen der Großbourgeoisie, die sich der Illusion hingeben, Carter werde die Demokratie in unseren Ländern wiederherstellen, müssen wir unsere Anklage gegen den Faschismus verstärken, um ihn international noch mehr zu isolieren. In erster Linie geht es darum, ihm die Gefangenen zu entreißen und Tausenden von Genossen das Leben zu retten. Die Freilassung Luis Corvalans und anderer chilenischer Genossen und auch die Befreiung Maidanas und weiterer führender paraguayischer Genossen beweisen, daß die Möglichkeiten wachsen, um neue Erfolge zu erringen. 1977/78 müssen wir unsere politischen Gefangenen freikämpfen und die Beendigung der Folter erzwingen.

Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Wiedererlangung der Freiheit unserer Völker. Wir müssen die internationale Anklage des Faschismus und den Kampf für die großen Ziele der Einheitsfront gegen die Diktaturen in jedem

Land verstärken. In dieser Situation ist die europäische Konferenz zur Anklage der faschistischen Verbrechen der Länder im südlichen Teil unseres Kontinents notwendiger denn je. Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, um den Kongreß der Völker Lateinamerikas zustande zu bringen und um die Einheitsfront aus den Bewegungen der Bauern, der Studenten und Intellektuellen auf dem Kontinent herzustellen.

Dringender als je zuvor erhebt sich auch die Forderung, die Gegner des Faschismus zu einen und den Kampf der Massen für die Wiederherstellung der Demokratie voranzutreiben. Zur politischen Taktik der USA gehört auch der Versuch, die demokratischen Kräfte zu spalten durch Ausschaltung der fortschrittlichsten Strömungen, das heißt der Kommunisten, Sozialisten und anderer Parteien, Persönlichkeiten und Gruppierungen mit einer klaren antiimperialistischen Haltung.

Diese Versuche sind ganz offensichtlich. Wollen wir sie vereiteln, so genügt es nach unserer Meinung nicht, sie in dem Moment, wo sie zutage treten, einfach nur aufzudecken und in der Öffentlichkeit zu brandmarken. Es ist unerlässlich, dieser Taktik eine in sich geschlossene Einheitspolitik der antifaschistischen Kräfte aller sozialen und politischen Schichten entgegenzustellen und eine Perspektive mit einem klaren Programm anzubieten, das die Einheit und den Kampfeswillen der Volksmassen stärkt. Eine solche breite antifaschistische Einheitspolitik ist auch das beste Mittel, um versöhnlicheren Tendenzen entgegenzuwirken, das beste Gegengift gegen eine Spaltertätigkeit, die auf der Suche nach Übereinkommen mit den Anführern der Faschisten die schützende Hand des Imperialismus hat. Die Aktionseinheit des Volkes ist das sicherste Mittel gegen alle Arten von Kompromissen. (. . .)

Die Erfahrungen der lateinamerikanischen Geschichte beweisen, daß unter bestimmten Umständen bedeutende Teile des Militärs auf die Seite der patriotischen, antiimperialistischen und demokratischen Kräfte einschwenken können. In Uruguay wird diese Feststellung sowohl durch den Kampf führender Militärs in den Reihen der Frente Amplio als auch durch das Anwachsen demokratischer Tendenzen innerhalb der Streitkräfte bestätigt.

Die Bedeutung der Verteidigungsfähigkeit der Revolution

Andererseits ist ganz klar, daß es keine tiefgreifenden demokratischen Veränderungen und erst recht keine sozialistischen Veränderungen geben kann, wenn nicht jene Aufgabe erfüllt wird, die schon von Marx und Lenin klar definiert wurde: die Zerschlagung des alten Staats- und Militärapparates.

Hier gilt es u. a. das Beispiel Chiles auszuwerten. Bei der Untersuchung der chilenischen Erfahrungen wird manchmal ein Aspekt besonders hervorgehoben: die Tatsache, daß die prosozialistischen Kräfte in Chile nicht mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachten. Der Weg zum Sozialismus unter Vermeidung eines Bürgerkrieges oder bewaffneter Zusammenstöße erfordere, so betont man, eine gewaltige Mehrheit, die in der Lage ist, den Widerstand der konterrevolutionären Kräfte zu brechen. Zweifelsohne, je stärker die Kräfte sind, die für den Sozialismus sind und die auch bereit sind, ihn zu verteidigen, um so begrenzter sind die Möglichkeiten einer Aktion der inneren oder äußeren Reaktion. Doch auch in diesem Fall kann sich eine revolutionäre Regierung nicht sicher fühlen, wenn sie nicht Wege findet, den Apparat zu zerschlagen, der zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Ausbeuterklassen vom kapitalistischen Staat selbst aufgebaut wurde. Wir wagen sogar anzunehmen, daß unter chilenischen Bedingungen eine andere Lösung möglich gewesen wäre⁴. Hätte die Unidad Popular-Regierung die faschistischen Kreise innerhalb des Militärs isoliert, die direkt mit dem

USA-Imperialismus liiert waren, und hätte sie ihr eigenes Verteidigungssystem aufgebaut, wäre Allende heute kein Märtyrer, sondern vielleicht eine der führenden Persönlichkeiten des Befreiungskampfes unseres Kontinents. (. . .)

Kein Blumenfest der Bourgeoisie zu erwarten

Das militärische Problem, d. h. die Politik gegenüber den Streitkräften und die politische und technische Befähigung, unter den verschiedensten Umständen kämpfen zu können, spielt eine immer größere Rolle in der Palette der Faktoren des revolutionären Prozesses. Wir verwerfen sowohl die subjektivistischen und mehr oder weniger abenteuerlichen Konzeptionen als auch die rosarotgefärbten Vorstellungen von einem relativ friedlichen Verlauf unserer Revolution. Angesichts der so bewegten Wirklichkeit unseres Kontinents fällt es schwer zu glauben, daß wir zum Sozialismus vorwärtsschreiten werden wie auf einer Großstadtavenue, begleitet von Musikkapellen, während uns aus den Fenstern Blumen zugeworfen werden, auch von den Bourgeois und Imperialisten. Es wird eine sehr harte und schwierige Arbeit für unsere Völker sein, aber unterstützt von der internationalen Solidarität werden sie sie schaffen, und zwar bald.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Vgl. R. Arismendi, Die Eigenheiten des lateinamerikanischen Faschismus; in: AIB, Nr. 3/1977, S. 12-19 (nahezu vergriffen; Fotokopien zum Preis von 0,40 DM pro Kopie). Zu den in diesem Beitrag häufig angesprochenen faschistischen Ländern wie Brasilien, Bolivien usw. finden sich zahlreiche Beiträge in der Serie Faschismus und Widerstand, in: AIB, Nr. 3-5/1977.
- 2) Siehe dazu Rede Fidel Castros vor dem 1. Parteitag der KP Kubas, in: AIB, Nr. 2-4/1976 sowie das Kuba-Festival-Heft des AIB, Nr. 8/1977
- 3) Eine detaillierte Analyse zur alten und neuen US-Außenpolitik findet sich bei: B. Greiner, Carters Dritte Welt-Politik der „friedlichen Aggression“, in: AIB, Nr. 11/1977, S. 4-9
- 4) Siehe I. Ljubetic, Die Militärfrage im Fall Chiles, in: AIB, Nr. 12/1977, S. 4-10

Verlag Marxistische Blätter GmbH



Manfred Uschner u. a.:

Lateinamerika. Schauplatz revolutionärer Kämpfe
346 Seiten, mit Dokumentenanhang, Leinen, DM 16,-

Josef Lawrezki: **Ernesto Che Guevara**
495 Seiten, mit zahlr. Fotos, Leinen, DM 13,80

Fernando Rivas Sánchez, Elisabeth Reiman Weigert:
Die Streitkräfte Chiles – Ein Fall imperialistischer Durchdringung
254 Seiten, Taschenbuch, DM 9,-

Volodia Teitelboim, Orlando Millas u. a.:

Chile – Erfahrungen der Revolution
110 Seiten, Taschenbuch, DM 6,-

Josef Lawrezki:
Salvador Allende. Eine Biografie
374 Seiten, Lw., mit zahlr. Fotos, DM 10,80

Luis Corvalan:
Freiheit für Chile! Reden und Aufsätze 1967-1973.
Hrsg. von Martha Buschmann
184 Seiten, Taschenbuch, DM 7,-

Verlag Marxistische Blätter GmbH
Hedderheimer Landstraße 78 a
6000 Frankfurt am Main 50

Erklärung der Unidad Popular

Einheit für demokratische Erneuerung

Am 31. 10. 1977 veröffentlichte die Unidad Popular (UP) ein weiteres wichtiges Dokument für den antifaschistischen Widerstandskampf, das sich vornehmlich auf die Vorschläge der Christdemokratischen Partei (PDC) zur Wiederherstellung der Demokratie bezieht. Die am 14. 10. 1977 abgegebene Erklärung der PDC mit dem Titel „Ein Vaterland für alle“ entstand vor dem Hintergrund der Institutionalierungspläne und -maßnahmen der Junta und gab erstmals konkrete und realistische Schritte an, wie die faschistische Junta zu beseitigen ist. Die PDC rief darin alle (!) Chilenen auf, „ihre Bürgerrechte zu verteidigen, einen Geist nationaler Versöhnung aufzubauen, die Kräfte der demokratischen Wiederherstellung zu unterstützen.“ Die von uns in vollem Wortlaut zweiteilig dokumentierte Erklärung der UP hebt in diesem Zusammenhang zwei Aspekte besonders hervor: In relativem Gegensatz zur PDC spricht sie zum einen von einer „demokratischen Erneuerung“ und nicht von einer „Wiederherstellung der Demokratie“, weil es darum gehe, eine Demokratie in Chile ohne die früheren Strukturmängel zu errichten. Zum zweiten hat für sie angesichts der gegenwärtigen Lage die antifaschistische Einheit von PDC und UP zum Sturz der Junta den Vorrang und nicht die Lösung vorhandener Divergenzen über Charakter und Details des nachgeordneten Demokratisierungsprozesses. Über letzteres hat das chilenische Volk nach dem Sturz des Faschismus selbst zu entscheiden.

In Chile ist eine neue politische Situation entstanden. Die Kräfte, die dem Faschismus entgegentreten und die unaufhaltsam anwachsen, kommen in immer offenerer Weise zum Ausdruck. Der gesellschaftliche und politische Block, der die Machtübernahme durch die Diktatur ermöglichte, ist von tiefen Rissen durchzogen.

Im Lande wurde eine Wende vollzogen, deren Hauptkennzeichen das erneute Aktivwerden der Massenbewegung und die Intensivierung ihres Kampfes um ihre ersehnten Forderungen sind. Die Lage Pinochets und seiner Diktatur verschlechtert sich zusehends.

Der chilenische Faschismus weiter in der Krise

Die Wirtschaft des Landes befindet sich weiterhin in der Krise. Das äußerst niedrige Niveau der produktiven Investitionen, die Verzerrung der nationalen Wirtschaft zugunsten der Interessen einer kleinen Minderheit sowie der Mißbrauch und die Verschwendung der Produktivmittel und Überschüsse, die die Wirtschaftstätigkeit hervorbringt – all dies auf der Grundlage der Überausbeutung der Arbeit und der Verschärfung der Abhängigkeit – beweist, daß das von Pinochet im Auftrag der Oligarchie und des Imperialismus aufgezogene Wirtschaftsmodell die Zukunft Chiles in schwerwiegender Weise in Mitleidenschaft zieht.

Die Folgen werden von der übergroßen Mehrheit der Chilenen getragen, vor allem von den Werktätigen und den Mittelschichten in Stadt und Land. In einer Situation, in der ihre Organisationen dem Druck einer repressiven Umkreisung



Der Gleichschritt trägt: tiefe Risse in der Junta

ausgesetzt sind, die in ständiger Weise die Menschenrechte verletzt, sinkt das Lebensniveau der Chilenen, wird ihre Würde beschnitten. Die Arbeitslosigkeit hält sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Armut ist weiterhin das vorherrschende Merkmal im Lande. Selbst breite Kreise kleiner und mittlerer Unternehmer leben am Rande des Bankrotts.

Dem inneren ökonomischen und sozialen Drama ist eine an ein Chaos grenzende internationale Lage hinzuzurechnen. Die internationale Verurteilung der Verbrechen Pinochets und seiner DINA, heute CNI, hält an. Die Verheimlichung des Schicksals der Verschwundenen kompromittiert die Diktatur weiterhin vor der internationalen Staatengemeinschaft. Indem er vor der Organisation der Vereinten Nationen seiner Verantwortung ausweicht, hat sich Pinochet des Vergehens der Verletzung der UN-Charta schuldig gemacht und seine Eigenschaft als Vertreter des „Staatsterrorismus“ unter Beweis gestellt. Weiterhin, hat seine plumpe Außenpolitik das Land in ein Klima der Auseinandersetzungen mit seinen Nachbarstaaten geführt, dessen Folgen nicht übersehbar sind. Diese Situation einer internationalen Isolierung der Faschisten wird auch durch die unverhüllte Unterstützung nicht geändert, die ihnen von Seiten des für den Putsch mitverantwortlichen Imperialismus zuteil wird, deren jüngstes verurteilungswürdiges Ereignis die dem Diktator durch den Präsidenten der USA erteilte Audienz gewesen ist. Dessen ungeachtet bleibt die Ablehnung des Faschismus die vorherrschende Tendenz. Dies zeigte u. a. die in Rotterdam von der Sozialistischen Internationale durchgeführte Konferenz, auf der eine Steigerung der Unterstützung der Sache Chiles und eine Verschärfung des Kampfes gegen die Junta beschlossen wurden.

Kein wahrhafter Chilene kann der Verschlechterung der inneren und internationalen Lage unseres Landes tatenlos zusehen. Die Entschlossenheit, das Risiko einzugehen, unter dem Faschismus die Wahrheit laut auszusprechen und in aktiver Weise zu seinem Sturz beizutragen, ist es, was den gegenwärtigen Augenblick kennzeichnet.

Die im Verlauf dieses Jahres von der Gewerkschaftsbewegung veröffentlichten Stellungnahmen sind Zeichen ihrer Stärke und Einheit; hierdurch ist es der Diktatur – entgegen

ihren Wünschen – unmöglich gewesen, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Neben der Tätigkeit der Industrie- und Landarbeiter, der Bewohner der Elendsviertel und der Arbeitslosen ist die Hunderter von Jugendvertretern und bedeutender Kreise der Intelligenz zu verzeichnen, die ihre Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit, nach einer dringenden demokratischen Erneuerung an die Öffentlichkeit gebracht haben.

Aufleben des Massenkampfes

Ein herausragender Aspekt dieses Kampfes ist die Tätigkeit der Familienangehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen. Seit ihrem heldenhaften Hungerstreik haben sie sich das Recht erkämpft, in offener Weise für das Leben ihrer Angehörigen einzutreten.

Die Diktatur ist nicht imstande gewesen, diese allgemeine Stimmung der Opposition gegen ihre Politik zurückzudrängen. Ihr Manövrierefreiraum wird von Tag zu Tag enger. Die Verbrechen der Diktatur beginnen öffentlich diskutiert zu werden.

Bei der Entwicklung der neuen Situation haben die Parteien der Unidad Popular mit ihrem Kampf unter den harten im Land herrschenden Bedingungen eine erstrangige Rolle gespielt. Sie haben ihre Verbindungen zu den Massen entwickelt, mit Verantwortung und Heldentum ihre Leitungsfunktion wahrgenommen und in entscheidendem Maße zur Schwächung der Diktatur beigetragen.

Die gegenwärtige Konjunktur hat das Regime dazu gezwungen, den Versuch zu unternehmen, eine neue Etappe einzuleiten, die von ihm selbst mit dem Etikett einer „Institutionalisierung“ versehen wird, wohinter sich nichts anderes als der Versuch verbirgt, den Faschismus in Chile zu konsolidieren. Dieser ist auf eine allgemeine Ablehnung gestoßen. Er hat letztendlich nur dazu gedient, das Fortbestehen der Diktatur selbst in Diskussion zu bringen.

In diesem Zusammenhang ist das Dokument der Christdemo-

kratischen Partei, „Ein Vaterland für alle“, veröffentlicht worden. Wir schätzen es ein als einen wichtigen Beitrag bei der Suche nach Übereinkünften, die das Empfinden der Mehrheit der Chilenen zum Ausdruck bringen und die Organisation von Aktionen begünstigen, durch welche die gegenwärtige, dem Faschismus klar entgegenstehende Tendenz unumkehrbar gemacht werden kann.

In ihrem Dokument spricht sich die Christdemokratie für die Bildung einer breiten Bewegung aus mit dem Ziel, eine fortschreitende Mobilisierung des Volkes zu fördern, gestützt auf die realen Kräfte der breiten Kreise des Landes, die sich für die Demokratie aussprechen und sich in den aktiven Kampf dafür einreihen. Die Christdemokratische Partei bringt auf diese Weise ihre Bereitschaft zum Kampf gegen die Diktatur und ihren Willen zur Überwindung jeglicher spalterischer Bestrebungen beim Angehen dieser Aufgaben zum Ausdruck, die den Interessen aller Chilenen entsprechen.

PDC: „Ein Vaterland für alle“

Die von der Christdemokratie unterstrichene Notwendigkeit, ohne Unterscheidungen und Sektierertum alle Chilenen zu vereinen, die ihren Willen dahingehend äußern, in Chile der Demokratie den Weg zu eröffnen, stimmt mit unserer ständigen Orientierung überein. Wir sind davon überzeugt, daß allein die in einer breiten demokratischen Koalition vereinte Kraft aller chilenischen Patrioten imstande ist, dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten und den Zusammenbruch der Diktatur unvermeidlich zu machen.

Dies ist die ständige Orientierung der Unidad Popular gewesen. Sie greift damit die nationalen und demokratischen Traditionen des Landes auf und setzt sie fort. Diese Orientierung ist in den Gedanken der Landesväter und im Beispiel Balmacedas, Recabarrens, Aguirre Cerdas und Salvador Allendes begründet. Ihr Schwerpunkt ist immer das Streben nach Einheit im Kampf gegen die Feinde Chiles und seines Volkes gewesen.



Santiago 1977: trostlose wirtschaftlich-soziale Lage

Die Haltung der Unidad Popular ist somit klar und eindeutig. Wir halten die Herstellung einer nationalen Übereinkunft, die für Chile den Weg der Demokratie eröffnet, für möglich, dringend erforderlich und unumgänglich. Durch diese Übereinkunft müssen die Organisationen, Institutionen, Meinungsströmungen, die Chilenen im Allgemeinen, ob sie nun einer Partei angehören oder nicht, mobilisiert werden. Ihre Tätigkeit und ihr Kampf muß von der Basis aus und an allen Fronten abgestimmt werden.

Dieser Weg hat natürlich einen offenen und totalen Bruch mit dem gegenwärtigen faschistischen Regime zur Voraussetzung. Pinochet und sein Regime stellen die Negation der Demokratie selbst dar, und es ist unzulässig, sich auch nur vorzustellen, daß die Rückkehr zu demokratischen Bedingungen im Leben des Landes ohne seinen Sturz und ohne den vollständigen Abbau des faschistischen Polizeistaates erfolgen könnte.

Wir hegen keinen Zweifel daran, daß der demokratische Aufbau eine schwierige und komplexe Aufgabe darstellt. Er erfordert die Bewältigung einer Folge von Abschnitten auf dem Weg zu neuen Formen des nationalen Zusammenlebens. Unter diesem Aspekt kann der Prozeß als allmählich bezeichnet werden. Eine solche Allmählichkeit kann aber nicht bedeuten, daß die Legalisierung der einen oder anderen Strömung der demokratischen Öffentlichkeit auf eine spätere Etappe verschoben wird. Wenn der Demokratisierungsprozeß in dieser Weise verstanden würde, würde er sich selbst negieren.

Wir schätzen somit den pluralistischen Standpunkt, von dem aus die Christdemokratie ihn jetzt betrachtet, hoch ein und stellen fest, daß zu seiner Einleitung und Entwicklung die sofortige Liquidierung des faschistischen Repressionsapparates, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die endgültige Aufklärung der Situation der Verschwundenen, die Schließung der Konzentrationslager und die Rückkehr aller im Exil Befindlichen ohne irgendwelche Vorbedingungen erforderlich sein werden.

Ein eindeutig demokratischer Prozeß ist ohne die volle Wiederherstellung der grundlegenden individuellen und politischen Rechte undenkbar. Dies hat die Legalisierung jener politischen Parteien zur Voraussetzung, die zum Sturz der Diktatur beitragen; ebenso die uneingeschränkte Respektierung der zur Zeit des Putsches geltenden gewerkschaftlichen Rechte. So wird sichergestellt werden können, daß die neue Institutionalität auf eine effektive Beteiligung der nationalen Mehrheiten rechnen kann.

Nicht „Wiederherstellung“ sondern Erneuerung der Demokratie!

Unsere Pflichten gegenüber Chile enden nicht mit dem Sturz Pinochets. Es ist unumgänglich, die Kontinuität des demokratischen Prozesses abzusichern. Der vereinte Kampf des Volkes für Brot, Arbeit und Freiheit wird die Notwendigkeit einer Übereinkunft und später einer politischen Vereinbarung zwischen jenen Parteien, Institutionen und Organisationen hervorbringen, durch die sich das demokratische Bewußtsein Chiles trotz des Faschismus weiterhin Ausdruck verschafft hat.

Zur Verzweiflung Pinochets stehen die demokratischen Parteien weiterhin an der Spitze des Kampfes für die Freiheit des Landes und zeigen so ihre effektive Verwurzelung im Volk. Dies ist der Fall sowohl unserer Parteien als auch der Christdemokratie. Es ist sicherlich unerlässlich, die Mängel und die politische Korruption der Vergangenheit zu beseitigen, die in erster Linie als Folge der Unzulänglichkeit der Demokratie vor dem faschistischen Putsch zu erachten sind. Unser Vorschlag einer Vereinbarung, die für Chile eine solide demokratische Entwicklung sicherstellt, zielt eben auf die Über-

windung dieser Unzulänglichkeiten ab. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, daß es angebrachter wäre, von einem Prozeß der demokratischen Erneuerung zu sprechen, als von einer Wiederherstellung der Demokratie. Es gibt kein Zurück in die Vergangenheit und die Erfahrung zeigt, daß eine einfache Rückkehr zu jenen Strukturen, die ihre Unfähigkeit zur Absicherung der Kontinuität des demokratischen Lebens in Chile bewiesen haben, nicht den Interessen unseres Volkes entspricht.

Es ist unsere Überzeugung, daß der beste Weg zur Absicherung dieser Erneuerung darin besteht, eine provisorische antifaschistische Regierung zu bilden, in der alle zivilen und militärischen Kräfte vertreten sind, die zur Niederlage des Faschismus beitragen. Diese Regierung wird die Bedingungen für eine breite Volksbefragung über die zukünftige chilenische Institutionalität vorbereiten müssen. Diesbezüglich schätzen wir die Idee als positiv ein, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der neuen Verfassung als grundlegendes Kriterium dienen soll.

Eine provisorische antifaschistische Regierung bilden

Jedliches Übereinkommen zwischen den antifaschistischen Kräften muß notwendigerweise Sofortmaßnahmen enthalten, durch die die kritischen wirtschaftlichen Probleme des Landes angegangen werden, darunter in erster Linie das legitime Streben nach Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen und der Mittelschichten. Die Arbeiterklasse und das Volk werden ihre gerechten Forderungen in verantwortlicher Weise vertreten, aber sie werden nicht zulassen, übergegangen zu werden.

Die provisorische Regierung wird wirtschaftliche Veränderungen einleiten müssen, die der Macht der großen Monopole im Inland sowie des imperialistischen Kapitals, das in diesem Zeitraum maßlose Profite erbeutet hat, ein Ende setzen. Chile muß wieder auf den Weg seiner unabhängigen Entwicklung gebracht werden. Wir sind davon überzeugt, daß der beste Beitrag zur Konzentrierung demokratischen Kräfte darin besteht, die Fragen, in denen wir übereinstimmen, in ausdrücklicher Weise festzuhalten und dem Volk unsere Differenzen klar darzulegen. So werden wir helfen, ein Klima der demokratischen Debatte zu schaffen, das unsere Abkommen auf eine aufrichtigere und tiefgreifendere Basis stellt.

In diesem Sinne geben wir schon jetzt unserer Überzeugung Ausdruck, daß der Prozeß des demokratischen Aufbaus die umfassende Beseitigung des Faschismus erfordert. Nur auf diese Weise werden wir sicherstellen können, daß das Volk nie wieder Tage wie die gegenwärtigen erlebt.

Dafür ist es vor allem notwendig, die großen, von Militärs oder Zivilpersonen unter dem Faschismus begangenen Verbrechen aufzuklären und die Verantwortlichen zu bestrafen. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die Agenten der DINA und auf den Hauptverantwortlichen für ihre Verbrechen, auf Pinochet. Sie müssen gemäß der zur Zeit des Putsches geltenden Straf- und Militärgesetzgebung, gemäß den in Chile geltenden internationalen Rechtsnormen über soziale, politische und Menschenrechte, und gemäß der internationalen Doktrin über Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt werden.

Die Erfüllung dieser Forderung ist von der Existenz unabhängiger Gerichtshöfe abhängig. Das Land ist Zeuge der Mittäterschaft der oberen Gerichtshöfe bei äußerst schwerwiegenden Verbrechen. Diese erfüllen somit weder die politischen noch die moralischen Bedingungen um abzusichern, daß die genannten Verbrechen in angemessener Weise bestraft werden. Hierzu ist also die Bildung ständiger Gerichtshöfe erforderlich, die an eine Rechtsgrundlage gebunden sind und deren geeignete Zusammensetzung und Unabhängigkeit

ebenso wie die Rechte der Angeklagten in den Verfahren festgelegt und sichergestellt werden müssen.

Die Eröffnung eines neuen Weges für Chile erfordert eine aktive Beteiligung derjenigen Militärs, die weder in die Machenschaften der faschistischen Führungsspitze noch in deren Verbrechen verwickelt sind. Wir sind nie der Auffassung gewesen, daß der Kampf um Demokratie eine Frage der Auseinandersetzung zwischen Militärs und Zivilisten ist. Diese Auseinandersetzung wird geführt zwischen Demokraten und Faschisten, ganz gleich ob es sich um Militärs oder Zivilpersonen handelt. Die wirkliche Position jedes Einzelnen wird durch die Haltung bestimmt, die er gegenüber Pinochet und dem von ihm geführten Repressionsapparat einnimmt.

Auf lange Sicht ist es in der demokratischen Perspektive unerlässlich, die Rolle festzulegen, die die Streitkräfte in Zukunft spielen sollen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es nur zu einer falschen Haltung gegenüber dem Streitkräften führen kann, wenn man sie als isolierten Bestandteil der nationalen Gemeinschaft betrachtet, wenn man der öffentlichen Diskussion zu dieser Frage ausweicht, und sie der Aufmerksamkeit der Chilenen entzieht. Diese Debatte muß auf der Grundlage bestimmter allgemeiner Prinzipien geführt werden, die aus den jüngsten Erfahrungen hervorgehen, in dem Sinne, daß die militärischen Funktionen in enger Weise mit den nationalen Aufgaben verknüpft werden müssen, die das Land nach dem Sieg über den Faschismus angehen wird. So wird verhindert werden, daß sich die Streitkräfte morgen erneut gegen ihr Volk wenden.



Zu diesem Zweck müssen schon heute die Demokratisierung der Rekrutierung und Beförderung ihrer Offiziere, die Beteiligung der demokratischen Organe des Landes an den Ernennungen und an der Kontrolle ihrer Tätigkeit, sowie ihre Beteiligung an den Aufgaben, an deren Bewältigung das ganze Land arbeitet, als notwendige Maßnahmen hervorgehoben werden. All dies muß im Rahmen einer neuen Doktrin der nationalen Sicherheit geschehen, die der Ausbildung der Angehörigen der Streitkräfte als Staatsbürger und Berufssoldaten als Grundlage dient und sich auf die nicht nur formelle, sondern reale Loyalität gegenüber den nationalen, demokratischen und fortschrittlichen Traditionen des chilenischen Volkes stützt. So werden die Streitkräfte mit dem gesamten Volk die Ideen der Solidarität, des Friedens und der Gerechtigkeit teilen, die das Chile von morgen kennzeichnen werden.

Es liegt im Interesse Chiles, daß der Übergang zur Demokratie mit einem Minimum an Konflikten und Auseinandersetzungen bewältigt wird. Eine realistische Analyse der gegenwärtigen Situation führt uns aber zu dem Schluß, daß sich der harte Kern faschistischer Militärs seiner Entmachtung widersetzen wird. Der terroristische Charakter der herrschenden Diktatur sowie das Ausmaß und die Breite der Gewalt-

tätigkeit, die sie gegen die mehrheitlichen Kreise der Nation in Anwendung gebracht hat, legitimieren voll und ganz die Anwendung von Gewalt, wenn sie sich für ihren Sturz als notwendig erweisen sollte. Diese allgemeine Feststellung beinhaltet weder eine Befürwortung der undiskriminierten Anwendung von Gewalt noch eine jeglichen realen Inhalts entbehrende Vorhersage über die konkreten Formen, in denen die Niederlage der Diktatur erfolgen wird.

Schlüsselrolle der Gewerkschaftsbewegung

Wir meinen, daß die verschiedenen Tendenzen, in denen die gesellschaftlichen Kräfte ihren Ausdruck finden, im Rahmen einer Übereinkunft des ganzen Volkes die Gelegenheit und die Pflicht haben, gemäß ihrer Interpretation der nationalen Realität zur Erneuerung des Landes beizutragen. Die Unidad Popular ist davon überzeugt, daß allein eine sozialistische Alternative die Probleme Chiles endgültig zu lösen vermag. Andere Kräfte, wie die Christdemokratie, vertreten andere Perspektiven der demokratischen Entwicklung Chiles. Zur Durchsetzung der Vorstellungen sowohl der einen wie der anderen Kräfte ist der Sturz der Diktatur und die Erringung der Demokratie erforderlich, wobei letztere verstanden werden muß als die konkrete Möglichkeit, die authentischen Bestrebungen des Volkes im Sinne seiner menschlichen und gesellschaftlichen Emanzipation zu realisieren. Das ist es, was uns verbindet. Das chilenische Volk wird frei zu entscheiden haben, welchen Weg unsere Gesellschaft im Laufe der Zeit einschlagen wird. Seinem Urteil werden wir uns fügen.

Der Kampf zur Vereinigung ganz Chiles gegen den Faschismus ist nicht eine Frage der Zukunft, sondern der Gegenwart. Es bestehen Gemeinsamkeiten aller Antifaschisten, die in den zusammenlaufenden Aktionen, die sich an der Basis entwickeln, sowie in der Vertiefung und Erweiterung der Einheit aller Linkskräfte bereits ihren Niederschlag gefunden haben. In der neuen Situation, die mit der christdemokratischen Erklärung entstanden ist, wird es möglich, eine wesentliche Steigerung der Annäherung und Handlungsfähigkeit der demokratischen Kräfte zu erreichen. Wir sprechen uns dafür aus, schon jetzt diese Aufgabe anzugehen und von der Basis her die Organe hervorzubringen, die ihr Festigkeit und Operativität verleihen.

Der wichtigste Faktor beim Aufbau einer solchen Bewegung ist die Einheit der Werktätigen. Es sind vor allem ihre Aktivitäten gewesen, die es ermöglicht haben, daß die Opposition gegen das Regime offen zum Ausdruck kommt. Ihre Einheit wird es ermöglichen, die Diktatur immer stärker in die Enge zu treiben.

Die Möglichkeit eines effektiven Zusammenfindens aller Chilenen in dem vor uns liegenden Kampf steht in enger Verbindung mit der Existenz einer mächtigen und vereinten Gewerkschaftsbewegung. Jeder, der wirklich die Einheit aller Chilenen wünscht, muß von dieser Voraussetzung ausgehen. Hierin besteht der Hauptprüfstein für die Bereitschaft zur Einheit einer jeden antifaschistischen Kraft.

Auf dieser Grundlage ist es notwendig, voranzuschreiten; mit der Einleitung gemeinsamer Aktionen an allen Fronten an denen die Schlacht um die demokratischen Freiheiten und Rechte geschlagen wird, indem die unmittelbarsten Bestrebungen des Volkes aufgegriffen und mit dem gemeinsamen Ziel, das Land vom Faschismus zu befreien, verbunden werden.

So werden die Hunderte von Schlachten, die Chiles großen Kampf für seine Freiheit bilden, einen organisierten Ausdruck finden. So wird jeder Chilene seinen Platz einnehmen in diesem für die Zukunft des Landes entscheidenden Kampf.

(Quelle: La Unidad Popular al Pueblo de Chile, Hrsg. Unidad Popular de Chile, o. O., 31. Oktober 1977)

UP - Exekutivkomitee

Ein glatter Volksbetrug



Pinochet hat ein verzweifelter und zudem gesetzes- und verfassungswidriges Manöver eingeleitet. Angesichts seiner Isolierung im Inland und seiner Verurteilung durch die internationale Staatengemeinschaft, hat er sich dazu entschlossen, zu einem von ihm sogenannten „Volksentscheid“ aufzurufen und damit den Versuch zu unternehmen, seine widerrechtliche Machtübernahme zu legitimieren und seinen Sturz noch hinauszuzögern. Er tut dies in einem Augenblick, da der gesamte Apparat der Diktatur ins Wanken gerät.

Nicht einmal wenn er Vorschläge vorbringt, die ihn vor Chile und aller Welt lächerlich machen, ist Pinochet originell. Er, der Hitlers Regierungsmethoden nachahmt, ruft nun zu einem Volksentscheid gegen die Vereinten Nationen auf, ebenso wie jener vor Jahren gegen den Völkerbund.

Bei der Wahlhandlung, die die Diktatur am 4. Januar 1978. zu veranstalten beabsichtigt, handelt es sich schlicht und einfach um eine Maskerade. Sie ruft zum Volksentscheid auf unter Bedingungen, in denen nicht die geringste Spur von Meinungs- und Versammlungsfreiheit herrscht, bei Ausnahmezustand, Notstandszonen und Ausgangssperre, während in Chile Militärgerichte mit Kompetenzen wie zu Kriegszeiten aktiv sind, bei Verbot der Parteien und der politischen Tätigkeit, bei Regierungskontrolle über alle Massenmedien, mit einer Million Chilenen außerhalb des Landes, ohne Wählerlisten, ohne Wahlaufsichtskommissionen, ohne eine unabhängige Aufsicht der Stimmabgabestellen, ohne jegliche Kontrolle, auch nicht der Auszählung der Abstimmungsergebnisse, die also von der Diktatur vollkommen willkürlich manipuliert werden können.

Hinzu kommt die Tatsache, daß in Pinochets Volksentscheid keine Alternative enthalten ist. Über seinen Ausgang wurde noch vor seiner Ankündigung entschieden. Er kann nur zu einem „Sieg“ Pinochets führen. Pinochet glaubt, eine Fälschung, wie er sie beabsichtigt, würde ihm eine Atempause ermöglichen. Hierin täuscht er sich erneut. Alle Chilenen sind sich vom Augenblick der Bekanntgabe des Termins und der Form dieses sogenannten Volksentscheids über den Betrug im Klaren gewesen.

Die Pinochet verurteilende Resolution der Vereinten Nationen ist kein Votum gegen Chile. Pinochet ist nicht Chile. Der Beschluß der Vereinten Nationen ist ein Votum gegen das Verbrechen und den Terror, die Chile und sein Volk erschüttern und in Trauer versetzen und die Pinochet zur Grundlage seiner Regierungsmethoden gemacht hat. Er stellt eine Forderung dar zugunsten der verschwundenen Chilenen, für die Freilassung der Gefangenen, für ein Ende der strafflosen Morde, des Staatsterrorismus, des Exils, der Zerreißprobe, die Chile auferlegt ist.

Die Resolution der Vereinten Nationen ist somit ein Votum für Freiheit und Demokratie in unserer Heimat, das an Chiles beste Traditionen anknüpft, ein Votum für ein wirkliches Vaterland für alle Chilenen.

Der Aufruf der Junta zu einem Volksentscheid ist grotesk und betrügerisch. Darin stimmt die überwältigende Mehrheit des Landes überein und die Diktatur ist sich dessen bewußt. Darum betreibt sie eine Kampagne, um die Brüder mit Dro-

hungen an die Wahlurnen zu treiben und damit die Grundlage für eine Verfälschung der Ergebnisse zu schaffen. Aber auch dabei wird sie scheitern. Pinochet ist nicht in der Lage, seine Terrormaßnahmen gegen all jene in Anwendung zu bringen, die sich der Stimme enthalten oder ihre Verabscheuung auf eine andere Weise zum Ausdruck bringen werden, denn er ist nicht imstande, Millionen Chilenen einzukerkern, von ihren Arbeitsplätzen zu vertreiben oder sonstigen Aggressionen auszusetzen.

Die Junta und Pinochet haben Chile mit ihren ständigen Verletzungen der Menschenrechte und der UN-Charta in seine gegenwärtige internationale Isolierung geführt. Seit seinem Austritt aus dem Andenpakt (im Jahre 1976, d. Red.) nimmt Chile nicht mehr am lateinamerikanischen Integrationsprozeß teil. Seine Beziehungen mit den Nachbarstaaten im Norden und Süden sind schwer in Mitleidenschaft gezogen und seine nationale Sicherheit somit stark angeschlagen.

Die Streitkräfte können sich nicht weiter für diese Politik verbürgen, die uns in diese gefährliche Lage versetzt hat. Zu ihrer Überwindung wird nicht dadurch beigetragen, daß man den Weg einer provokatorischen Herausforderung der internationalen Staatengemeinschaft einschlägt, die jeglicher Ernsthaftigkeit und Verantwortung entbehrt. Denn nichts anderes bedeutet der von Pinochet, nach reinstem Franco- und Hitlerschem-Muster vorgeschlagene Volksentscheid.

Wirklich erforderlich ist es, daß das Volk frei zu seiner eigenen Zukunft Stellung nimmt. Es ist eine vordringliche Forderung der Chilenen, daß unser Recht geachtet wird, demokratisch über die Zukunft unseres Landes zu entscheiden. Und es ist an der Zeit, hierfür die Bedingungen zu schaffen.

Ein authentischer Volksentscheid kann nur dann verwirklicht werden, wenn er unter Bedingungen der Freiheit und Sicherheit durchgeführt wird. Dies bedeutet zumindest: Aufklärung der Wahrheit über die Verschwundenen, Aufhebung des Ausnahmezustands und des Ausgangsverbots, Erlassung einer allgemeinen politischen Amnestie, Erlaubnis für die Rückkehr der Emigranten, Auflösung der CNI (Nachfolgeorgan der 1977 pro forma aufgelösten Geheimpolizei DINA, d. Red.), Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und Zulassung der verschiedenen Meinungsströmungen und politischen Parteien, Beendigung der Hungerpolitik, deren Folgen die Chilenen seit vier Jahren erleiden. Und nichts anderes fordert das chilenische Volk und erwartet die internationale Staatengemeinschaft.

Wenn nun Pinochet unfähig ist, dieser Herausforderung standzuhalten; wenn er unfähig ist, sich dem Urteil des Volkes zu unterwerfen, und versucht, sich ihm mit einer Maskerade zu entziehen, so muß er von der Macht Abschied nehmen und schlicht und einfach gehen.

Um diese Forderung müssen wir uns, müssen sich alle Antifaschisten und Demokraten, Zivilisten und Militärs, vereinen. Vereint haben wir die Pflicht, für Chile einen Weg zu Freiheit und Demokratie zu eröffnen.

(Quelle: Auslands-Exekutivkomitee der Unidad Popular Chiles, Erklärung zu Pinochets Volksentscheid, Berlin, 27. 12. 1977)

Erklärung der Frente Amplio

Durch oppositionelle Geschlossenheit die Diktatur bezwingen

Mitte Oktober 1977 fand in Frankreich ein Treffen Delegierter der Frente Amplio (Breite Front) statt, welches die augenblickliche Situation in Uruguay diskutierte und feststellte, daß trotz schärfster Unterdrückung des Volkswiderstandes in Uruguay die Frente Amplio gefestigter denn je ist. Das Dokument schildert den Ruin der Wirtschaft des Landes und die auf der Bevölkerung lastende Bedrückung und orientiert auf die Herstellung der Einheit aller Diktaturgegner (Zur Entwicklung des antifaschistischen Widerstands siehe AIB, Nr. 5/1977).

Die Frente Amplio wurde am 5. 12. 1971 im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen gegründet und umfaßt heute 17 Parteien und Organisationen, darunter die Christlich-Demokratische Partei, die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei, die Revolutionäre Arbeiterpartei (Trotzkisten) und u. a. auch zahlreiche progressive Militärs. In ihrem 1971 verabschiedeten Basisprogramm wurden als Kampfziele die Erhaltung der verfassungsmäßigen und Menschenrechte, die nationale Unabhängigkeit von internationalen Monopolen und vom US-Imperialismus sowie umfassende Verstaatlichungen im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben genannt (Wortlaut in: AIB, 6-7/1971). Ihr Präsident wurde der nach dem faschistischen Putsch von 1973 mehrfach verhaftete und gefolterte General Liber Seregni.

1. Es (das Treffen, d. Red.) bestätigt die kämpferische Existenz der Frente Amplio. Obwohl die normalen Organisationsstrukturen der großen Volksbewegung auf Grund der Repression der Diktatur nicht richtig funktionieren können, existiert die Front und stellt eine zukunftsweisende reale Kraft dar, die auf politischen und moralischen Tatsachen von unbestreitbarer Bedeutung basiert:

a) Obwohl die mittleren und Grundorganisationen heute nicht in gleicher Weise die Ziele verfolgen können, die ihnen ihren bemerkenswerten Impuls gaben, so ist der Geist der Front doch lebendig im Bewußtsein und der festen Haltung breiter Volksmassen, in denen sie als Hoffnung auf eine nationale Umgestaltung entstand und wuchs. Diese Tatsache kann nur von denen ignoriert werden, die das uruguayische Volk nicht kennen oder die Augen vor der nationalen Realität verschließen.

b) Die politische Konzeption, die der Frente Amplio ihren Ursprung und ihre Kraft gab, hat heute eine klarere Gültigkeit als in ihrer Anfangsetappe. Die Vereinigung breiter politischer und sozialer Schichten um ein freiheitliches, antioligarchisches und antiimperialistisches Programm steht nicht im Widerspruch zu dem heute so grundlegenden Ziel, die



Opposition zum Sturz der Diktatur zu vereinigen. Und das wird von noch weitaus größerer Bedeutung und Notwendigkeit sein, wenn wir darangehen werden, das Land aus den Ruinen, die das jetzt herrschende Regime hinterlassen wird, wieder aufzubauen. Ein Regime, in dem sich die Streitkräfte ins Zentrum der Macht der gleichen antinationalen Interessen gestellt haben, gegen die sich die Frente Amplio erhob.

c) Wenn die bisher angeführten politischen Elemente nicht ausreichend wären, um unsere heute hier bekräftigte Haltung festzulegen, dann gibt es noch ein politisches Element, das aber vor allem von großem moralischem Inhalt ist und das, für sich allein betrachtet, schon ausschlaggebend für unsere Entschlossenheit und unseren Kampfgeist ist: Der Mann, der auf Grund seiner Eigenschaften, Tugenden und Haltung zum Kopf der großen Bewegung wurde, General Liber Seregni, bleibt auch im Kerker standhaft, würdevoll, mutig und dem Kampf treu, in dem er der Leiter der Front und eines Volkes gewesen ist. Dieses zivile Unternehmen zu verlassen, das von ihm geleitet wurde oder es auf andere Bahnen zu führen, wäre nicht nur ein politischer Fehler, sondern würde uns gleichzeitig mit der Schuld des Verrats belasten.

2. Das Treffen bestätigt die konsequente Linie der Frente Amplio zur entschlossenen Unterstützung und Förderung der Einheit der politischen und sozialen Organisationen, die gegen die Diktatur sind. Diese Unterstützung basiert auf einem gemeinsamen Aktionsprogramm für die Menschenrechte, für die wesentlichen demokratischen Freiheiten, die Befreiung der politischen Gefangenen, die Befragung des Volkswillens und dringende ökonomische Maßnahmen, die der dramatischen Verschlechterung des Lebensniveaus der Bevölkerung Einhalt gebieten.

Das Treffen ist der Meinung: Wenn die Diktatur trotz der Zurückweisung und trotz ihrer Isolierung im In- und Ausland weiterlebt, ist dies vor allen Dingen auf das Fehlen einer geschlossenen Aktion der Opposition zurückzuführen. Denn obwohl diese die überwiegende Mehrheit darstellt, ist sie bisher nicht in der Lage gewesen, ihre Kräfte in einem gemeinsamen Strom von Forderungen zu vereinen, die das ausdrücken, was das uruguayische Volk fühlt und hofft.

„Präsident“ Mendez: Gallionsfigur der Militärschefs

3. Die in den vorangegangenen Punkten zusammengefaßten zwei politischen Linien stellen zwei Konzeptionen dar, die im Kampf des uruguayischen Volkes miteinander verbunden sind und einander ergänzen. Das Ziel einer demokratischen Öffnung, die die antidiktatorische Einheit erreichen soll, wird früher oder später die Wege ebnen, über die die Volks- und Arbeiterbewegung voranschreiten wird und die in der Frente Amplio ihren Ausdruck finden. Auf diesen Wegen werden auch andere Strömungen der öffentlichen Meinung voranschreiten.

Diese Einheit wird um so näher rücken, je stärker die Frente Amplio ist, die sie fordert und auf ihr Banner geschrieben hat und die das Volk als den entscheidenden Faktor für Veränderungen betrachtet. Aus diesem Grund sollte jede Organisation und Volksbewegung, die für die geeinte Aktion des Volkes gegen die Diktatur kämpft, unabhängig davon, ob sie der Front angehört oder nicht, diese als ein Instrument der Einheit betrachten, das unersetzlich ist. Deshalb muß jede Haltung vermieden werden, die versucht, das Aktionsfeld der Front oder ihre Konzeption von einer wahrhaften Einheit einzuschränken. Sie muß frei sein von Sektierertum und sie muß auch, notwendigerweise, wichtige Kräfte der sogenannten traditionellen Parteien erreichen.

4. Das Treffen beschloß weiterhin eine Reihe organisatorischer Maßnahmen der Frente Amplio im Ausland. Diese Maßnahmen dienen dem Ziel, die Kontinuität der politischen Tätigkeit der Front im Ausland zu gewährleisten, den In-



Losung in Montevideo 1974 "Freiheit für Arismendi". Er wurde im Frühjahr 1975 freigeekämpft.

formations- und Meinungsaustausch mit Mitgliedern und Landsleuten zu erleichtern, die im Exil leben. Weiterhin sollen sie die Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des uruguayischen Volkes gegen die Diktatur koordinieren.

General Augusto Pinochet ist unbestritten der Kopf in der Hitparade der Diktaturen von Lateinamerika. Ernesto Geisel von Brasilien, Alfredo Stroessner von Paraguay, Hugo Banzer von Bolivien, Jean-Claude Duvalier von Haiti, Anastasio Somoza von Nicaragua sind auch mehr oder weniger berühmt. Etwas weniger bekannt sind die Namen der ultra-reaktionären Staatschefs von Guatemala und El Salvador. Der des „Präsidenten“ von Uruguay, Aparicio Mendez, blieb unerklärlicherweise ganz unbekannt in den europäischen Ländern.

Es ist wahr, daß diese schwächliche Persönlichkeit, als sie von den Militärschefs ins Amt gesetzt wurde, sich selber als unfähig erklärte, Staatschef zu werden. Er kannte sich also gut. In der Tat, um Juan Maria Bordaberry, den im November 1971 gewählten Präsidenten, der es am 27. Juni 1973 dem Militär erlaubte, die Macht an sich zu reißen, zu ersetzen, führte sich Aparicio Mendez auf wie eine völlige Null, derer es bedurfte. Manchmal geschieht es, daß er den Mund auftut. Am letzten 21. Mai zum Beispiel sagte er: „Wahlen in Uruguay, das wäre das Chaos“ – natürlich wegen der „Subversion“ des „internationalen Marxismus“, aber auch wegen der Führer der alten traditionellen Parteien der Bourgeoisie des Landes, der „Weißen“ („Blancos“) wie der „Roten“ („Colorados“).

Gestützt auf eine Gallup-Untersuchung, nach der 37 % der Uruguayer Kommunisten, Aufrührer oder Politiker sind, die ihre Posten verloren haben, und das Leitmotiv der Militärschefs rezitierend, versichert Aparicio Mendez, daß „das Land demokratisch ist, obwohl dort nicht die Bedingungen für eine Demokratie bestehen“, und sogar, daß es „ein Beispiel in einem Lateinamerika des politischen Verfalls“ ist. Schon vor vier Jahren ist dieses „Beispiel“ der Welt präsentiert worden.

Bankrott der faschistischen Wirtschaftspolitik

Kommen wir gleich zu den Zahlen, die schrecklich sind. Knapp mehr als 2 700 000 Einwohner lebten 1973 auf uruguayischem Staatsgebiet (etwas weniger als 1/3 des Territoriums von Frankreich). Seitdem sind mehr als 600 000 emigriert: 22 % der Bevölkerung. Das wäre, als wenn 11 Mio Franzosen während vier Jahren ins Exil gegangen wären. Emigranten aus allen sozialen Milieus, oft ganze Familien: Intellektuelle natürlich, aber auch Arbeiter, Techniker, Ingenieure, Handwerker, Händler usw. Alle vertrieben, die

einen durch die politischen Verfolgungen, die anderen durch das Elend, in welches das diktatorische Regime das Land gestürzt hat, indem es dieses den Austerität-Diktaten des Internationalen Währungsfonds unterwarf.

Alle sind davon betroffen, am meisten die Arbeiter, deren Kaufkraft auf 30 % von der des Jahres 1968 abgesunken ist und deren Reallohn während des ersten Drittels des Jahres 1977 um weitere 10 % gefallen ist. Die Inflation ist schwindelerregend. Der „Neue Peso“ ist seit dem vergangenen 20. Mai zum siebentenmal entwertet worden. Die Klein- und Mittelbetriebe sind in den Konkurs oder zur Schließung getrieben worden. Man kauft durchschnittlich weniger als ein Paar Schuhe pro Jahr anstatt fünf Paar pro Person wie noch vor 20 Jahren! Aber 54 % des nationalen Budgets fließen der Armee oder der Polizei zu, um sie ja gut gegen das Volk zu bewaffnen.

Es stimmt, daß diese Kräfte beeindruckend sind: Auf 36 Bewohner des Landes kommt ein Militär oder Polizist – das ist, als wenn 1 500 000 Franzosen sich ständig mit der gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiter befassen würden.

Und was für eine Unterdrückung! Laut Diktatur gibt es „rund 1900 politische Häftlinge“. Etwas ganz Neues: Es wird zugegeben, daß Uruguayer aus politischen Gründen eingekerkert sind. Im Konzentrationslager „Freiheit“ sind 1342 Häftlinge zusammengepfercht, plus 400 bis 700 Frauen im Lager von Punta Rieles, welches großzügigerweise für ihr Geschlecht reserviert ist (15 bis 18 % der politischen Häftlinge sind Frauen). Die offiziellen Zahlen der Militärs sind übrigens manipuliert. Man muß annehmen, daß ungefähr 7000 Uruguayer gefangengehalten werden. Im Vergleich zur Bevölkerung Frankreichs wären das 135 000! Es gibt keine Familie ohne einen ausgewanderten Verwandten, manchmal bis in das ferne Australien, keine Familie ohne einen verhafteten Verwandten oder Freund, ohne einen „Verschwundenen“, unter der Folter des Regimes Gestorbenen.

In diesem Land ist der SIDE (Geheimdienst der Armee), den General Amaury Prantl leitet, bekannterweise verbündet mit der CIA und der OCOA (Organ für die Koordinierung antisubversiver Operationen), deren Agenten man die „Oscars“ nennt. Die Abteilung 300 spielt gleichzeitig die Rollen der DINA von Pinochet, der „Todeskommandos“ und der verschiedenen „Antikommunistischen Bünde“ Brasiliens oder Guatemalas.

Antikommunismus: Alpha und Omega der Diktatoren

Wie überall auf der Welt in solchen Fällen ist der Antikommunismus das Alpha und das Omega der billigen Rechtfertigung, die sich die uruguayische Diktatur sucht. Sie trifft aber nicht alleine die Kommunisten. Sicherlich haben diese, weil sie die wesentlichste und entschlossenste Kraft des Arbeiterwiderstandes sind, die härtesten Schläge erlitten. Muß man nicht immer versuchen, ihre Partei zu enthaupen?

Der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Uruguays Jaime Perez, der auf die ärgste Weise gefoltert wurde, befindet sich im Gefängnis von Durazno. Man muß sehr um sein Leben bangen. Auch um das des international bekannten Mathematikers José Luis Massera, Mitglied des Politbüros, und um das Leben anderer bekannter Kommunisten, wie Alberto Altesor, Gerardo Cuesta, Wladimir Turansky, Rosario Pietrarroia, Rita Ibarburu, Jorge Mazzarovich . . . mit ihnen um das Leben Tausender uruguayischer Patrioten, von denen der bekannteste General Liber Seregni ist, der Präsident der Frente Amplio, für die er bei den Präsidentenwahlen von 1971 kandidierte.

Gegen dieses Regime des Leides und der Unterdrückung hat die Arbeiterklasse von Uruguay niemals den Kampf unterbrochen, der am ersten Tag des Staatsstreiches mit einem zweiwöchigen Generalstreik begann. Keine Unterdrückung

hat diesen Widerstand brechen können; auch kein Manöver, wie zum Beispiel jenes das darin bestand, unterwürfige Gewerkschaften zu schaffen, welches scheiterte. Die Arbeiter blieben ihrer einheitlichen Gewerkschaftszentrale, der CNT, die aufgelöst worden war, treu. Mit ihnen leisten im ganzen Land die Studenten, die Intellektuellen, die Landbevölkerung und sogar die traditionellen bürgerlichen Parteien Widerstand, deren Leiter ebenfalls ihrer politischen Rechte beraubt worden sind: Bis 1991 sind sie mit den Kommunisten und den Sozialisten und auch mit der katholischen Kirche in der Opposition.

Die Zähigkeit der Kommunisten

In der Illegalität führt die Kommunistische Partei Uruguays, deren Generalsekretär Rodney Arismendi durch die öffentliche Meinung in seinem Land und durch die internationale Solidarität im Dezember 1974 dem Gefängnis entrisen wurde, den Kampf des ganzen Volkes für Freiheit und Demokratie. Ihr Zentralkomitee hat sich Anfang dieses Jahres irgendwo in Uruguay versammelt. Die Partei hat trotz ihrer Verluste das Funktionieren ihrer leitenden Instanzen aufrechterhalten, und ihrer illegalen Presse ist es gelungen, regelmäßig zu erscheinen, trotz all der Schwierigkeiten und trotz all der Opfer, die man sich in einem kleinen Land, das von solcher Gewalt gepeinigt wird, nur vorstellen kann.

Es gäbe viel zu sagen über dieses Beispiel des erbitterten Widerstandes, der unerschütterlichen und bewundernswerten Zähigkeit einer kommunistischen Partei und eines Volkes, dessen demokratischen Willen vier Jahre täglicher und gewaltsamer Unterdrückung nicht auslöschen konnten. Es gibt aber auch viel zu tun, um die Solidarität zu stärken, die dies verdient!

(Quelle: Informationsbulletin, Wien, Nr. 16/17 1977, S. 74-78)

BRASIL IEN NACHRICHTEN

Die BRASILIEN NACHRICHTEN bieten monatlich aktuelle und ausführliche Berichterstattung zu Brasilien:

- **Nachrichten** Wichtige Artikel des laufenden Monats.
 - **Analysen** Hintergründe und Tendenzen aus einem Paradebeispiel für ein Entwicklungsland ("Brasilianisches Wirtschaftswunder")
 - **Dokumente** Wichtige Erklärungen, Reden, Hörseminare, etc. finden Sie vollständig und in deutscher Sprache meist zuerst in unserer Zeitschrift.
- aus den Bereichen: - Politik - Wirtschaft - Opposition und
- Repression - Kirche - Kultur - Militär
- Indianer - Infrastruktur



Dazu werden von einem zentralen Redaktionsteam brasilianische und deutsche Zeitschriften ausgewertet, u. a. Jornal do Brasil, (tägl. per Luftpost), Movimento, Veja, Istod, Brasil livre - und eine Fülle von kirchlichen und wissenschaftlichen Zeitschriften.

Fernse:

- Rezensionen und Vorstellung wichtiger Neuerscheinungen hier und in Brasilien in der Sparte Bücher / Filme / Tonbildschreibe.
- Im farblich getrennten Mittelteil das Forum der "Aktion Brennpunkt Brasilien" mit Ankündigung und Berichten von Seminaren und Tagungen, Vorstellung der Gruppen, ihrer Aktionen und Projekte. Dieser Teil wird von den Gruppen selbst gestaltet.
- Sondernummern, die ausführlich auf bestimmte Themen eingehen, wie Folter (Nov. 77), Literature de cordel (-Volksliteratur im Nordosten), Gesundheitswesen und andere.

Die BRASILIEN NACHRICHTEN werden von den in der " Aktion Brennpunkt Brasilien " zusammen geschlossenen Gruppen herausgegeben.

Wir wollen damit helfen, das Elend dort auch als Ergebnis des Wohltandes in der BRD zu begreifen über Analysen der brasilianischen Bevölkerung zu ihrer Befreiung berichten und sie mit praktischer Solidarität hier in der BRD unterstützen. Deshalb würden wir uns freuen, auch Sie demächst als Abonnent begrüßen zu können. Schicken Sie uns dazu den Bestellabschnitt ausgefüllt zurück.

Ein Jahresabonnement für 12 Ausgaben kostet 18,- DM, incl. Porto und Versand. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie ein Förderabonnement abschließen, für 25,- DM im Jahr. Sondernummern - im Abonnement nicht enthalten - werden in der jeweiligen Monatsausgabe angehängt.

Bestellbogen

- Ich möchte die BRASILIEN NACHRICHTEN abonnieren und bitte um unverzügliche Zuordnung eines kostenlosen Probeheftes.
- Ich möchte ein Vorzugsabonnement für die nächsten drei Nummern der BRASILIEN NACHRICHTEN z. Preis von DM 4,- (incl. Porto)
- Ich wünsche die BRASILIEN NACHRICHTEN ab _____ (Monat) _____ (Jahr)
- zum Normalpreis von DM 18,- pro Jahr (incl. Porto u. Verpackung), als Förderer zum Preis von DM 25,- pro Jahr.
- Bitte senden Sie mir Informationen über die Vorseite der Gruppenveranstaltungen.

Abender (bitte in Druckbuchstaben):

Name: _____

Unterachrift: _____

Bitte senden an:
BRASILIEN NACHRICHTEN
Vertrieb:
Bettlerstraße 40, 7400 Tübingen.

Rechnung geht mit der ersten Lieferung zu, bitte keine Vorauszahlung. Abstellung des Abonnements zum 30. 06. auf das jeweilige Jahresende.

Adalbert Krimms

Verfolgungsjagd auf alles Progressive



El Salvador, Republik in Mittelamerika macht etwa ein Zehntel der Fläche der BRD aus und zählt ungefähr 4 Mio Einwohner, die fast alle katholisch sind. Seit 1962 regiert die rechtsgerichtete Partei der Nationalen Versöhnung, die jeweils einen General oder Oberst zum Staatspräsidenten wählen läßt. Die sozialen Verhältnisse sind dadurch gekennzeichnet, daß eine dünne Oberschicht das gesamte Land besitzt, während die wenigen großen Industriebetriebe in den Händen von Konzernen der USA sind. Die ländliche Bevölkerung lebt in bitterer Armut und besteht zu einem Großteil aus Analphabeten. Am Rande der Großstädte haben sich riesige Elendsviertel gebildet, deren Bewohner zum überwiegenden Teil arbeitslos sind oder von Gelegenheitsarbeiten leben.

Erzbischof für die Organisation der Bauern

Die katholische Kirche war traditionell mit der kleinen Oberschicht verbündet und hatte Anteil an ihren Privilegien. Daß es in dieser Situation doch seit Ende vergangenen Jahres zu einem scharfen Konflikt zwischen Kirche und Regierung gekommen ist, ist vor allem auf das wachsende soziale Engagement von Priestern zurückzuführen, die auf dem Lande arbeiten und daher direkt mit der Wirklichkeit des Elends der Massen konfrontiert sind. Eine besondere Rolle spielt der Jesuitenorden, der zwar nicht einmal 1/6 des Klerus darstellt, aber die qualifizierteste und bestorganisierte religiöse Gruppe bildet. Es waren vor allem die Jesuiten, die jene abgeschlossene kleine Welt der „14 Familien“, die das Land beherrschen und jede Veränderung des sozialen Status quo ablehnen, herausgefordert haben. Sie unterrichten im San-Jose-Kolleg und an der Universität Jose-Simeon-Canas die Kinder der Oberschicht in einer Weise, die als „offensichtlich marxistisch“ qualifiziert wird. Nachdem im Dezember 1976 in dem Verwaltungsbüro der Universität eine Bombe explodierte und schweren Sachschaden anrichtete, hat die Regierung die Subventionen für die Universität stark gekürzt.

Aber nicht nur die Tätigkeit der Jesuiten an der Universität hat den Unmut der Herrschenden erregt. Die Großgrund-

besitzer wollen ihnen vor allem verbieten, ihre Aufgabe der „conscientisation“ (Bewußtseinsbildung) bei den Bauern durchzuführen. Da in El Salvador die Gründung von Gewerkschaften auf dem Lande verboten ist, kamen die Jesuiten und andere Priester, die häufig die Organisation der Bauern und Landarbeiter inspirierten, mit den staatlichen Gesetzen in Konflikt. Im Unterschied zu manch anderem lateinamerikanischem Land verteidigte der oberste Kirchenführer des Landes, Erzbischof Oscar Romero von San Salvador, öffentlich den Klerus und darüber hinaus auch die Bauern, indem er nicht nur ihr „Recht“, sondern auch ihre „Verpflichtung“ anerkannte, sich zur Verteidigung ihrer Interessen zu organisieren.

Diese Parteinahme des Erzbischofs erregte die Wut vor allem der Großgrundbesitzer, die nun die Kirche beschuldigten, die Verfassung und die Gesetze des Landes zu verletzen und teilweise für die schwierige soziale Situation verantwortlich zu sein, die sie anklagt.

Kampagne gegen „Anstifter des Klassenhasses“

Als für die Regierung die Gefahr drohte, daß sich die illegalen Bauernorganisationen und Landarbeitergewerkschaften mit den städtischen Arbeitern, Bewohnern von Elendsvierteln und Studenten verbünden, erließ sie im Juli 1976 ein Gesetz zur „Landreform“, das die Enteignung einiger der größten Landbesitzungen vorsah. Die betroffenen Besitzer von Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen mobilisierten daraufhin die gesamte herrschende Klasse des Landes – einschließlich der Industriellen, Bankiers und Großkaufleute – gegen das Projekt der Regierung und verhinderten damit die ohnehin nur sehr begrenzte Landreform.

Die enttäuschten Bauern begannen daraufhin, Ländereien von Großgrundbesitzern zu besetzen. Dabei wurde im November 1976 der Großgrundbesitzer Eduardo Orellana getötet. Dessen Freunde, gestärkt durch ihren Sieg über die Regierung, eröffneten nun eine Gegenoffensive und attackierten „die Anstifter des Klassenhasses, darunter die „Dritte-Welt-Priester“, die bekannt sind, Ausländer und Kreolen“. Damit begann eine allgemeine Kampagne gegen Priester: Als z. B. im Januar 1977 der Direktor für den nationalen Tourismus, Roberto Poma, entführt und später ermordet wurde, verdächtigte die Regierung die Priester, die Terroristen unterstützt zu haben und vielleicht selbst die Terroristen zu sein.

Ein konkretes Beispiel: In Aguilares, einem 35 km von der Hauptstadt entfernten Städtchen, sind seit 10 Jahren Jesuiten in der Seelsorge tätig. Sie haben die Bevölkerung zur Gründung von Bauernorganisationen angeregt, die dann nach der nicht durchgeführten Landreform auch Landbesetzungen durchführten. Am 12. März 1977 wurde der Pfarrer der Gemeinde, Pater Rutilio Grande, von Rechtsradikalen ermordet. Die Behörden taten nichts zur Aufklärung des Mordes.

Der Erzbischof ließ daraufhin für drei Tage alle kirchlichen Schulen schließen und die meisten Gottesdienste absagen.

Die Mitarbeiter von Pater Grande unterstützten weiterhin die Bauern, die ein unbebautes Grundstück besetzt hielten, das einem Großgrundbesitzer gehörte. Am 20. Mai vertrieb die Polizei gewaltsam die Bauern und ermordete sechs von ihnen. Drei Jesuitenpatres – zwei Spanier und einer aus Panama – wurden festgenommen und offiziell des Landes verwiesen. Die Regierung behauptete, sie den Behörden des benachbarten Guatemala übergeben zu haben, die jedoch diese Meldung nicht bestätigten. Seither sind die drei Priester spurlos verschwunden.

Seit dem Regierungswechsel: verstärkte Verfolgung

Die Methode, unliebsame Priester (vor allem Ausländer) des Landes zu verweisen, wird von der Regierung seit Anfang dieses Jahres praktiziert. Am 20. Februar fanden Präsidentschaftswahlen statt: anstelle von Oberst Arturo Armando Molina wurde General Humberto Romero (beide gehören der Partei der Nationalen Versöhnung an) zum Staatspräsidenten gewählt. Die Opposition bezeichnete die Wahl als Farce und veranstaltete eine Woche lang auf dem wichtigsten Platz der Hauptstadt friedliche Demonstrationen. Schließlich schritten Regierungstruppen ein und richteten ein Massaker („Montags-Massaker“) unter den Demonstranten an, bei dem es schätzungsweise fast 100 Tote gab. In der Folge dehnte die Regierung die Repression auf die gesamte Opposition aus. Die Salvadorianische Bischofskonferenz verur-

teilte in einer am 5. März veröffentlichten Erklärung diese Welle der Gewalt.

Neben der „offiziellen“ Repressionspolitik nehmen auch Überfälle und Mordanschläge von rechtsradikalen Organisationen zu, die von den Behörden stillschweigend geduldet oder sogar gefördert werden.

Einem solchen Verbrechen fiel am 11. Mai 1977 der 33-jährige Jesuitenpater Alfonso Navarro Alveida zum Opfer: Er saß lesend in seiner Wohnung als maskierte Männer eindringt und ihn erschossen. Er hatte den armen Bauern gepredigt, daß es der Wille Gottes sei, daß alle Menschen gleich sind – einschließlich Priester, Bauern und Grundbesitzer. Die beiden führenden Zeitungen El Salvadors verschwiegen den Mord an Pater Navarro. Der Erzbischof erklärte zu den beiden Priester-morden an Pater Grande und Pater Navarro: „Diese beiden Verbrechen haben nichts anderes bewirkt, als die Einheit der Kirche zu verstärken, die die Regierung stillschweigend schwächen möchte.“ Außerdem forderte Erzbischof Romero die Regierung auf, „die Folterungen und Bedrohungen von Priestern einzustellen“ und die Aktionen rechtsradikaler, antikommunistischer Organisationen zu kontrollieren.

Seit Anfang letzten Jahres sind 14 der insgesamt 250 katholischen Priester El Salvadors des Landes verwiesen und viele andere bedroht worden. Die Oligarchie scheint entschlossen zu sein, sich die Priester und insbesondere die Jesuiten vom Halse zu schaffen.

El Salvador - Daten



Territorium: 21 393 qkm (entspricht der Größe Hessens); Hauptstadt: San Salvador (1 Mio Einwohner).

Bevölkerung: 4,1 Mio (1976), davon 84 % Mestizen, 10 % Kreolen, 5,6 % Indios. 90 % sprechen Spanisch und 10 % indianische Lokalsprachen. 40 % der Einwohner leben in Städten. Mit 178 Einwohnern pro qkm zählt El Salvador zu den dichtestbesiedelten Ländern Lateinamerikas.

Religion: 96 % Katholiken.

Bodenschätze: fruchtbarer vulkanischer Boden, geringe Mengen an Gold, Silber und Salz.

Wirtschaft: rückständiges Agrarland, in dem sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im wesentlichen durchgesetzt haben. Dennoch zählt El Salvador neben Guatemala zu den relativ am stärksten industriell entwickelten Ländern Zentralamerikas, dessen Industrialisierungsgrad 19 % (1972) beträgt. 1971 waren 46,7 % der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft, 8,2 % in der Industrie und 20,3 % im Handels- und Dienstleistungssektor beschäftigt. Das Land ist Mitglied im Wirtschaftssystem Lateinamerikas (SELA) und seit 1962 Mitglied im Gemeinsamen Zentralamerikanischen Markt (MCCA).

Exportprodukte: Kaffee 47,1 % (1972), wobei 4 % sämtlicher Betriebe ca. 80 % des Exportkaffees produzieren. Das Land steht an 7. Stelle der Weltkaffeeproduktion (1972). Baumwolle wird zu 85 % exportiert. 400 Familien besitzen 2/3 des Bodens.

Soziale Lage: 93 % der Landbevölkerung sind ohne Landbesitz.

Offene Arbeitslosigkeit 20 %, ländliche Unterbeschäftigung 65 %. Die Inflationsrate beträgt 25 %. 50 % der Bevölkerung sind Analphabeten.

Parteien:

Partei der Nationalen Versöhnung (gegr. 1961) seit 1962 Regierungspartei, betreibt als Partei der einheimischen Bourgeoisie eine widerspruchsvolle Politik. Einerseits macht sie der Landoligarchie Konzessionen, andererseits bemüht sie sich um eine Entwicklung der nationalen Wirtschaft und um gewisse Verbesserungen der Lebenslage der Bevölkerung. Seit 1964 gespalten in eine produktive militärische Gruppe und einen den bürgerlichen Parlamentarismus verteidigenden Flügel.

Sozialistische Volkspartei (gegr. 1965) vertritt die Interessen der Landoligarchie.

Union der Nationalen Opposition, Wahlbündnis bürgerlich-demokratischer Kräfte, zusammengesetzt aus der Christlich-Demokratischen Partei (gegr. 1960) einer reformistischen und antimilitaristischen Partei, der National-Demokratischen Union (1969 gegr.) und der Nationalen Erneuerungsbewegung. Ihr gehört weiter an die Kommunistische Partei von El Salvador, gegr. 1930, seit 1948 illegal, kämpft für ein Bündnis von Arbeitern und Bauern zur Schaffung einer demokratischen Volksregierung.

Geschichte:

- 1524 Eroberung durch die Spanier
- 1821 Unabhängigkeit von Spanien
- 1931/32 Sturz des letzten Zivilpräsidenten, Errichtung des Militärregimes, Niederschlagung eines Bauernaufstandes: 30 000 Bauern (= 3,5 % der ländlichen Bevölkerung) wurden getötet.
- 1950 Annahme einer neuen Verfassung
- 1972 Putschversuch patriotisch gesinnter Offiziere im März, der von regierungstreuen Truppen und dem von den USA beherrschten Zentralamerikanischen Verteidigungsrat (CONDECA) niedergeschlagen wurde. Im Juli tritt Oberst Arturo Armando Molina nach einem gefälschten Wahlergebnis das Präsidentenamt an.
- 1977 Aus den Präsidentschaftswahlen im Februar geht General Carlos Humberto Romero, Kandidat der PNC durch Wahlfälschungen als Sieger hervor und kündigt einen „harten antikommunistischen Kurs“ an. Am 28. Februar wird der Ausnahmezustand verhängt. Führende Oppositionspolitiker werden gezwungen, das Land zu verlassen.

Die 225 Delegierten des 1. Parteitages der Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA), der am 10. Dezember 1977 mit einer Großkundgebung in Luanda abschloß, verabschiedeten die grundlegenden Dokumente der neukonstituierten MPLA-Partei der Arbeit ebenso einstimmig wie sie Angolas Staatspräsident Dr. Agostinho Neto zum Präsidenten der Partei wählten. Gleichfalls einstimmig endeten die Wahl der 45 Mitglieder und 10 Kandidaten des Zentralkomitees (es wählte am 14. 12. die elf Mitglieder seines Politbüros) der neuen „Avantgardepartei der Arbeiterklasse“, ihres neuen Emblems — eine rote Fackel in der Hand eines Afrikaners auf dem grünen Territorium Angolas — sowie mehrere Resolutionen über die Hauptrichtung der ökonomisch-sozialen Entwicklung 1978-1980, über Sicherheit und Verteidigung u. a.. Angolas Ministerpräsident Lopo do Nascimento überreichte Raul Castro ein Ehrendiplom als Dank für die brüderliche Hilfe der Kommunistischen Partei und des Volkes Kubas (zur kubanischen Hilfe siehe AIB, Nr. 8/1977 und 1/1978). Von der kampferfüllten Vergangenheit der Kongreßteilnehmer zeugt die Zusammensetzung der Delegierten: 41 % gehörten den Guerillaverbänden an, die bereits vor dem 2. Befreiungskrieg (1974-1976) im bewaffneten Kampf gegen die portugiesische Kolonialmacht standen, 20 % kämpften im Untergrund, 30 % befanden sich in Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Aufgaben des nationalen Wiederaufbaus wie die Schaffung der Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus, und zwar über die Etappe der volksdemokratischen Revolution. „Einen dritten Weg gibt es nicht“, betont der von uns in Auszügen dokumentierte Rechenschaftsbericht. Das Programm geht davon aus, daß die MPLA mit der Zerschlagung des Kolonialismus und der Proklamierung der Unabhängigkeit der VR Angola ihr Minimalprogramm bzw. ihre historische Mission als antiimperialistische Befreiungsbewegung erfüllt habe. Unter Führung der marxistisch-leninistischen MPLA-Partei der Arbeit und gestützt auf das Arbeiter-Bauern-Bündnis als „Haupttriebkraft der Revolution“ gehe es unter Fortsetzung des Klassenkampfes darum, von der „Phase des nationalen Wiederaufbaus“ zur „Konsolidierung der volksdemokratischen Macht“ voranzuschreiten. Die Schaffung von Parteiorganisationen (siehe auch Kasten zum MPLA-Statut) in Fabriken, landwirtschaftlichen Genossenschaften, in den Streitkräften, im Staatsapparat sowie in den Dörfern und städtischen Wohngebieten nennt das Programm als Sofortaufgaben nach Konstituierung der Partei. Das Hauptgewicht der ökonomischen Orientierung liegt auf der Erhöhung von Produktion und Arbeitsproduktivität, der Ausweitung des staatlich-genossenschaftlichen Sektors, einer staatlichen Kontrolle und Planung, der Entwicklung einer Schwerindustrie und des sozialistischen Wettbewerbs. „Die Landwirtschaft ist die Grundlage und die Industrie der entscheidende Faktor der Entwicklung“, unterstreicht das Programm. Schließlich gilt die „Verteidigung und Anwendung des proletarischen Internationalismus“ als Grundprinzip der MPLA-Partei der Arbeit.

1. Kongreß der MPLA **Rechenschaftsbericht Agostinho Netos**

Seit der Gründung der MPLA sind 21 Jahre und seit Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus 16 Jahre vergangen. Erst jetzt haben wir diese historische Gelegenheit gefunden, den 1. Parteitag der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) durchzuführen.

Der Widerstand des angolanischen Volkes gegen den Kolonialismus ist so alt wie der Kolonialismus selbst. Viele — Ngola Kiluange, Rainha Ginga, Mandume und andere — erhoben sich mit der Waffe gegen den Kolonialherren. Doch sie wurden niedergeschlagen, weil ihnen die erforderliche Einheit fehlte. Doch ihr Beispiel inspirierte die heutige Generation, den Kampf fortzusetzen und die Methoden weiter zu vervollkommen, ebenso wie sie auch von der politischen Entwicklung in der Welt von der Oktoberrevolution bis zu den Erfolgen der Befreiungsbewegungen auf den verschiedenen Kontinenten, bis zur Eroberung der Unabhängigkeit durch die afrikanischen Völker inspiriert wurde.

Siegreich in zwei nationalen Befreiungskriegen

Mit der vollständigen Befreiung des Landes verschärfen sich auch die inneren Widersprüche, was sich in einer Intensivierung des Klassenkampfes äußerte.

Linksextremistische Gruppen entfalteten unter dem Deckmantel von Komitees außerhalb der organisatorischen Struk-



Parteitagspräsidium von Luanda

tur der Bewegung eine Aktivität, um die Führung der MPLA mit dem Ziel an sich zu reißen, sie von ihrer politischen Linie und ihrem revolutionären Inhalt abzubringen. Nito Alves und José van Dunem und ihre Gruppe verfolgten eine zutiefst konterrevolutionäre Strategie. Die feste Antwort der Volksmassen und das entschlossene Handeln der FAPLA und der Sicherheitsorgane machten diese verbrecherische Aktion der organisierten Konterrevolution zunichte. Aus dieser neuen harten Probe ging die korrekte Linie der nationalen Unab-

hängigkeit und der Verteidigung der Sache des angolanischen Volkes, ging die politische Linie der MPLA unter der Führung ihres von den Mitgliedern fest unterstützten Zentralkomitees siegreich hervor.

Indem die MPLA heldenhaft und siegreich zwei nationale Befreiungskriege geführt und den Prozeß der Schaffung der materiellen Grundlagen für die Errichtung des Sozialismus begonnen hat, erfüllte sie ihre historische Mission als nationale Befreiungsbewegung. Die Bestimmung der Volksdemokratie und des Sozialismus als Ziele erfordern nunmehr in politischer, ideologischer und organisatorischer Hinsicht qualitative Veränderungen dergestalt, daß die MPLA ihre Rolle als Organisation der Avantgarde bei der Leitung der Gesellschaft übernehmen muß. Organisiert und aufgebaut nach den marxistisch-leninistischen Prinzipien, wird die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse das Instrument zur Führung der revolutionären Klasse sein.

Die MPLA wird deshalb die Partei der Arbeiterklasse sein, die in einem festen Bündnis die Arbeiter, die Bauern, die revolutionären Intellektuellen und andere Werktätige, die der Sache des Proletariats ergeben sind, vereint. Die MPLA als organisierte politische Kraft wird aus den besten Vertretern der Arbeiterklasse und der anderen revolutionären sozialen Gruppen gebildet werden. Indem sie die Erfahrungen des nationalen Befreiungskampfes und der revolutionären Kämpfe anderer Völker gesammelt hat und sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt, wird die Partei die führende Kraft des Staates und der angolanischen Gesellschaft sein.

Revolutionär-demokratische Diktatur ist Volksmacht

Der Begriff der Volksmacht bringt auf neue Weise das Wesen und die Rolle der Macht zum Ausdruck, das neue Verhältnis der Volksmassen zur Macht, und trägt zur Mobilisierung der Massen für die Veränderung der Gesellschaft bei. Im Prozeß des revolutionären Kampfes entstehen häufig bereits gewisse Organe der Massen, die Keime und Formen der revolutionären Macht verkörpern und die nach der Eroberung der Macht in Organe der neuen politischen Macht, in Organe des Staates umgewandelt werden können. Ein Beispiel dafür sind die Machtstrukturen, die in den befreiten Gebieten während unseres nationalen Befreiungskampfes geschaffen wurden, in Gebieten, wo die Organisation des neuen Lebens unseres Volkes ihren Anfang nahm. Der revolutionärdemokratische Staat stellt das Hauptinstrument zur Durchführung der revolutionären Veränderungen dar. Der Staatsapparat verkörpert also die Macht des Volkes, was anders ausgedrückt bedeutet, daß die Organe der Volksmacht nicht neben, getrennt vom Staatsapparat existieren können. Die Organe des Staatsapparats sind selbst Organe der Volksmacht. Es handelt sich jedoch bereits nicht mehr um den alten bürgerlich-kolonialen Staatsapparat, sondern um einen neuen, revolutionären Staatsapparat.

In unserer Etappe, in der wir die revolutionäre Diktatur ausüben, können die gegenwärtigen Probleme nicht mehr mit dem alten Staatsapparat gelöst werden, obwohl die Errichtung einer neuen Staatsmacht ein komplexer und umfassender Prozeß ist.

Die Partei ist der führende Kern der Volksmacht, und die Organe der Volksmacht müssen auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei wirken. Die Volksmacht kommt auch in der Form der revolutionären Regierung, in den neuen Organen zur Verteidigung der Revolution zum Ausdruck.

Die Streitkräfte sind das Fundament der Siege des angolanischen Volkes auf verschiedenen Gebieten. Die Verteidigung eines sozialistischen Landes ist eine Notwendigkeit für die ganze Welt. Im Falle Angolas ist es eine Notwendigkeit für Afrika.

Unmittelbar nach der Proklamierung der Unabhängigkeit



forderte die Regierung der Volksrepublik Angola die Hilfe der befreundeten Länder an, um dem gemeinsamen Angriff der Imperialisten und ihrer Agenten begegnen zu können.

In dieser Phase war es, als die Sowjetunion und die Republik Kuba die wichtigste Hilfe leisteten, eine Hilfe, die Angola nie zuvor zur Verteidigung der angolanischen Nation und der fortschrittlichen Kräfte erlebt hatte. Auch von Guinea-Bissau, Moçambique, Guinea und Algerien erhielten wir Hilfe. Wir befanden uns in der kritischsten Periode unseres Befreiungskampfes. Mit Hilfe seiner Verbündeten widerstand und siegte Angola.

Die kubanische Hilfe möchte ich hier besonders hervorheben. Viele kubanische Familien haben ihre Söhne, ihre Männer oder ihre Brüder geopfert. Unsere Kampfbanner verneigen sich vor den kubanischen Camaradas, die auf der Erde Angolas gefallen sind, die gemeinsam mit unserem Volke gegen die Invasion der südafrikanischen Rassisten gekämpft haben.

Unvergessliche Hilfe Kubas und der Sowjetunion

Das Vaterland Lenins, das stets den Kampf des angolanischen Volkes und der MPLA unterstützte, leistet heute eine außerordentliche Hilfe, sowohl im militärischen als auch im zivilen Sektor. Wie in der Vergangenheit ist und wird die Sowjetunion weiterhin die stärkste Bastion des Kampfes der Völker um ihre Gleichberechtigung sowie für ökonomischen und sozialen Fortschritt sein. Auch die anderen sozialistischen Länder, wie die DDR, Bulgarien, die KVDR, Ungarn und Rumänien, halfen dem angolanischen Volk und setzen ihre Hilfe fort. (. . .)

Der Sozialismus hat bereits auf drei Kontinenten festen Fuß gefaßt, und nun hat er begonnen, auch den vierten Kontinent zu erfassen, den afrikanischen Kontinent. Die junge Volksrepublik Angola gehört unter Führung der MPLA zu jenen Staaten, die nach der vollständigen Liquidierung des portugiesischen Kolonialismus den Weg des Sozialismus im Süden Afrikas beschreiten.

Gestützt auf die Erfahrungen eines langen nationalen Befreiungskampfes und in voller Übereinstimmung mit den all-

gemeinen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, haben wir uns für den Sozialismus entschieden. Wir haben uns für den Aufbau einer Gesellschaftsordnung entschieden, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Diese unsere Entscheidung bestimmt unsere Haltung und unsere Beziehungen zu den sozialistischen Staaten: sie sind unsere natürlichen Verbündeten im Kampf für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, in der Kampffront gegen den Imperialismus.

Die Hauptkraft der sozialistischen Staatengemeinschaft ist die mächtige Sowjetunion. Man kann sagen, daß die Sowjetunion das Hauptbollwerk der Menschheit im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt ist. Es ist eine Tatsache, daß die jungen unabhängigen Staaten ohne das Bündnis mit den sozialistischen Ländern dem politischen, ökonomischen und militärischen Druck der imperialistischen Mächte ausgesetzt wären. Und das ist einer der Gründe, weshalb der Imperialismus Anstrengungen unternimmt, um das Bündnis zwischen der sozialistischen Gemeinschaft und der nationalen Befreiungsbewegung zu schwächen mit dem Ziel, seine neokolonialistischen Ziele durchzusetzen und die Ausbeutung fortsetzen zu können.

Bei der Verfolgung ihres großen Ziels, ein freies, unabhängiges und sozialistisches Angola aufzubauen, läßt sich unsere Partei von der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, von der Weltanschauung der Arbeiterklasse leiten. Sie wendet den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkreten Kampfbedingungen hier im Süden Afrikas an.

Angola – noch abhängig und unterentwickelt

Angola ist ein unterentwickeltes Land, das noch abhängig ist. Das Land, das wir vom Kolonialismus befreit haben, zeichnet sich in der Tat aus durch einen niedrigen Stand der Produktivkräfte, durch große Disproportionen in der Entwicklung der verschiedenen Sektoren der Wirtschaft und der verschiedenen Regionen des Landes, durch ein außerordentlich hohes Analphabetentum und durch eine hohe Sterblichkeitsziffer. Etwa 85 Prozent der Arbeitskräfte sind in der Landwirtschaft beschäftigt, und der größte Teil dieser Bevölkerungsschichten lebt in einer faktischen Subsistenzwirtschaft und verfügt nur über rudimentäre Arbeitsgeräte im Gegensatz zu den relativ entwickelten kapitalistischen Großbetrieben, die für den Export produzierten.



In Angolakrieg 1975/76 zerstörte Brücke — eine von über 130

Statut der MPLA - Partei der Arbeit

Die „MPLA-Partei der Arbeit“ läßt sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten, heißt es in der Präambel. „Die MPLA ist die Partei der Avantgarde der Arbeiterklasse, die in einem festen Bündnis die Arbeiter, die Bauern, die revolutionären Intellektuellen und anderen Werktätigen vereint, die der Sache des Proletariats ergeben sind“, lautet Artikel 1. Artikel 2 definiert: „Die MPLA verfolgt als strategisches Ziel den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, dem die Übergangsetappe der Volkdemokratie vorangeht, in der sich die Unabhängigkeit der VR Angola festigen wird sowie die politisch-ideologischen, materiellen und sozialen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus geschaffen werden.“

Zu den Pflichten der Mitglieder gehören die Treue zur Sache der Arbeiterklasse, die Verwirklichung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die Verteidigung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Mitglieder der MPLA-Partei können alle Angolaner über 18 Jahre werden, die ausschließlich von den Ergebnissen ihrer eigenen Arbeit leben, in der Arbeit und im persönlichen Leben Vorbild sind sowie sich politisch und fachlich qualifizieren.

Das Statut legt für Arbeiter und Angehörige der Streitkräfte, die aus der Arbeiterklasse stammen, eine einjährige für Angehörige anderer sozialer Schichten eine zweijährige Kandidatenzeit fest.

Für den Parteaufbau gilt das Territorial- und Produktionsprinzip. Oberstes Organisationsprinzip ist der demokratische Zentralismus. Weitere Grundprinzipien sind die kollektive Leitung sowie Kritik und Selbstkritik. Höchstes Organ ist der Parteitag, der in der Regel alle fünf Jahre stattfindet. Er wählt die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees, das aus seinen Reihen die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros wählt, den Präsidenten der Partei sowie die Mitglieder und Kandidaten der Zentralen Parteikontrollkommission.

Auf Provinz-, Municipal- und Kreisebene werden Exekutivkommissionen und jeweils ein Koordinator gewählt. Kleinste Einheiten der Partei sind die Parteizellen, die in den Produktionszentren und Wohngebieten gebildet werden.

Die JMPLA ist die Jugendorganisation der Partei. Jugendliche unter 25 Jahren werden nur auf Vorschlag der JMPLA in die Partei aufgenommen.

Der Lebensstandard des größten Teils der Bevölkerung war äußerst niedrig. Mehr als 90 % der Bevölkerung waren Analphabeten, und die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 35 bis 40 Jahren.

Diese Situation wurde durch den zweiten Befreiungskrieg noch verschlimmert, in dessen Verlauf durch die imperialistische Aggression über 130 Brücken, mehr als 20 000 Lastkraftwagen (das waren mehr als 80 % des vorhandenen Wagenparks) sowie der größte Teil der Ausrüstungen des Bauwesens und der vorhandenen Landmaschinen zerstört wurden, ganz zu schweigen von der Zerstörung der Flughäfen und der Straßen sowie den Hunderttausenden Stück abgeschlachteten oder geraubten Viehs.

Wiederaufbauziel Nr. 1: Produktionsniveau von 1973

Sofort nach der Erringung der Unabhängigkeit entfalteten die MPLA und die Regierung der VRA Anstrengungen, um die sozialökonomische Lage unseres Landes, die Lebensbedingungen unseres Volkes zu verbessern und mit der nationalen Unabhängigkeit allmählich den Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit zu beschreiten mit dem Ziel, eine von allen Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen freie Gesellschaft zu errichten.

Achtung: AIB - Abozahlung siehe S. 35!

Die Schulgeldfreiheit und die kostenlose medizinische Betreuung wurden eingeführt. Die nationalisierten oder beschlagnahmten Betriebe werden allmählich als staatliche Wirtschaftseinheiten organisiert, die nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten und nach dem Prinzip der Einzelleitung gelenkt werden.

Die neuen Aufgaben, die für den Staat im Zusammenhang mit der Schaffung des sozialistischen Sektors in der Wirtschaft und mit der Notwendigkeit erwachsen, die Aktivität der Privatbetriebe zu kontrollieren, erfordern die allmähliche Umgestaltung des Staatsapparates in ein dynamisches und wirksames Instrument zur Leitung, Durchführung und Kontrolle der von der Partei definierten Wirtschafts- und Sozialpolitik. In der Landwirtschaft galt – auf Grund des Produktionsabfalls in den Jahren 1975 und 1976 sowie auf Grund der Bedeutung dieses Sektors als Grundlage der ökonomischen und sozialen Entwicklung in dieser Etappe – die besondere Aufmerksamkeit der Wiederbelebung der Produktion von Nahrungsmitteln für die Versorgung der Bevölkerung, der Produktion von Rohstoffen für die Industrie sowie der Produktion von Exporterzeugnissen.

1977 wird jedoch die Produktion in allen Zweigen noch unter der von 1973 liegen.

Im Fischfang betrug das Fangergebnis des Jahres 1976 etwa 10 % der Produktion von 1973. Mit der Organisation dieses Sektors, der Ausbildung nationaler Techniker und der Hilfe einiger befreundeter Länder soll es gelingen, 1977 etwa 23 % der Produktion von 1973 zu erreichen. 1980 soll die Produktion auf 107 % gegenüber 1973 steigen.

1977 wurden bereits 38 Brücken wiederaufgebaut, und bis zum Ende des Jahres sollen es insgesamt 45 sein. Dadurch wird der Verkehr auf allen wichtigen Verkehrswegen wieder möglich.

In der Industrie hat der Staat augenblicklich eine bedeutende Beteiligung in verschiedenen Zweigen: Sie beträgt 61 % in der Diamantenproduktion, 100 % in der Textilindustrie und 25 % in der Zementproduktion.

1980 wird ein entscheidender Markstein im nationalen Wiederaufbau und bei der Konsolidierung der VRA sowohl im inneren als auch international sein. In der Phase des nationalen Wiederaufbaus visieren wir die Erreichung des Produktionsniveaus von 1973 in den für das Leben des Volkes wichtigsten Bereichen an, wobei das Ziel der Produktion in der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung besteht.

Grundorientierung revolutionärer Wirtschaftspolitik

So sieht es das Zentralkomitee als wesentlich an, folgende Grundsatzorientierungen vorzugeben:

Verstärkung der zentralen und planmäßigen Leitung der ökonomischen und sozialen Entwicklung durch die Schaffung und Stimulierung von Strukturen und Mechanismen der Leitung, Verwaltung und Kontrolle, die die Erweiterung und Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse gestatten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den sozialistischen Wirtschaftsbereich und insbesondere den staatlichen Sektor auszubauen und zu stärken. Er ist das entscheidende Kettenglied der Volkswirtschaft und die materielle Grundlage für die Durchführung der revolutionären politischen und ökonomischen Umgestaltungen. Die Politik der Verstaatlichungen und der Konfiszierungen sowie die Gründung von staatlichen Betrieben und von Genossenschaften muß also fortgesetzt werden.

Mit dem Ziel, neue Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu schaffen und das Lebensniveau der Bauern zu heben, wird der Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der Vorrang eingeräumt. Die führende Rolle des Arbeiter-und-Bauern-Bündnisses beim Aufbau der neuen Gesellschaft wird gestärkt, indem unter den werktätigen



Versorgungseinsatz in Sambo

Massen eine breite politische Aufklärungsarbeit entfaltet wird, die zu ihrer verstärkten Einbeziehung in den revolutionären Prozeß sowie zur allgemeinen Erhöhung der Arbeitsdisziplin führt. GleichermäÙig ist es notwendig, die patriotisch eingestellte Kleinbourgeoisie an Positionen heranzuföhren, die den Interessen der am meisten ausgebeuteten Schichten unseres Volkes entsprechen, und zwar über eine intensive politische Aufklärung und indem ihre Initiativen in die angemessene Richtung gelenkt werden.

Das Produktionsniveau von 1973 zu erreichen bedeutet, die vorhandenen produktiven Kapazitäten soweit wie möglich voll zu nutzen. In dieser Phase unserer Geschichte wurde die Landwirtschaft als die Grundlage und die Industrie als der entscheidende Faktor für die ökonomische und soziale Entwicklung definiert.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes und die schrittweise Erhöhung seines Lebensniveaus sind ein weiteres wesentliches Ziel dieser Phase. Die Verwirklichung dieser Zielstellung muß freilich stets das Entwicklungsniveau der Volkswirtschaft berücksichtigen, und sie wird von unseren Erfolgen bei der Erhöhung der Produktion, der Arbeitsproduktivität und der Arbeitsdisziplin der Werktätigen sowie von der Sparsamkeit im Umgang mit den Mitteln unseres Landes abhängen. (. . .)

Aufbauelan von Cabinda bis Cunene

Die Arbeit ist die Triebkraft der Entwicklung der Gesellschaft, die einzige Quelle des Fortschritts. In der Zeit des Übergangs zum Sozialismus ist es Aufgabe der Partei und des Staates, der Arbeit Würde zu verleihen und die Durchsetzung des Prinzips „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ zu gewährleisten. Die Einführung eines neuen Lohnsystems, das von der Quantität und der Qualität der geleisteten Arbeit ausgeht, ist erforderlich.

Reich an Erfahrungen, in Treue zu unserer Geschichte, geführt von der Ideologie des Marxismus-Leninismus und gestützt auf die alten festen und fruchtbaren Bündnisse, werden wir stolz auf dem Weg voranschreiten, der uns in eine strahlende Zukunft führt.

Das angolansiche Volk von Cabinda bis Cunene wird sich voller Begeisterung für den nationalen Wiederaufbau und den sozialistischen Weg einsetzen.

(Quelle: Neues Deutschland, Berlin, 7. und 12. 12. 1977)

Das von Carter vorgefertigte Komplott

Nachdem auf der von Anwar al Sadat initiierten Kairoer Konferenz Mitte Dezember 1977 Ägypten, Israel, die USA und ein Beobachter der UNO unter sich geblieben waren, erbrachte auch das zweite Treffen Sadat-Begin in Ismailia am 25./26. Dezember nicht das vorangekündigte Ergebnis. Eine gemeinsame Deklaration kam nicht zustande. Obgleich sich beide Seiten bei Sadats Jerusalem-Besuch vom 19. November (siehe Analysen und Dokumente in AIB, Nr. 1/1977, S. 3-15) auf einen gemeinsamen Konsens zum Separatfrieden bis Mitte 1978 hatten einigen können (siehe nachstehende 7 Punkte-Übereinkunft), birgt die geringe Konzessionsbereitschaft der herrschenden Kreise Israels dennoch hinlängliche Widersprüche in sich, ja hat die neuerliche Forcierung der Besiedlungspolitik in den besetzten Gebieten für zusätzlichen Konfliktstoff gesorgt.

Der Begin-Carter-Plan

Angesichts der tiefen ökonomischen Krise Ägyptens, des Widerstands der national-antimperialistischen arabischen Kräfte und des Nichtmitziehens „gemäßigter“ arabischer Regimes (Jordanien, Saudi Arabien, Syrien) arbeitet die Zeit eindeutig gegen Sadat, der schnellstens irgendein konkretes Ergebnis vorweisen muß. Halbwegs einig aber wurden sich Sadat und Begin in Ismailia nur über die Räumung des Sinai, sowie über die Einrichtung zweier militärischer und politischer israelisch-ägyptischer Kommissionen, welche Mitte Januar intensive Beratungen aufnehmen.

Der Ende Dezember 1977 vorgelegte sogenannte Begin-„Friedensplan“ aber zeigte so wenig israelische Nachgiebigkeit in der Palästinafrage, daß ihn selbst Ägypten, Jordanien und Saudi Arabien zurückwiesen: Er offeriert der arabischen Bevölkerung am okkupierten Westufer und in Gaza eine Art „Selbstverwaltung“ unter Beibehaltung der vollen militärischen Präsenz der israelischen Besatzer und unter Ausklammerung der PLO. Desgleichen fordert er die Aufrechterhaltung der israelischen Okkupation Ostjerusalems sowie der Wehrdörfer auf einer ansonsten entmilitarisierten Sinai-Halbinsel (vgl. Wortlaut in Guardian Weekly, London, 8. 1. 1978).

US-Präsident Carter beeilte sich, den Begin-Plan als konstruktiven Schritt zu würdigen und insbesondere seiner strikten Ablehnung eines unabhängigen Palästinenserstaates beizupflichten, sei doch in ihm der Keim zu einer „radikalen, neuen unabhängigen Nation im Herzen des Nahen Ostens“ angelegt. Carters Vermittlungsversuch zwischen Israel und Jordanien/Ägypten lautet nun: „Gemeinsame Verwaltung“ aller Verhandlungsteilnehmer für Gaza und das Westufer, bei der sich die Palästinenser mit der Zeit für eine „jordansische oder israelisch-arabische Verwaltung“ entscheiden könnten. Wie Carter und sein Sicherheitsberater Brzezinski zur Jahreswende verlauten ließen, verfolge Washington allgemein einen „Dreistufenplan“, dessen Anfang eine israelisch-ägyptische Separatfriedensregelung stehen soll. Stufe zwei sei eine Übereinkunft Israels mit „gemäßigten“ Palästinensern und Jordanien, die dritte Stufe ein israelisch-syrisches Separatabkommen. Die Genfer Konferenz soll schließlich zur Absegnung dieser Separatverträge herhalten.

Bei Carters Ägyptenbesuch Anfang Januar d. J. erklärte sodann Sadat seine Bereitschaft, den US-Vorschlag für ein „autonomes Palästinensisches Heimatland“, das „zumindest zeitweise an Jordanien gebunden“ sei, zu akzeptieren (DPA, 4. 1. 1978). Es ist dies auch der Lösungsweg, den der Ägyptenbe-



sucher Helmut Schmidt für gut befand. Mit dem Ziel, Sadat als „Freund in Kairo durch wirtschaftliche Hilfe politisch zu stabilisieren“, damit „Sadats außenpolitischer Bewegungsspielraum wächst“, erhöhte Bonn für 1978 die Kapitalhilfe für Ägypten von 250 auf 310 Mio DM, die Hermesbürgschaften von 550 auf 750 Mio DM (Spiegel, 2. 1. 1978). Die von der EG im Juni 1977 erstmals erhobene Forderung nach einer „Heimstat“ für die Palästinenser hält Schmidt heute für überholt, geradeso wie er Carters Festhalten an Genf teilt – freilich als Endstation nach bilateralen Separatverträgen.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat sowohl den Begin-Plan als auch Carters „Zwischenlösung“ nachdrücklich verworfen. Das gleiche taten die Bürgermeister des okkupierten Westjordanien. Y. Arafats treffliche Aussage, hier offeriere man weniger als „Bantustans“, entstammt einem aktuellen Interview, das der PLO-Vorsitzende in Beirut dem konservativen Guardian-Korrespondenten David Hirst gewährte und das wir hier wiedergeben. Die PLO ist derzeit bemüht, in die auf der Tripolis-Konferenz mit Syrien, Libyen, Algerien und dem Südjemen, formierte Widerstandsfront auch den Irak einzubeziehen und ihr Bündnis mit der Sowjetunion zu vertiefen. Wie Y. Arafats Stellvertreter Abu Iyad in einem Afrique Asie-Interview vom 9. 1. 1978 erklärte, gehe es gegenwärtig darum, „eine Achse Syrien-Irak-PLO, unterstützt von der Sowjetunion und den Ländern des Tripolis-Treffens, zu schaffen.“ Die sowjetische Regierung hat ihrerseits die mit US-Unterstützung betriebenen Begin-Sadat-Verhandlungen „als Weg einseitiger Zugeständnisse an Israel“ und als Versuch verurteilt, „die Spaltung in der arabischen Welt zu vertiefen und eine wirkliche Regelung zu vereiteln“. Zwar halte die UdSSR – so Ministerpräsident Kossygin weiter – an der Befürwortung der Genfer Nahostfriedenskonferenz fest, doch nur „unter Bedingungen, die es ausschließen, daß diese zu einem Schirm gemacht wird, hinter dem die Separatgeschäfte zum Nachteil der Lebensinteressen der Araber und eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten verdeckt werden sollen.“ Die Einheit und Stärke dieser Widerstandsfront vermag auch wesentlich mitzuentcheiden, inwieweit eine Einbeziehung Jordaniens und Saudi Arabiens in das Separat-Spiel der Carter, Sadat und Begin gelingen wird.

Geheimübereinkunft Begin - Sadat

Gipfelkonferenz, Mini-Gipfel, Verschiebung der Kairoer Konferenz, Treffen von Tripolis, Isolierung Ägyptens . . . All diese Erschütterungen werden in nichts an dem Entschluß des ägyptischen Staatschefs und Begin's rütteln, auf dem Wege fortzufahren, auf dem sie sich seit der geheimen Übereinkunft, die sie in Jerusalem aushandelten, engagiert haben. Dies ist die Schlußfolgerung einer eingehenden Untersuchung, die in den am besten unterrichteten Regierungs- und diplomatischen Kreisen der amerikanischen Hauptstadt durchgeführt wurde. Im folgenden die Hauptpunkte dieser Geheimübereinkunft (der englische Ausdruck, der von den beiden Regierungschefs benutzt wurde, ist **understanding**, was soviel wie „Einigung“ bedeutet):

1. In der Überzeugung, daß auf kurze Sicht kein arabisches Land des „Kampfgebiets“ die ägyptische Initiative unterstützen wird, werden Begin und Sadat ihre Direktverhandlungen in Jerusalem, Kairo und andernorts fortsetzen, um durch eine Serie von Zugeständnissen und Kompromissen zu einem Friedensvertrag zu gelangen, den man als „Friedensübereinkunft“ bezeichnen wird. Die beiden Parteien werden bei den Großmächten und ihren jeweiligen Verbündeten diplomatische und politische Schritte unternehmen, um die Gegner direkter Verhandlungen von ihrer Entscheidung abzubringen. Angesichts der zahlreichen und vielfältigen Druckmittel gewisser Mächte und ihrer Verbündeten ist es nicht ausgeschlossen, daß sich die Positionen der widerspenstigen Staaten allmählich ändern lassen werden.

2. Etablierung von direkten und regelmäßigen Verbindungen zwischen Kairo und Jerusalem ohne Zwischenschaltung dritter Mächte. Die beiden Länder akzeptieren das Prinzip, in ihren jeweiligen Hauptstädten Personen zu akkreditieren, die in der ersten Zeit ihre Mission unter Zwischenschaltung befreundeter Botschaften erfüllen könnten. Es würde sich gewissermaßen um „Verbindungsbüros“ handeln, ähnlich den zur Zeit existierenden zwischen Washington und Havanna. In einer zweiten Phase würde sich dieses Büro zu einer unabhängigen, aber noch eingeschränkten diplomatischen Vertretung verwandeln, vergleichbar derjenigen, die zwischen Washington und Peking eröffnet worden ist. Ein provisorischer Kalender sieht die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen Ende des ersten Halbjahres 1978 vor, unter der

Bedingung, daß das „Problem der Sicherheit zwischen den beiden Staaten“ vermittels des Rückzugs der israelischen Truppen von den besetzten ägyptischen Gebieten in der Zwischenzeit gelöst worden ist.

3. Wenn das Prinzip der quasi totalen Räumung dieser Gebiete im Austausch mit der Normalisierung der Beziehungen einmal erreicht ist, sollte die Sharm el Sheikh-Frage eine „praktische“ Lösung finden, die zwischen den beiden Generalstäben ausgehandelt würde. Der israelische Verteidigungsminister, General Weizmann, hat Sadat deutlich zu verstehen gegeben, daß Israel „nicht die Meinung vertritt, daß die israelische Kontrolle über diese Zone absolut lebensnotwendig ist.“

4. Alle ägyptischen und israelischen Botschafter im Ausland werden formelle Instruktionen erhalten, um direkte Kontakte untereinander aufzunehmen. Sie können gegebenenfalls geheime Nachrichten austauschen, die für das eine oder andere der beiden Länder von vitalem Interesse sind.

5. Unter Einsatz aller möglichen Mittel gilt es, jede Einschaltung der Sowjetunion in die Direktverhandlungen zwischen Arabern und Israelis zu verhindern. Ägypter und Israelis müßten ihr Vorgehen gegenüber den Amerikanern abstimmen, um sie zur Weiterführung ihrer Diskussionen mit dem Kreml zu bewegen, um diesen dazu zu überreden, den Prozeß der direkten israelisch-arabischen Verhandlungen nicht zu behindern und ihm gleichzeitig eine Beteiligung im Prozeß, der zur Genfer Konferenz führt, zu versprechen. Mit anderen Worten geht es darum, Moskau die einfache Rolle eines „Zuschauers“ und „Unterzeichners“ von Abkommen zuzubilligen, die schon direkt zwischen Arabern und Israelis ausgehandelt und abgeschlossen wurden.

6. In Anbetracht der Tatsache, daß die PLO in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung die von Sadat anvisierte Prozedur nicht annehmen kann oder nicht annehmen will, wird sich die Beteiligung der Palästinenser an den israelisch-arabischen Verhandlungen auf jene Palästinenser beschränken, die in Cisjordanien wohnen. Der palästinensische „Nationalstaat“, den Israel ins Auge fassen und eventuell akzeptieren könnte, müßte während einer Periode von mindestens zehn Jahren unbedingt Bestandteil Jordaniens sein. Was die PLO angeht, so werden die beiden Staaten alles versuchen, um sie zu „neutralisieren“ oder zu sprengen.

7. Was Syrien, Jordanien und den Libanon anbelangt, waren sich die beiden Gesprächspartner darin einig, daß, wenn Amman kein ernstzunehmendes Hindernis für ein „Friedensabkommen“ darstellt, die Haltung des libanesischen Regimes in erster Linie von der Syriens abhängt, dessen Truppen weitgehend das Terrain beherrschen. Falls Syrien unnachgiebig bleiben sollte, könnten zwei Trümpfe ausgespielt werden, um es in die Knie zu zwingen: Entzug der Unterstützung Saudi Arabiens, „ohne die“ – so Sadat zu Begin – „die syrische Armee keine Woche im Libanon standhält“, und israelischer militärischer Druck an den verschiedenen syrischen Fronten, vor allem im Südlibanon. Weitere Abkommen sind sicherlich abgeschlossen worden: ehrgeizige Projekte – wie jenes, das den Joint Venture-Bau (gemischte Kapitalbeteiligung, d. Red.) eines Atomzentrums auf dem Sinai vorsieht, oder die Investitionsversprechungen von „mehreren Milliarden“ Dollar in Ägypten seitens Israel und seiner Freunde, die eine mächtige Lobby in den Vereinigten Staaten, in Europa und anderswo unterhalten.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 150/12. 12. 1977)



* Endlich allein! *

Interview mit Yassir Arafat

Uns wird weniger angeboten als Bantustans



FRAGE: Es ist der 13. Jahrestag Ihrer Widerstandsbewegung. Augenscheinlich haben Sie gerade auf einer enthusiastischeren Kundgebung als in den vergangenen Jahren gesprochen. Wie kann das sein, wo doch – zumindest an der Oberfläche – die palästinensische Revolution harte Zeiten zu durchleben scheint?

Y. ARAFAT: Dies ist ohne Zweifel eine der härtesten Zeiten, die wir durchlaufen, schicksalhafte Zeiten in denen Israel und Amerika versuchen, den palästinensischen Faktor, das palästinensische Volk auszuschalten. Wie Zbigniew Brzezinski sagt: „PLO ade“. Während der 13 Jahre unserer Revolution hat es nicht eine Verschwörung gegeben, an der Amerika, der Weltzionismus und seine Agenten in der arabischen Welt nicht beteiligt gewesen wären – mit Folter, Ermordungen, Tötungen, Verheerung, Luftangriffen, Bombardierungen, Inhaftierungen. 24 000 Menschen von uns mußten die israelische Gefängnisse durchlaufen.

Chancenlos: Aufbau einer Alternative zur PLO

Aber glauben Sie, daß der in den letzten 15 Tagen mit seiner Nummer zwei, Brzezinski, umhergereiste Präsident Carter nicht **eine** Aussage, Erklärung oder Presseverlautbarung abgeben konnte, ohne die PLO zu erwähnen – ohne gegen sie zu sprechen – glauben Sie, alle diese Dinge würden gesagt werden, wenn nicht die PLO ein grundlegender Faktor wäre? Wir sind eine hart zu knackende Nuß; denn die palästinensische Revolution ist der bedeutendste Faktor in der Nahost-Gleichung.

Sie (die PLO) repräsentiert nicht nur ihren eigenen und den Willen der Palästinenser, sondern den der arabischen Massen vom Atlantik bis zum Golf (Persischer Golf, d. Red.). Sie ist ein Weltfaktor, anerkannt von 105 Staaten; mehr als Israel anerkennen. Es wird versucht, Alternativen (zur PLO) aufzubauen, aber sogar diejenigen, die vom Westufer und Gaza kamen, um Präsident Sadat zu sehen, sagten, daß sie die PLO als alleinige Repräsentantin des palästinensischen Volkes akzeptieren. Ich bin nicht beunruhigt. Während des algerischen Krieges versuchten die Franzosen, Alternativen zur FLN (Nationale Befreiungsfront Algeriens) zu schaffen. Die Algerier erteilten ihnen eine Abfuhr. Wenn sie also glauben, sie könnten unser Problem ohne die PLO lösen, sollen sie es versuchen . . .

FRAGE: Aber diesmal nehmen arabische Führer teil an dem Versuch, eine alternative Führung aufzubauen?

Y. ARAFAT: Einige Führer, ja, aber hatten sie Erfolg?

FRAGE: Aber palästinensische Führer sprechen immer vom Willen des palästinensischen Volkes. Wie soll er denn in die Tat umgesetzt werden?

Y. ARAFAT: Ich erinnere mich, als 1965 gesagt wurde:

„Ihr seid verrückt, ihr werdet nichts erreichen.“ Das war vor 13 Jahren. Was ist das Resultat? Das Gebiet hat nicht einen Moment Ruhe gehabt seitdem – und wird dies auch nicht bevor unser Volk nicht seine Rechte und seinen unabhängigen Staat bekommt.

FRAGE: Die ganze Ausrichtung Ihrer Politik vor Sadats Besuch in Israel war doch – wie ich sie verstand – der Versuch, zu demonstrieren, daß trotz alledem die Palästinenser vernünftig sind, daß sie eine ehrliche Lösung wollen und bereit sind, dafür einen ziemlich langen Weg zu gehen. Verstehe ich Sie jetzt richtig, daß Sie alle Hoffnung aufgegeben haben, Amerika dafür zu gewinnen, gemeinsam mit ihnen und anderen Arabern nach einer annehmbaren Lösung zu suchen?

Y. ARAFAT: Erstens muß man verstehen, daß wir unseren Kampf um Frieden in dem Gebiet nicht aufgeben werden, aber es muß ein gerechter Friede sein, der nicht auf unsre Kosten geht. Was jedoch passierte, ist, daß Amerika unglücklicherweise die ganze Sache zum Scheitern gebracht hat. Es demaskierte sich bei zwei Gelegenheiten. Trotz gewisser Vorbehalte war die sowjetisch-amerikanische Erklärung (zum Nahen Osten) annehmbar für uns, ebenso war es trotz gewisser Vorbehalte das „Arbeitspapier“ (zur Vorbereitung der Genfer Konferenz).

„Lebe Wohl“ für die US-Interessen!

Aber danach kam das zweite „Arbeitspapier“ – in sechsstündigem Gespräch zwischen Dajan und Carter produziert –, das die sowjetisch-amerikanische Erklärung, das erste Arbeitspapier und alle Gespräche mit arabischen Außenministern hochgehen ließ. Schließlich kommt Begin daher und verkündet seine Formel, die Premierminister Rabin und die (israelische) Arbeiterpartei schon einmal den Bürgermeistern des Westufers angeboten haben. Sie war zurückgewiesen worden. Das war vor fünf Jahren. Was bietet Begin uns nun an? Bantustans, nicht mehr.

Sogar weniger als Bantustans, Swaziland hat mehr Rechte als wir haben würden. Und was schlimmer ist, Carter, Brzezinski und Vance treten auf, und – trotz der Tatsache, daß Begins Plan von jedermann einschließlich Sadats abgelehnt wurde – verkünden sie ihre volle Unterstützung für ihn. Hätte es etwas anmaßenderes geben können als das?

Folglich sind es nicht wir, die die Chancen für Frieden im Gebiet verderben. Es ist Begin, es ist Carter. Carter trägt die Verantwortung. Daher (und Arafat geht in gewählt formuliertes Englisch über), wenn er sagt: „Lebe wohl PLO“, sollte er tatsächlich „Lebe wohl“ zu seinen Interessen in diesem Gebiet sagen.

FRAGE: Inwieweit waren Sie bereit, sich mit den Ameri-

kanern zu treffen? Nach seinem Rücktritt sagte der ägyptische Außenminister Fahmi, daß alles für Genf vorbereitet gewesen sei, daß die PLO bereit gewesen sei, als Teil einer einheitlichen arabischen Delegation aufzutreten, daß Sie sogar zugestimmt hätten, sich von Edward Saïd und einem anderen Amerikaner palästinensischen Ursprungs vertreten zu lassen?

Y. ARAFAT: Nein, nicht genau. Wir hatten die Formel der nichtprominenten Mitglieder der PLO akzeptiert, aber sie würden nominiert von der PLO, durch die Entscheidung ihres Exekutivkomitees und meine Unterschrift (als Vorsitzender), das war für alle annehmbar. Und jetzt tischt uns dieses Amerika trotz alledem solche Sachen auf.

FRAGE: Ist es wahr, daß Sie bereit waren, die UN-Resolution 242 mit gewissen Veränderungen zu akzeptieren?

Y. ARAFAT: Nein; unser Nationalrat hatte einige Bedenken gegenüber 242 und wir haben das auch angeführt. Wir hätten um Verhandlungen über 242 gebeten, wenn sie bereit gewesen wären, sie unseren Bedingungen entsprechend zu verändern. Wenn Sie an meiner Stelle wären, könnten Sie sie auch nicht akzeptieren, wie sie ist: 242 befaßt sich mit Flüchtlingen. Wir sind keine Flüchtlinge. Wir sind ein Volk, der Kern des ganzen Problems.

FRAGE: Schlugen Sie eine Formel zur Verbesserung von 242 vor?

Y. ARAFAT: Ich bot es an, erhielt aber keine Antwort.

FRAGE: Was war das Angebot?

Y. ARAFAT: Ich glaube es ist jetzt nicht der angemessene Augenblick, es inhaltlich zu erklären; aber wir machten ein Angebot. Wir erhielten keine Antwort, keine Antwort von den USA.

FRAGE: Sie meinen, buchstäblich, daß sie keine Antwort sandten?

Y. ARAFAT: Nein. Jetzt im gleichen Augenblick sagte Carter, er lehne 242 ab. Wir teilten unsere Bedenken mit und forderten eine neue Resolution im Sicherheitsrat. Sie setzten all ihre Macht ein, um eine neue Resolution zu verhindern. Sie drohten ihr Veto an. Warum? Ich frage, warum legten sie uns alle diese Hindernisse in den Weg?

Carter: immer neue Hindernisse für die PLO

FRAGE: Warum, glauben Sie?

Y. ARAFAT: Weil sie immer noch das praktizieren, was Kissinger in der Vergangenheit gesagt hat: (Wir können uns nicht mit den Palästinensern abgeben . . . Und ich erinnere mich, als John Forster Dulles sagte: „Was ist mit den Palästinensern?“, antwortete er (Kissinger), daß es ihr Pech sei, daß auf ihnen herumgetrampelt werde. Die Amerikaner sind immer noch dieselben.

FRAGE: Meint „Lebe wohl“ amerikanische Interessen – in der Praxis –, daß die Palästinenser beginnen werden, Ölfelder in die Luft zu sprengen?

Y. ARAFAT: Von derartigen Dingen habe ich nicht gesprochen. Aber Sie müssen verstehen, daß niemand zur PLO Lebewohl sagen kann, ohne seine eigenen Interessen zu gefährden. Ich drohe ihnen nicht – sie sind es, die uns bedroht haben.

FRAGE: Heißt das, daß sich die PLO parallel mit den Syrern und anderen der Sowjetunion annähert?

Y. ARAFAT: Sehen Sie, trotz aller Schwierigkeiten, die wir durchmachen, besonders seit Sadats Besuch in unserem besetzten Gebiet, ist doch sehr wichtig, was in Tripolis geschah. Nicht nur, daß sich dort sechs Parteien auf einer Gipfelkonferenz trafen. Sie repräsentiert eine Strömung, eine starke Strömung, in dem Gebiet.

FRAGE: Gewinnt sie, diese Strömung?

Y. ARAFAT: Ganz sicher.

FRAGE: Mit anderen Wörtern, Sadat ist gescheitert?

Y. ARAFAT: Ich spreche gerade nicht über Sadat, sondern über diese Strömung. Sie mag langsam sein, aber sie ist dauerhaft. Und sie hat Nebenflüsse, überall im Gebiet – innerhalb Ägyptens, des Sudan, überall – von Marokko bis zum Golf. Außerdem haben wir Alliierte, starke Alliierte.

FRAGE: Die Sowjetunion?

Y. ARAFAT: Die Sowjetunion und die sozialistischen Länder.

FRAGE: Aber in der Vergangenheit haben Sie immer versucht, einen Ausgleich in der internationalen Arena aufrechtzuerhalten?

Y. ARAFAT: Sie wissen, daß wir vor zwei Jahren in Übereinstimmung mit amerikanischen Regeln versucht haben, in Washington eine Vertretung zu eröffnen. Ich habe die Lizenz des Justizministeriums hier in meinem Büro. Und trotzdem hat Kissinger unseren Repräsentanten Sabri Jiryis hinausgeworfen. Er wurde mit einer äußerst lächerlichen Begründung hinausgeworfen. In seinem sudanesischen Paß war ein falscher Geburtsort angegeben.



FRAGE: Präsident Carter sagt, daß es keinen völlig neuen Staat in diesem Gebiet geben dürfe, was mutmaßlich beinhaltet, daß Sie unter sowjetischen Einfluß geraten würden; doch Sie selbst betrachten sich nicht als Kommunisten?

Y. ARAFAT: Wir sind keine Kommunisten, besonders nicht diejenigen von uns, die in der Fatah (der bedeutendsten Guerillaorganisation) sind. Wir sind eine fortschrittliche Bewegung. Sogar unsere Freunde in der Sowjetunion wissen, daß wir keine Kommunisten sind.

FRAGE: Wenn also ein palästinensischer Staat gegründet würde, wäre es nicht hundertprozentig sicher, daß er eine sowjetische Marionette würde?

Y. ARAFAT: Das ist eine lächerliche Vorstellung. Wir sind eine nationale Bewegung, die nach Unabhängigkeit strebt. Aber wir können unsere Freunde nicht vergessen. Und ich habe viele Freunde in Europa: Olaf Palme, ich kann nicht vergessen was er für die palästinensische Revolution getan hat, und Kanzler Kreisky . . .

FRAGE: Sehen Sie eine Polarisierung im Nahen Osten als Ergebnis von Sadats offenem Zusammengehen mit den Amerikanern?

Y. ARAFAT: Es besteht kein Zweifel, daß die Amerikaner zu versuchen scheinen, die Dinge in diese Richtung zu bewegen. (Aber) auf jede Aktion gibt es eine Reaktion.

FRAGE: Aber glauben Sie, daß es in Amerikas Interesse

liegt, die arabische Welt zu spalten?

Y. ARAFAT: Da werden Sie Carter fragen müssen, dessen Melodie mal so, mal so geht, rauf und runter.

FRAGE: Glauben Sie, daß Carter den Begin-Plan gutheißt, weil er schwach ist und der zionistischen Lobby nicht entgegengetreten kann?

Y. ARAFAT: Das ist nicht mein Problem. Ich glaube nicht, daß es einen Unterschied gibt zwischen amerikanischen und zionistischen Interessen. Sie sind unteilbar. Israel ist ein vorgeschobener Außenposten des amerikanischen Imperialismus.

FRAGE: Warum sind Sie nicht auf Sadats Bluff eingegangen und sind nicht zum Mena-Haus gekommen (Kairoer Separat-Konferenz vom Dezember 1977, d. Red.)?

Y. ARAFAT: Um mich hinauswerfen zu lassen, wie sie meine Flagge hinuntergerissen haben? Auf die Weise, wie sie das Namensschild der PLO behandelt haben?

Die Geschichte schont niemanden

FRAGE: Aber Sadat hat gesagt, Sie hätten sich selbst ausgeschlossen. Er würde für Sie gekämpft haben, wenn Sie gekommen wären?

Y. ARAFAT: Sadat konnte nicht einmal meine Flagge und unser PLO-Namensschild verteidigen.

FRAGE: Aber wäre es nicht ein Propagandacoup für die Außenwelt gewesen?

Y. ARAFAT: Außen(welt), Außen(welt), Propaganda! Nun gut, ich frage Sie: Was hat Sadat erreicht mit aller Propaganda, die er gemacht hat? Wir sehen doch, was Begin ihm gegeben hat für all die Konzessionen, die er vor der Weltöffentlichkeit gemacht hat. Was kam dabei heraus. Begin gab ihm: „Wir müssen unsere Siedlungen auf dem Sinai behalten.“ Er gab ihm: „Sharm el Sheik muß für 20 oder 25 Jahre unter Pacht bleiben.“ Und die Straße von Eilath nach Sharm el Sheikh.

Und Yamit (eine Stadt, die ursprünglich eine Bevölkerung

von 250 000 haben sollte). Alles das betrifft den Sinai – ich spreche noch nicht einmal über den Golan, Gaza oder das Westufer. Das ist es, was Begin Sadat dafür gegeben hat, daß er nach Jerusalem ging, ihn wieder einlud und ihm Ägypten offen zu Füßen warf. So etwas passiert, wenn – wie war doch noch sein Name – Sadat – alles dies anbietet, ohne Gegenleistung zu erhalten.

FRAGE: Die Syrer sagen, Sadat hat nun keine Wahl als abzutreten. Er hat versagt. Kann er das arabische Lager wieder vereinen? Kann die arabische Solidarität wieder hergestellt werden?

Y. ARAFAT: Wie gesagt, die Geschichte wird entscheiden. Die Geschichte schont niemanden.

FRAGE: Was hatten Sie für ein Gefühl, als Sie die spontane Verbrüderung zwischen den Israelis, die Kairo besucht haben, und dem ägyptischen Volk sahen?

Y. ARAFAT: Früher oder später wird das ägyptische Volk die Tatsachen erfahren. Ich kenne sie; sie sind gute Menschen, die sich leicht von ihren Emotionen leiten lassen.

FRAGE: Aber glauben Sie nicht, daß die arabischen Völker eines Kampfes überdrüssig sind, der niemals zu enden scheint? Erklärt das nicht die Gefühle des ägyptischen Volkes?

Y. ARAFAT: Ich glaube nicht. Es ist nicht der Kampf, der die Völker ermüdet, es ist die Unterdrückung.

FRAGE: Wird Sadat einen Separatfrieden machen?

Y. ARAFAT: Meiner Ansicht nach ist dies das, was die Israelis ihm am eindringlichsten anbieten werden.

FRAGE: Wird er das akzeptieren?

Y. ARAFAT: Es kommt darauf an, wo er hingehört.

FRAGE: Wenn er ihn akzeptiert, wird nicht der Rest der arabischen Welt eine immense Zeche zu zahlen haben?

Y. ARAFAT: Wir werden harte Zeiten zu durchstehen haben, daran besteht kein Zweifel, aber es wird nicht die erste harte Probe sein, vor die sich die arabische Nation gestellt sehen wird.

(Quelle: The Guardian Weekly, London, 8. 1. 1978)

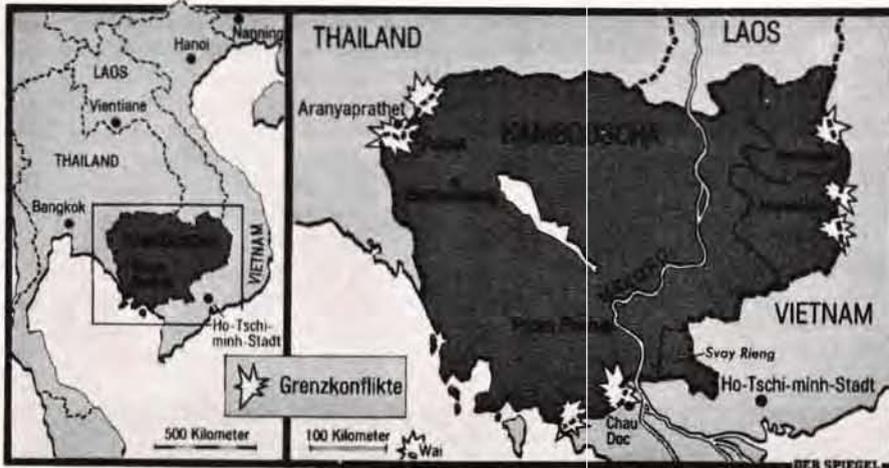
Vietnam - Kampuchea

Als zum Jahreswechsel 1977/78 die ersten Meldungen über den Ausbruch eines offenen Grenzkrieges zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea veröffentlicht wurden, hatten die bürgerlichen Medien ihre Sensation: „Zwei kommunistische Staaten bekriegen sich in Indochina“ – so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen. Die abenteuerlichsten Spekulationen über einen „Stellvertreterkrieg“ zwischen Peking und Moskau (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 1. 1978) machten ebenso die Runde wie angebliche jahrhundertalte Vorurteile zwischen Vietnamesen und Khmer. Die Mehrzahl der Kommentatoren gab sich keinerlei Mühe, ihre Schadenfreude über den Ausbruch der Streitigkeiten zwischen zwei Ländern Indochinas zu verbergen, die noch vor nicht einmal drei Jahren dem US-Imperialismus gemeinsam eine historische Niederlage zugefügt hatten.

Zweifelsfrei aber sind zumindest zwei Sachverhalte des Konflikts: Zum einen liegen ihm kampucheanische Gebietsansprüche auf vietnamesisches Territorium (hergeleitet aus dem im 18. Jahrhundert existenten Königreich der Khmer) zugrunde. Zum zweiten eröffneten derart motivierte kampucheanische Besetzungsaktionen 1975 den Konflikt und ist es die kampucheanische Seite, die sich jetzt raschen Verhandlungsschritten entgegenstellt. Über den konkreten Konfliktverlauf und die Grundpositionen der vietnamesischen Seite gibt die im Wortlaut dokumentierte Erklärung der Regierung der SR Vietnam vom 31. 12. 1977, in der sie u. a. auch konkrete Vorschläge zur Lösung der Grenzprobleme auf dem Verhandlungswege unterbreitet, Aufschluß. Leider reagierte die Regierung in Phnom Penh auf diese Angebote der SR Vietnam mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und einer Ausweitung der militärisch-propagandistischen Feindseligkeiten. Inzwischen hat der Ministerpräsident der SRV, Pham Van Dong, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur VNA am 3. Januar 1978 die Bereitschaft seines Landes erneut bekräftigt, unverzüglich an jedem Ort und auf jeder Ebene Verhandlungen mit Kampuchea aufzunehmen. Er bat die Freunde des vietnamesischen Volkes in aller Welt darum, nichts zu unternehmen, was der traditionellen Freundschaft des vietnamesischen und des kampucheanischen Volkes schaden könne.

Sowohl die Regierungserklärung als auch das Interview mit Pham Van Dong veranschaulichen das aufrichtige Bemühen der SR Vietnam, den Konflikt mit Kampuchea durch Verhandlungen zu beseitigen und die im Kampf gegen den US-Imperialismus gewachsene Waffenbrüderschaft wiederherzustellen und zu vertiefen. Die schweren Aufgaben des Wiederaufbaus sowohl in Vietnam als auch in Kampuchea machen eine sofortige Beilegung der Streitigkeiten und gute nachbarschaftliche Beziehungen notwendig. Eine weitere kriegerische Eskalation in Indochina würde schließlich nur den imperialistischen Kreisen Vorteile bringen, denen die Bestrebungen, in Südostasien eine Friedenszone zu schaffen, ein Dorn im Auge sind.

Erklärung der Regierung der SR Vietnam Grenzkonflikt durch Verhandlungen lösen



Indochinesischer Gipfel 1970

Vietnam und Kampuchea sind zwei Nachbar- und Bruderländer. Ihre große Freundschaft zueinander ist durch den fast ein Jahrhundert andauernden Kampf gegen den Kolonialismus entstanden. Vor allem hat der Kampf gegen die US-Aggressoren und deren Handlanger die Völker der beiden Länder sowie die Kommunistische Partei Vietnams und die Kommunistische Partei Kampuchreas (vgl. AIB, Nr. 12/1977, S. 35; d. Red.) eng miteinander verbunden. Diese besonders engen Beziehungen sind ein entscheidender Faktor für den vollständigen Sieg der Revolution in beiden Ländern. Gerade in diesem Sinne hat das Zentralkomitee der KP Kampuchreas in seinem Telegramm vom 30. Januar 1975 an das Zentralkomitee der Partei der Werktätigen Vietnams (der heutigen Kommunistischen Partei Vietnams) hervorgehoben: „Die Kommunistische Partei Kampuchreas, das Volk Kampuchreas und die Partei der Werktätigen Vietnams, das vietnamesische Volk haben durch eigenes Fleisch und Blut ihre unverbrüchliche Kampfsolidarität und die brüderliche Freundschaft miteinander geschaffen“.

Kampucheanische Militäreinfälle schon seit 1975

Die KP Vietnams, die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) und das vietnamesische Volk unternehmen jegliche Anstrengungen, diese brüderliche Freundschaft und Kameradschaft zwischen den Parteien und Völkern der beiden Länder weiter zu entwickeln, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und die herzliche, langfristige Zusammenarbeit sowie die gegenseitige Hilfe auf der Basis der absoluten Gleichheit, der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten zu vertiefen. Die KP Vietnams, die Regierung der SRV und das vietnamesische Volk achten stets die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und Freiheit der anderen Länder und betrachten dies als Prinzip und als richtige Linie für den Schutz der eigenen Unabhängigkeit.

In Bezug auf die Frage der Grenzen zwischen Vietnam und Kampuchea und ihrer Territorien strebt die SRV eine Lösung mit dem Demokratischen Kampuchea auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität an. Gleichzeitig sollen die Solidarität und die brüderliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiter

gefestigt und entwickelt und damit eine dauerhafte Freundschaftsgrenze zwischen Vietnam und Kampuchea auf der Basis der Gleichheit und Vernunft errichtet werden. Die KP Vietnams und die Regierung der SRV befolgen geduldig diese Linie. Es ist aber sehr bedauerlich feststellen zu müssen, daß sich die Lage an der Grenze durch Kampuchreas Vorgehen immer weiter zugespitzt hat und dadurch die Beziehungen zwischen beiden Ländern ernsthaft verschlechtert werden.

Bereits Anfang Mai 1975 griffen die bewaffneten Streitkräfte Kampuchreas die Inseln Phu Quoc und Tho Chu an und verschleppten dabei mehr als 500 Einwohner. Gleichzeitig drangen die bewaffneten Streitkräfte in das Territorium Vietnams im Grenzgebiet von Ha Tien bis Tay Ninh ein. Im Dezember 1975 besetzten die bewaffneten Streitkräfte Kampuchreas widerrechtlich Teile des Hoheitsgebietes Vietnams im Raum von Gia Lai, Kontum und Dac Lac.

Die Lage ist dadurch besonders gefährlich geworden, daß Kampuchea seit April 1977 bis jetzt eine sehr große Anzahl von bewaffneten Einheiten – insgesamt mehrere von großen Ferngeschützen und Granatwerfern vom Territorium Kampuchreas aus unterstützte Divisionen – zum mehrmaligen und gleichzeitigen Angriff auf fast sämtliche Hoheitsgebiete Vietnams im Raum von Ha Tien bis Tay Ninh einsetzte. Die bewaffneten Streitkräfte Kampuchreas haben dabei mehrere dichtbevölkerte Gebiete unter Beschuß genommen, welche sich tief im Hoheitsgebiet Vietnams – namentlich die Stadt Chau Doc, die Kreisstädte Ha Tien und Tinh Bien – befinden. Wo die bewaffneten Streitkräfte Kampuchreas ankommen, plündern sie, zerstören sie Pagoden, Schulen und sanitäre Einrichtungen. In vielen Ortschaften begehen sie äußerst grausame Verbrechen: sie vergewaltigen Frauen; schlitzen die Bäuche von Schwangeren auf; köpfen Erwachsene und reißen deren Leber heraus, töten Kinder und werfen sie ins Feuer. Viele Familien sind dadurch buchstäblich ausgerottet worden.

Damit richten die bewaffneten Streitkräfte Kampuchreas äußerst große Schäden bei der einheimischen Bevölkerung an Menschen und Gütern an. In manchen Ortschaften sind Tausende Menschen massakriert, Tausende von Häusern niedergebrannt, unzählige Güter vernichtet worden. Deshalb müssen Hunderttausende Menschen tief in das Landesinnere evakuiert werden. Ihr Friede und ihre Arbeit sind zerstört worden.

Kampuchea setzt diese Kampagne fort, um den Völkerhaß innerhalb der Bevölkerung und der bewaffneten Kräfte Kampuchreas zu schüren.

In der Propaganda versucht Kampuchea, Vietnam zu verleumden und die Öffentlichkeit irrezuführen. Mit dieser Absicht haben Presse und Rundfunk Kampuchreas stets Nachrichten über die oben erwähnten Ereignisse unterdrückt und dabei Vietnam angeblicher Aggression oder Intervention bzw. angeblicher Umsturzversuche beschuldigt.

Angesichts der ununterbrochenen Verletzungen des Hoheitsgebietes Vietnams durch Kampuchea sind die vietnamesischen Einwohner und bewaffneten Streitkräfte gezwungen, sich gegen diese Übergriffe zu wehren, die Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen und ihr Leben und Gut sowie ihren Frieden und ihre Arbeit zu schützen.

Vietnamesische Verhandlungsinitiativen verschleppt

Gleichzeitig setzen sich die KP Vietnams und die Regierung der SRV nach wie vor geduldig für Verhandlungen mit der KP Kampuchreas und mit dem Demokratischen Kampuchea über eine schnelle Lösung der Streitfragen an der Grenze zwischen beiden Ländern ein. Schon im April 1976 haben das Zentralkomitee der KP Vietnams (damals die Partei der Werktätigen Vietnams) und das Zentralkomitee der KP Kampuchreas miteinander vereinbart, daß die führenden Gremien der beiden Parteien im Juni 1976 zusammentreffen sollten.

Dazu wurde bereits im Mai 1976 eine Vorbereitungskonferenz nach Phnom Penh einberufen. Diese wurde jedoch auf Kampuchreas Wunsch unterbrochen.

In der Folgezeit hat Vietnam mehrere Male die Wiederaufnahme dieser Konferenz vorgeschlagen, Kampuchea lehnte diese aber ab. Bereits in der Vorbereitungskonferenz im Mai 1976 wurden von beiden Seiten drei Maßnahmen zur Festigung der Solidarität und zur Beilegung der Streitigkeiten an der Grenze beschlossen. Das sind:

- Die beiden Seiten setzen sich dafür ein, Kader, Soldaten und die Bevölkerung im Grenzgebiet des eigenen Landes im Geiste der Festigung der Solidarität und der Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu erziehen, und sie zur Vermeidung von Streitigkeiten zu veranlassen.
- Jede Streitigkeit muß im Geist der Solidarität, der Freundschaft und der gegenseitigen Achtung geschlichtet werden.
- Die Verbindungskommissionen beider Seiten prüfen jeden Streitfall und suchen gemeinsam nach dessen Lösung.

Vietnam hat alles in seinen Kräften stehende getan, um diese vereinbarten Maßnahmen strikt durchzuführen. Es ist aber sehr bedauerlich, daß Kampuchea diese Vereinbarungen nicht einhält. Es fährt vielmehr fort, weitere Übergriffe gegen die Souveränität und Gebietshoheit Vietnams systematisch und mit immer gefährlicher werdendem Ausmaß zu verüben.

Am 7. Juni 1977 schlugen das Zentralkomitee der KP Vietnams und die Regierung der SRV erneut in ihrem Brief an das Zentralkomitee der KP Kampuchreas ein möglichst bald einzuberufendes Treffen zwischen den Partei- und Regierungspipfeln der beiden Länder zur Lösung der strittigen Grenzfragen vor. In dem Antwortbrief vom 18. Juni 1977 bestätigten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kampuchreas und die Regierung des Demokratischen Kampuchreas zwar die Notwendigkeit dieses Treffens, versuchten aber auszuweichen mit dem Vorwand, zunächst solle etwas Zeit dafür gewonnen werden, daß sich die Situation wieder normalisiere, dann würde das Gespräch durchgeführt werden.

Aber gerade von diesem Augenblick an verstärkte Kampuchea die militärischen Angriffe, ließ durch seine Streitkräfte weitere Gebiete erobern, besonders in den Grenzbezirken wie Kien Giang, An Giang, Dong Thap, Long An und Tay

Ninh – weiter morden, und ihre friedliche Arbeit zerstören.

Die Wahrheit über die Lage an der Grenze und die Verbrechen Kampuchreas in den vergangenen zwei Jahren widerlegen sämtliche Verleumdungen gegen Vietnam durch die Regierung des Demokratischen Kampuchea in ihrer Erklärung vom 31. Dezember 1977.

Diese Erklärung stellt nichts anderes als eine äußerst skrupellose Verfälschung der wirklichen Situation an der Grenze beider Länder dar und verletzt zutiefst die vorhandene und herzliche Verbundenheit zwischen den beiden Völkern. Diese Verleumdung gerät völlig in Gegensatz zum Telegramm des Zentralkomitees der KP Kampuchreas vom 3. Februar 1976 an das Zentralkomitee der Partei der Werktätigen Vietnams (der heutigen KP Vietnams), worin es u. a. hieß: „Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kampuchreas spricht seinen zutiefst empfundenen Dank für die Unterstützung und Hilfe aus, die die Partei der Werktätigen Vietnams (die heutige Kommunistische Partei Vietnams) und das vietnamesische Volk der Kommunistischen Partei Kampuchreas während ihres Revolutionskrieges für die Befreiung der Nation und des Volkes sowie während der neuen Phase in der Geschichte Kampuchreas nach der Befreiung zuteil werden ließen und lassen“.

Getreu der eigenen stetigen Richtlinie erklärt die Regierung der SRV feierlich: „Vietnam ist entschlossen, seine Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen, achtet gleichzeitig die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Kampuchreas und unternimmt jede Anstrengung, die Kampfsolidarität und die große Freundschaft zwischen Vietnam und Kampuchea zu schützen. Dies ist der prinzipielle Standpunkt, d. h. der gerechte und unerschütterliche Standpunkt der Sozialistischen Republik Vietnam.“

Noch einmal schlägt die Regierung der SRV das möglichst bald einzuberufende Treffen auf jeglicher Ebene zwischen beiden Seiten vor, um gemeinsam im Geiste der brüderlichen Freundschaft nach einer Lösung für die Fragen an der Grenze zwischen beiden Ländern zu suchen.

Auf die gemeinsamen Kampftraditionen besinnen

In den vergangenen Jahrzehnten kämpften die Völker der beiden Länder Schulter an Schulter gegen die imperialistischen Aggressoren, eroberten die Unabhängigkeit und Freiheit für das eigene Land zurück und siegten glorreich. Die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen sowohl des vietnamesischen Volkes als auch des Volkes von Kampuchea bestehen darin, daß die Solidarität und Freundschaft miteinander weiter fortgesetzt werden, daß die beiden Völker auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten miteinander zusammenarbeiten und sich gegenseitig helfen. Für den Schutz des eigenen Landes und der revolutionären Errungenschaften, welche jedes der beiden Völker nur unter unzähligen Opfern und Prüfungen erringen konnten.

Das vietnamesische Volk und die Regierung der SRV sind davon überzeugt, daß im gegenwärtigen und zukünftigen Interesse der beiden Völker die Fragen an der Grenze zwischen den beiden Ländern sicherlich erfolgreich gelöst werden. Das ist der innige Wunsch der beiden Völker. Das ist auch der Wunsch der friedliebenden Völker in diesem Erdteil und in der Welt. Die große Freundschaft und die Kampfsolidarität zwischen den beiden Völkern werden dauerhaft gefestigt und sind durch nichts zu erschüttern.

(Quelle: Vietnam-Kurier, Sonderdruck, Jan. 1978)

Kontroverses zu Lateinamerika

An sich begrüßenswert ist es, wenn jetzt der erste Band eines Lateinamerika-Handbuches, das sich an der aktuellen politischen Entwicklung des Kontinents orientiert, erschienen ist, und die Herausgeber im Einjahresabstand ihr Projekt fortsetzen wollen:

Lateinamerika. Analysen und Berichte I: Kapitalistische Entwicklung und politische Repression, hrsg. von V. Bennholdt-Thomsen, T. Evers, K. Meschkat, C. Müller-Plantenberg, U. Müller-Plantenberg, W. Olle und W. Schöller, Verlag Olle & Wolter, Westberlin 1977, 218 S., DM 24,80

Sie beanspruchen zwar keine enzyklopädische Vollständigkeit, „aber doch, die wesentlichen Tendenzen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Lateinamerikas aufzuzeigen und kritisch (zu) diskutieren.“ (S. 7) Was hier als Orientierungshilfe angekündigt wird, erweist sich jedoch insgesamt – um es vorweg zu sagen – eher als Desorientierung. Zwar enthält das Handbuch der durchweg politisch um das „Sozialistische Büro“ gruppierten Herausgeber einige durchaus lesenswerte Studien. Hervorzuheben sind etwa Hurtiennes knappe und die wesentliche Literatur verarbeitende Darstellung von Entstehungsgeschichte, Struktur und Krise des brasilianischen „Akkumulationsmodells“. Aufschlußreich sind auch die Überlegungen des mexikanischen Kommunisten Roger Barta zum „Mysterium der Präsidentennachfolge“ in Mexiko (S. 112-127), der die Stabilisierungsstrategie der herrschenden Kreise Mexikos auf dem Hintergrund zunehmender klassenmäßiger Differenzierung beschreibt. Materialreich ist Würteles Beitrag zum Verhältnis von peronistischer Gewerkschaftsführung und Staat in Argentinien (S. 128-171). Der orientierenwollende Anspruch wird jedoch sichtlich getrübt und eingeschränkt durch den von den Herausgebern „mit Bedacht an den Anfang gestellten“ (S. 9) und für ihr Selbstverständnis offenbar programmatischen Aufsatz des chilenischen Trotzkiisten Fernando Mires unter dem bezeichnenden Titel „Die Unterentwicklung des Marxismus in Lateinamerika“ (S. 12-52). Der als „Antidogmatismus“ deklarierte Mires-Beitrag bewerkstelligt die erstaunliche Leistung, ohne die Dokumente der lateinamerikanischen Kommunistischen Parteien und anderes authentisches Material auch nur zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn zu zitieren, nahezu perfekt die gängigen bürgerlichen Klischees über die revolutionäre Bewegung Lateinamerikas zu reproduzieren. Das reicht von der These der Funktionalisierung des proletarischen Internationalismus als bloßes Machtinstrument zur Durchsetzung der außenpolitischen Zielvorstellung der Sowjetunion über die Behauptung der Unterordnung der lateinamerikanischen Kommunisten unter die Ziele der lateinamerikanischen Bourgeoisie bis zu der Behauptung, die Kommunistischen Parteien seien für die gegen sie angewandte Repression selbst verantwortlich. Ausgesprochen hilflos steht Mires so der realen Entwicklung der anfangs auch von ihm bewunderten kubanischen Revolution gegenüber. Des Intellektuellen Mires' „vernichtendes“ und klotziges Endurteil: Die lateinamerikanische „Linke ist in der Krise, traumatisiert. Sie schafft es nur noch, wie Nachtwandler die alten Phrasen der Vergangenheit zu wiederholen.“ (S. 32) Vor diesem wahrhaft „traumatischen“ Hintergrund kann bestenfalls die Legitimierung des eigenen Resignierens vor komplizierter gewordener Kampfbedingungen gelingen, nicht jedoch das Aufzeigen eines revolutionären Auswegs aus der Krise der lateinamerikanischen Gesellschaften. Ein unvoreingenommener Blick in die authentischen Dokumente der lateinamerikanischen kommunistischen und Arbeiterparteien, etwa in das Abschlußdokument der Beratung von 1975 (Wortlaut in AIB, Nr. 9/1975), genügt, um festzustellen, daß dort sehr wohl selbstkritisch alte Fehler korrigiert werden und die Fähigkeit zur schöpferischen Weiterentwicklung der revolutionären Strategie und Taktik keineswegs verschüttet ist.

Dies zeigt sich auch bei der Lektüre folgender Publikationen:

M. Uschner (unter Mitarbeit von F. Trappen und H. Langer), Lateinamerika. Schauplatz revolutionärer Kämpfe, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1975, 346 S., DM 16,-

W. Chrenko/R. Kaeselitz, Probleme des revolutionären Kampfes in Lateinamerika. Kuba – Chile – Peru, Dietz-Verlag, Berlin 1977, 118 S., DM 2,70

Uschners Buch analysiert in einem ausgewogenen Verhältnis sowohl objektive Grundlagen als auch subjektive Faktoren revolutionärer

Politik im heutigen Lateinamerika, Besonders seine Ausführungen zur Krise und zum gegenwärtigen Entwicklungsstand des abhängigen Kapitalismus in Lateinamerika (S. 14-42) und seine darauf aufbauende Analyse der deformierten Klassenstruktur des Kontinents (S. 42-104) sind ein im deutschen Sprachraum bemerkenswerter Beitrag zur schöpferischen Anwendung allgemeiner marxistischer Fragestellungen und Gesetzmäßigkeiten auf die besonderen Verhältnisse Lateinamerikas. Da diese Verhältnisse wiederum maßgeblich durch das System der von den USA dominierten imperialistischen Vorherrschaft geprägt sind, kommt Uschners Herausarbeitung der Anpassungsstrategie des Imperialismus unter den Bedingungen der Krise seines Herrschaftssystems (S. 122-152) eine besondere Bedeutung zu. Dabei gilt die Aufmerksamkeit des Verfassers insbesondere neuen Erscheinungen, etwa der wachsenden Rolle der Konkurrenz der verschiedenen kapitalistischen Hauptländer um Einflußsphären bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer „konterrevolutionären Partnerschaft“. Vor dem Hintergrund der aktuellen Erfahrung der Niederlage der Unidad Popular in Chile 1973 analysiert Uschner die weit zurückreichende Tradition der lateinamerikanischen Klassenkämpfe (S. 105-121) sowie in breitem Ausmaß aktuelle Probleme der Strategie und Taktik der sozialen Revolution (S. 165-241). Anders als im Handbuch Lateinamerika I handelt es sich dabei um eine auf die Auswertung des authentischen Materials gestützte Einschätzung, deren Lektüre Mißverständnisse und Voreingenommenheiten beseitigen helfen kann. Abgerundet wird das Buch durch eine theoretisch-ideologische Auseinandersetzung mit den in Lateinamerika am weitesten verbreiteten Varianten bürgerlicher und opportunistischer Auffassungen (S. 242-273). Wegen seiner an der konkreten politischen Entwicklung orientierten Darstellung theoretischer Fragestellungen ist die Lateinamerika-Monographie Uschners für Spezialisten und solche, die es werden wollen, unbedingt empfehlenswert.

Ähnliches gilt für das Büchlein von Chrenko/Kaeselitz, in dem die bei Uschner für den Gesamtkontinent entwickelten Grundthesen der Entwicklungen in Kuba, Chile und Peru weiterverfolgt und exemplarisch spezifiziert werden. Bedauerlich ist es, daß die jüngste Rechtsentwicklung in Peru nur noch am Rande Berücksichtigung finden konnte.

In einem Überblick über einführende Lateinamerika-Literatur sollte schließlich und endlich der in der BRD nunmehr in der dritten Auflage erschienene Weltbestseller Eduardo Galeanos berücksichtigt werden:

E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart, Hammer-Verlag, Wuppertal 1977, 311 S., DM 18,-

In seiner kolonialhistorisch orientierten Darstellung bringt Galeano dem Leser anschaulich das Schicksal eines Kontinents nahe, der nacheinander der spanisch-portugiesischen, britischen und US-amerikanischen Vorherrschaft unterworfen ist und heute noch um seine Unabhängigkeit kämpfen muß. In seiner konkreten, fast literarischen Sprache vermittelt der Autor historisches und statistisches Material überzeugend auch jenen Lesern, denen ansonsten die Beweiskraft nackter und stichhaltiger Zahlen wenig zu sagen weiß. Galeanos Hauptthema: „Die Geschichte der Unterentwicklung Lateinamerikas ist ein Kapitel der Entwicklung des Weltkapitalismus. Unsere Niederlage war seit jeher ein untrennbarer Bestandteil des fremden Sieges; unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähren: den der Imperien und ihrer einheimischen Aufseher.“ (S. 11)

Es ist dies eine Anklage gegen den Imperialismus, die auch einen untrennbaren Bestandteil der internationalen Festivalbewegung seit der Zeit ihrer Entstehung bildet. Gerade für die massenwirksame Vorbereitung der XI. Festspiele im Sommer 1978 in Havanna kann deshalb Galeanos Buch eine gute Hilfestellung sein.

R.Falk/B.Pflug

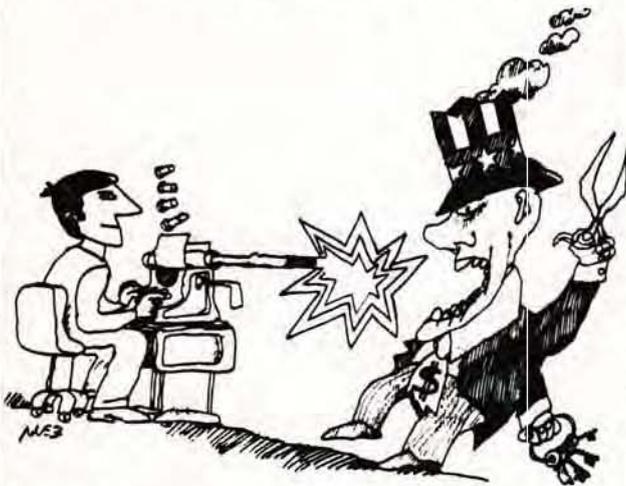
**Adressenänderungen bitte
rechtzeitig bekanntgeben!**

Festivalbewegung

Obleich es noch Ende September 1977 zu einem gemeinsamen Chilesolidaritäts-Kommuniqué des Initiativsausschusses XI. Weltfestspiele und der Jugend der Unidad Popular (Wortlaut in AIB, Nr. 11/1977) mit der Orientierung auf „mögliche gemeinsame Aktionen“ gekommen war, kam bis zur Jahreswende ein vom Arbeitskreis Festival (AKF) vorgeschlagener allgemeiner Aufruf des Initiativsausschusses zur Vorbereitung des XI. Festivals in Havanna nicht zustande. Der Grund ist zum einen in der innerhalb der Koordinierungsgruppe XI. Weltfestspiele (KOG) verbreiteten Tendenz des Abrückens von jenen antiimperialistischen Positionen zu suchen, wie sie in der gemeinsamen Rede von AKF und KOG auf der 3. Internationalen Vorbereitungstagung im April 1977 (Wortlaut in AIB, Nr. 8/1977) formuliert worden waren. Zum anderen liegt dem die Meinung einiger Organisationen zugrunde, daß die Festivalvorbereitung auf die Reisediplomatie offizieller Repräsentanten beschränkt werden könne und nicht einer breiten Mobilisierung für grundlegende Zielsetzungen wie den Kampf der Jugend für politisch-soziale Rechte, Friedenssicherung und antiimperialistische Solidarität bedürfe.

Der AKF hat indessen die aktive Solidarität mit Chile und Südafrika sowie eine breite Informationstätigkeit über die Realität des Festivals Kuba in den Mittelpunkt seiner Vorbereitung der XI. Weltfestspiele gestellt, was auch die materielle Solidarität mit den kubanischen Veranstaltern und die Mitfinanzierung von Festivalreisen der Jugend Chiles, Südafrikas u. a. Länder der Dritten Welt einschließt. Auf seiner Sitzung am 17. 11. 1977 verabschiedete der AKF einen Aktionsaufruf an alle bundesrepublikanischen Jugendverbände mit dem Ziel, die Vorbereitungsaktivitäten gerade auch auf örtlicher Ebene verstärkt anzuregen. Der Aktionsaufruf fordert zur Durchführung von Wochen der Solidarität mit dem kubanischen Volk auf, die auf örtlicher Ebene im Februar/März stattfinden sollen. Für Festivalaktionen und -interessenten seien insbesondere der AKF-Festivalkalender (Verkaufspreis 5,- DM), das Plakat des AKF (0,50 DM) und das AIB-Festivalheft 8/1977 (1,50 DM) empfohlen.

AIB - Übersetzer gesucht!



Liebe AIB-Abonnenten und Leser,
die AIB-Redaktion ist seit ihrer Gründung im Jahre 1970 eine weitestgehend ehrenamtliche geblieben, die auf die unentgeltliche Mitarbeit von Autoren und Übersetzern angewiesen ist. Bedauerlicherweise unterliegt gerade unser Übersetzerkreis in neuerer Zeit einer zu hohen Fluktuation und bedarf einer Erweiterung – und sei es auch nur mit gelegentlicher Mitarbeit. Insbesondere **Übersetzer** aus dem spanischen, portugiesischen und arabischen Bereich sind gesucht, ferner auch solche des Englischen und Französischen.

Bitte schreiben Sie uns gegebenenfalls mit Angabe von Anschrift, Sprache(n), Übersetzungskapazität und Hauptinteressengebieten (Themen, Länder der Dritten Welt), und zwar an: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1.

Guinea - Bissau

Vom 16.-19. November fand in der Hauptstadt Bissau der 3. Parteitag der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Guinea-Bissau und den Kapverden (PAIGG) statt. Unter dem Motto „Unabhängigkeit und Entwicklung“ trafen sich 300 Delegierte zur Diskussion um das neue Parteistatut und den Rechenschaftsbericht, der vom wiedergewählten Generalsekretär Aristides Pereira erstattet wurde. Pereira wies auf das schwere Erbe des portugiesischen Kolonialismus hin. In Guinea-Bissau und den Kapverden gebe es keine nennenswerte Industrie, die finanzielle und ökonomische Struktur sei äußerst prekär. Während in Guinea noch die Subsistenzwirtschaft vorherrsche, müßten auf den Kapverden über 90 % aller Lebensmittel importiert werden. Erste Priorität komme daher der Entwicklung der Landwirtschaft zu. Die demokratische Bodenreform und die Bildung von Landwirtschaftskooperativen müßten fortgesetzt werden. Nur so könne erfolgreich die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung erreicht werden.

Der Schwerpunkt des 3. Parteitages lag indes auf dem neuen Parteistatut. Seit Monaten war auf allen Parteebenen, in den Betrieben als auch in den Wohnvierteln die Diskussion um das neue Parteistatut geführt worden. Die Umstrukturierung der Partei war notwendig geworden, weil Guinea-Bissau – wie Pereira es ausdrückte – nach Erreichung der Unabhängigkeit in eine qualitativ neue Phase des Kampfes eingetreten sei (Afrique Asie, Paris, Nr. 150/1977). Ein Kampf, der im wesentlichen drei Aufgaben lösen soll: die Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit, die Beseitigung der sozialökonomischen Strukturen der Unterentwicklung sowie die schrittweise Herstellung der politisch-ökonomischen Einheit zwischen Guinea-Bissau und den Kapverden. Für beide Länder sollen selbständige Landesleitungen in Form von Nationalräten geschaffen werden. Das ständige Sekretariat wurde durch eine achtköpfige ständige Kommission ersetzt. Das Exekutivkomitee wurde ebenfalls verstärkt. In den Obersten Kampfrat, das Leitungsorgan, wurden weitere kapverdische Vertreter aufgenommen. Dem Aufbau der Massenorganisationen und der politisch-ideologischen Arbeit soll in Zukunft größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Pereira unterstrich: „Die stärkste Waffe zur Verteidigung, zur Sicherung und zur Fortsetzung der Revolution ist das revolutionäre Bewußtsein der Volksmassen. Der Aufbau einer Parteschule und die Herausgabe eines Zentralorgans seien dringend erforderlich.“ (Informationsbulletin, Wien, Nr. 16-17/1977)

Argentinien

Argentinien befindet sich heute, zwei Jahre nach dem Militärputsch in einer wirtschaftlich-sozialen Krise ungeheuren Ausmaßes. Nachdem die Inflationsrate heute nach zeitweise über 900 % bei über 160 % angelangt ist (vgl. Rheinische Post, 10. 1. 1978) und die gewerkschaftlichen Rechte weiterhin beschnitten werden, meldeten sich mittlerweile sogar rechtspersonistische Kreise, die anfangs den Putsch der Militärs begrüßten, mit unverblümter Kritik an der Videla-Junta zu Wort. Sie wenden sich besonders gegen die Auslieferung des Landes an die ausländischen Großkonzerne.

Gegen Ende des Jahres 1977 protestierten große Teile der Arbeiterklasse für angemessene Lohnerhöhungen – bei einem Reallohnverfall von 60 % nur zu verständlich. Die größte Beteiligung kam von Automobilarbeitern, den Arbeitern im Transportsektor, den Eisenbahnern, den Arbeitern der Elektrizitätswerke, den Hafenarbeitern sowie von dem Personal der Nachrichtenübermittlung (vgl. Süddeutsche Zeitung, 5./6. 11. 1977), die staatlichen Kürzungen bei den Subventionen für die Provinzen um 77 % und für die Staatsbetriebe um 27 % u. a. haben zu Massenentlassungen geführt (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 12. 1977). Zu den bisher 125 000 Entlassenen dürften weitere 100 000 hinzukommen, da sie nach dem Befinden der Junta überflüssig sind. Über 40 000 Lehrer im Großraum Buenos Aires gaben ihren Beruf auf, weil ihr Gehalt von 168,- DM nicht reicht. Sie vergrößern noch die bisherige städtische Arbeitslosenquote von 6 %.

Die mit Ausnahmezustand und Kriegsrecht regierende Videla-Junta begegnet dem Wiederaufleben des Massenwiderstands mit einer weiter ansteigenden Repression: Einem halboffiziellen nordamerikanischen Bericht vom November 1977 zufolge stieg die Zahl der politischen Gefangenen bzw. Verschwundenen im Vorjahr von rund 5-6 000 auf 12-17 000, die der Todesopfer im „heimlichen Bürgerkrieg“ (siehe AIB, Nr. 1/1977) auf mehr als 6 000 Menschen.

An alle AIB- Abon- nenten!



Seit nunmehr acht Jahren erscheint das AIB zum selben Preis: 1,50 DM das Heft, 15,- DM das Jahresabonnement. Um diesen Preis auch 1978 halten zu können, versucht die Redaktion, Kosten wie das Schreiben und Versenden der Abo-Rechnungen zu vermeiden.

Darüber hinaus sind wir mehr denn je auf Spenden unserer Abonnenten und Leser angewiesen. Verbinden Sie bitte zahlreich mit der Abo-Überweisung eine **Spende** für das AIB!

Wir möchten alle AIB-Abonnenten deshalb bitten, die fälligen **Abonnementgebühren ohne Rechnung** zu begleichen und dazu die diesem Heft beiliegende Zahlkarte zu benutzen oder auf einem anderen Wege den Abonnementpreis von 15,- DM zu überweisen auf das Postscheckkonto Frankfurt 312093-607 der Weltkreis-Verlags GmbH, Sonderkonto AIB, Dortmund.

Bitte vergessen Sie nicht, Absender und das Stichwort „AIB-Jahresabo“ auf dem Einzahlungsabschnitt genau zu vermerken, damit der Betrag auch exakt verbucht werden kann.

Jahresabo bitte rasch überweisen! Beiliegende Zahlkarte benutzen!

Berufsverbot für Felicia Langer

Als wohl bekannteste progressive Rechtsanwältin Israels fand Felicia Langers anklagende Stimme gegen die israelische Unterdrückung der Araber in den okkupierten Gebieten internationale Beachtung. Von der UN-Kommission zur Untersuchung der israelischen Unterdrückungspraktiken in den 1967 besetzten Gebieten wurde sie als profunde Expertin und Augenzeugin geladen; ihre Aussagen gingen in den der UN-Vollversammlung unterbreiteten Kommissions-Bericht ein. Ihre zwei über die Menschenrechtsverletzungen Israels veröffentlichten Bücher sind international hochbeachtet, wie ihre Übersetzung ins Französische, Englische und nun auch Deutsche zeigt. Unter dem Titel „Mit eigenen Augen“ brachte der pdw-Verlag Ende 1977 ihr erstes Buch in der Bundesrepublik heraus, in dem sie die aus eigener Erfahrung kennengelernte israelische Besatzungspolitik anhand zahlreicher Beispiele von Deportationen, Häusersprengungen, Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren, Mißhandlung politischer Gefangener im Zeitraum 1967-73 beschreibt. Die Parteinahme der Jüdin polnischer Abstammung für die unterdrückten palästinensischen Araber ist so entschieden wie die der jüdisch-arabischen Kommunistischen Partei Israels (Rakah), deren Zentralkomitee Felicia Langer angehört und mit der die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) bekanntlich als einziger Kraft des Landes Beziehungen aufnahm.

Dorn im Auge der israelischen Besatzer

Die Tatsache, daß sie mit Vertretern der PLO und von sozialistischen Ländern „gefährliche Kontakte“ unterhalte, führte man nun als Hauptgründe dafür ins Feld, ihr die Lizenz für israelische Militärgerichte zu entziehen. Nachdem sie im Januar 1977 auf Betreiben des israelischen Generalstabschefs zwecks Lizenzentzug-„Anhörung“ vor einen Sonderausschuß zitiert worden war und der Oberste Gerichtshof ihren Einspruch gleichsam als „Sicherheitsrisiko“-Gründen abwies, kam der endgültige Berufsverbotsentscheid von der Jerusalemer Kanzlei zum 22. November 1977. Sie, die sich zum Ziel setzte, zu beweisen, daß die Besatzung nicht „liberal und human ist“, ist zum unerträglichen Dorn im Auge der Besatzer geworden.

Bei einem kürzlichen AIB-Gespräch betonte Felicia Langer, daß es sich in ihrem Fall um einen der bundesrepublikanischen Berufsverbotsfälle durchaus vergleichbaren Staatsakt, dem bisher einzigen dieser Art in Israel, handele. „Aber“, so berichtete die Anwältin, „ich habe dagegen geklagt, am 3. November 1977. Es war das reinste McCarthy-Tribunal, und das Komitee, vor das ich geladen war, war ein regelrechtes McCarthy-Komitee. Sie fragten mich nicht, sie hatten, was ich gesagt haben soll, vor sich auf dem Tisch liegen, und hinterher zogen sie eine Erklärung gegen mich aus der Tasche, in der es hieß, aufgrund unserer Materialien haben Sie das, das und jenes getan. Ich fragte, wo sind diese Materialien, ich habe sie nicht bekommen. Ich weiß nicht, was sie für Materialien haben. Nachdem ich darauf drängte, gaben sie mir ein Papier, in dem geschrieben stand, daß ich Faruk Kadoumi (Außenpolitischer Sprecher der PLO, d. Red.) an diesem Tage getroffen hatte und daß Yassir Arafat gesagt habe, ich sei ein sehr guter Freund. Ich sagte, ich bereue nicht, daß ich Palästinenser getroffen habe und ich werde auch weiterhin mit ihnen zusammentreffen, und dafür, was Yassir Arafat über mich sagt, bin ich nicht verantwortlich.“

Als Verteidiger verfolgter Araber . . .

Natürlich zielt die Stoßrichtung dieser Anschuldigungen auch gegen ein solidarisches Verhältnis israelische Linke-PLO, doch noch mehr ist der Schlag gegen Felicia Langer ein Unterfangen zur Bewerkstelligung einer völligen Verteidigungsunfähigkeit palästinensischer Widerstandskämpfer. Denn – so erläutert die Anwältin weiter – 90 % derjenigen, die sie verteidige, seien Araber in den besetzten Gebieten: „Einige von ihnen sind Mitglieder ‚ungesetzlicher‘ Organisationen, was PLO bedeutet, und einige von ihnen stehen in Opposition ohne Mitglieder der PLO zu sein.



Natürlich arbeiten sie mit der PLO zusammen, aber nicht jeder dort ist ein Mitglied bei irgendeiner palästinensischen Organisation; aber alles, was sie tun – in irgendeiner Hinsicht – gilt als Verbrechen, es gibt nichts gesetzliches.“

So tritt neben die Bezeichnung Felicia Langers, sie kontaktiere hin und wieder mit PLO-Führern und Kommunisten aus sozialistischen Ländern das Argument der eingefleischten Reaktionäre, sie spiele Verbindungsperson zu „Terroristen“ und diesbezüglich hochverdächtigen „Kommunisten“.

. . . nun plötzlich ein Sicherheitsrisiko?

„Zu sagen, daß ich Kommunisten in den besetzten Gebieten treffe, ist ein sehr schlechter Witz“, entgegnet F. Langer. „Denn bald muß ich wieder mit ihnen zusammentreffen. Seit zehn Jahren treffe ich Araber und Leute von der PLO tagtäglich, natürlich, ich muß sie treffen, denn ich verteidige sie vor Gericht. Von morgens bis abends bin ich so immer in Kontakt mit der PLO, wenn Sie so wollen. Um vor Militärgerichten zu verteidigen, bedarf es einer besonderen Lizenz. Nach diesem Berufsverbot, sind sie nun in der Lage, mein Erscheinen vor jedem Gericht in Israel zu verhindern, wenn der Verteidigungsminister dies zu einem geheimen Verfahren erklärt. Nach meinem Berufsverbot schrieben alle Zeitungen in Israel: Felicia Langer ist ein ‚Sicherheitsrisiko‘. Über jemanden in Israel zu schreiben, er sei ein Sicherheitsrisiko, bedeutet praktisch, zur Lynchjustiz aufzufordern. Natürlich haben sie dazu mein Bild veröffentlicht, damit man mich identifizieren kann.“

So erweist sich der Berufsverbotsfall Felicia Langers als ein Exempel mehr einer flagranten Unrechtspolitik der herrschenden Kreise Israels. Mit ihr soll einer der „gefährlichsten“ Ankläger der israelischen Menschenrechtsverletzungen ausgeschaltet, dem Selbstbehauptungswillen der eingekerkerten und verfolgten arabischen Widerstandskämpfer eine unersetzliche Stütze geraubt werden. Zuguterletzt kündigt der Griff der israelischen Verantwortlichen in die bundesdeutsch gezimmerte Berufsverbotskiste von der gar so engen Gesinnungsverwandtschaft, die Tel Aviv und Bonn nuancengleich mit dem Heimatland McCarthy verbindet.